

Politische Berichte



14. August 1982
Jg. 3 Nr. 17

G 7756 D Preis:
2,50

Ich habe immer die Bestrebungen gefördert, die Bürgernähe unserer Polizei zu erhalten und zu stärken. Ich nenne nur das Stichwort 'Kontaktbeamte'. Ich habe Sicherheit für den Bürger und mit dem Bürger gemacht. Ich habe nie Zweifel gelassen, daß ich der inneren Sicherheit hohen Stellenwert ehräume. Bayern hat heute mit 1:357 eine vorbildliche Polizedichte. Dafür möchte ich mir als der für die Polizei verantwortliche Ressortminister an dieser Stelle an alle Bürger danken. Der Dank geht direkt an die Polizei im Polizeipräsidium München.



Ostpolitik: CDU/CSU und Vertriebenenverbände mobilisieren „gen Osten“ Seite 3



BRD - Türkei: Reaktionäre begrüßen Junta-Verfassung / Demonstration gegen die Junta am 11.9. Seite 8



Libanon-Invasion: Die Vernichtung der PLO ist dem Zionistenregime nicht gelungen Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Ostpolitik:</i> CDU/CSU und Vertriebenenverbände mobilisieren „gen Osten“	Seite 3	Große Beschäftigungsschwankungen im Hafen Hamburg	Seite 22
Bundesregierung soll Verschuldung für „Entschädigungs“-Ansprüche ausnutzen	Seite 4	<i>Familienpolitik:</i> CSU verteilt Wohngeldalmosen	Seite 23
Nürnberger Urteile „umstritten“ / Kriegsverbrecher endlich freilassen	Seite 5	<i>Pressefreiheit:</i> Mit § 129 a gegen Stadtzeitung	Seite 23
<hr/> <i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i> Seite 6		<i>Schleswig-Holstein:</i> „Ja bitte“ – reaktionäres Jugendlexikon	Seite 24
<i>Asylverfahrensgesetz:</i> Asylrecht aufgehoben. Reaktion fordert jetzt die „europaweite“ Abschaffung	Seite 7	<i>Komm-Prozeß:</i> Nachermittlungen abgeschlossen	Seite 24
<i>USA:</i> Konzentrationslager für Asylanten, Flüchtlinge ..	Seite 7	<i>Alu-Hütte Rheinfelden:</i> Nach Millionensubventionen der Landesregierung, Rationalisierung und Entlassungen	Seite 25
<i>BRD—Türkei:</i> Reaktionäre begrüßen Junta-Verfassung Demonstration gegen die Junta am 11.9.	Seite 8	<i>Alu-Gießerei:</i> Modernisierung heißt Druck und Hetze ..	Seite 26
<i>Sozialhilfe:</i> Städtetag fordert weitere Kürzungen	Seite 9	Stichwort: Alusuisse-Konzern	Seite 27
<i>Schwangerschaftsabbruch:</i> BVG gegen Lohnfortzahlung	Seite 9	<hr/> <i>Internationale Nachrichten</i> Seite 28	
<i>Lohnbewegung:</i> AEG-Vergleich: Sie träumen schon von einem Notopfer der Arbeiter	Seite 10	„EG-Territorium“: Die BRD-Imperialisten hoffen auf neue Anlässe für „Solidarität“	Seite 29
<i>Banco Ambrosiano:</i> Saubere Gesellschaft: Banker, Bischof, Mafia	Seite 11	<i>Großbritannien:</i> Üble Folgen des Chauvinismus	Seite 29
<i>Waffenexport:</i> Vitale Interessen der BRD-Imperialisten	Seite 12	<i>Brasilien:</i> Programmerklärung von Oppositionsparteien	Seite 30
<i>Innere Sicherheit:</i> Die CDU/CSU will eine Polizei, die alles darf. Warum streitet sie sich dann mit Baum?	Seite 13	<i>Azania:</i> EG-Kodex: Alles bestens?	Seite 30
<i>BGS und BKA:</i> Der liberale Baum entspricht den Forderungen der CDU weitgehend	Seite 14	<i>Mosambik:</i> BRD erpreßt Anerkennung der „Berlin-klausel“	Seite 31
<i>Das Konstrukt der „legalen RAF“</i> stammt aus der Giftküche der Reaktion	Seite 16	<i>Namibia:</i> Neokoloniale Umrücke der BRD-Imperialisten	Seite 31
<i>Tandler redet in Dachau</i>	Seite 17	<i>Libanon-Invasion:</i> Die Vernichtung der PLO ist dem Zionistenregime nicht gelungen	Seite 32
<hr/> <i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i> Seite 18		„Sie versuchen den Willen und die Einheit unseres Volkes zu schlagen“	Seite 33
<i>DIAG-Fritz-Werner:</i> Entlassungen, Überstunden und Kurzarbeit	Seite 19	<hr/> <i>Aus Kultur und Wissenschaft</i> Seite 34	
<i>Metallindustrie:</i> IGM untersucht Folgen der Rationalisierung	Seite 19	<i>US-Actionfilm „Der Söldner“:</i> Reagan selbst spielt nicht mit, er liefert nur die Motive	Seite 34
<i>Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH:</i> Der Konkurrenz im Geschäft eine Nasenlänge voraus	Seite 20	<i>DDR Krimi:</i> politisch flau	Seite 34
<i>NRW:</i> Angriffe auf die Gesundheitsversorgung	Seite 21	<i>Irmgard Keun:</i> Süßlich, aber defaitistisch	Seite 34
<i>Katholische Schulen:</i> „Umfassende religiöse Erziehung“	Seite 21	<i>Hendrik Witboi</i> gegen deutsche Kolonialisten	Seite 35
<i>Arbeitnehmerüberlassung:</i> Leiharbeit im Hafen eingeschränkt, Rechte der Betriebsräte erweitert	Seite 22	<i>Private Krankenversicherung:</i> Kosten gesenkt, Einnahmen erhöht, Wende erwünscht	Seite 35
		<i>Deutsch-türkische Beziehungen III:</i> Zielstrebiges Festhalten an den „traditionellen Verbindungen“	Seite 36
		<i>Evolutionstheorie:</i> Zoologe Portmann fordert eine „Geisteskraft“	Seite 37
		<i>Investitionsgüterindustrie:</i> Kapitalverwertung nach Branchen	Seite 38

CDU/CSU und Vertriebenenverbände mobilisieren gen „Osten“

Zwei Große Anfragen stellte die CDU/CSU zu „Fragen der deutschen Heimatvertriebenen im Geltungsbereich des Grundgesetzes“ und „Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa“ am 6.7. 1982 an die Bundesregierung. Sie sind der bisher weitestgehende Schritt in ihrer „deutschlandpolitischen Offensive“.

Im Zentrum dieser Offensive steht, daß „das Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und der Schutz der Grundrechte deutscher Staatsangehöriger unter fremder Herrschaft“ (1) nicht nur gegenüber der DDR, sondern gegenüber *allen* osteuropäischen Staaten vertreten werden soll. Und die „deutschen Rechtsansprüche“ sollen nicht nur *vertreten* werden, sie sollen jetzt *eingefordert* werden. Bewußt wird mit den Anfragen an den 1961 vom Bundestag einstimmig verabschiedeten „Bericht über die Lage der Deutschen in Ostdeutschland, Osteuropa und in der Sowjetunion“ angeknüpft und seine Fortschreibung verlangt. Die Absicht ist, erneut Greuelmärchen über das „Elend der Vertriebenen“, über „Diskriminierung und Bedrängnis der Deutschen im Machtbereich des Ostblocks“ (1) aufzutischen. Die Bundesregierung wird gefragt, warum sie dafür keine Propagandakampagne in Presse, Rundfunk und Fernsehen einleitet. Auch könnten „gesellschaftliche und politische Gruppen für diese Deutschen zusätzlich dort tätig werden, wo die Bundesregierung Zurückhaltung üben muß“. (2) Weil die Vertriebenen- und Revanchistenverbände dabei natürlich erhöhte Bedeutung erlangen, wird die Bundesregierung aufgefordert, ihnen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die CDU macht sich stark für die Menschenrechte, doch was hat der Enkel eines Aussiedlers, der Kraft Gesetzes selbst „Vertriebener“ ist, in Polen verloren? Antwort der CDU/CSU: Das wichtigste Menschenrecht, das „Recht auf privates Eigentum und ... Erbrechte.“ (1) Daß die Masse der Leute nichts zu erben hat und schon gar nicht in Polen, ficht die Union nicht an und hält sie nicht davon ab, dieses Recht vor allen anderen einzufordern: Es sollen „angesichts der Entschädigungsabkommen mit anderen Ländern (letztens beispielsweise mit Ägypten) ... Verfügungsrechte über das in Ostdeutschland gelegene private Eigentum der in der BRD lebenden

deutschen Heimatvertriebenen“ (2) geltend gemacht werden. So wundert es einen nicht, daß ebenfalls am 6.7. 1982 die „Notverwaltung des deutschen Ostens/Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ eine Kampagne begonnen hat unter dem Motto: „Die ostdeutschen Provinzen sind deutsches Land. Wir Deutsche bleiben Eigentümer, auch wenn wir zur Zeit nicht die Besitzer sind.“ (3) Sitzen doch genug ehemalige Junker für die CDU im Bundestag.

Begonnen hatte diese Offensive 1981 mit dem Beschuß der Kultusministerkonferenz, in den Schulbüchern sei Deutschland in den Grenzen von 1937 darzustellen. Kohl schlug beim Besuch in Washington dem US-Präsidenten im Oktober 1981 eine „politische Aktualisierung“ des Deutschlandvertrages vor. Seit 1965 hatten die drei Westalliierten in diese Richtung keine Schritte mehr unternommen. 1955 hatten sie und die BRD sich in Artikel 7 dieses Vertrages auf das gemeinsame Ziel verpflichtet: „Ein wiedervereintes Deutschland, das eine freiheitliche Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Auf Betreiben der Bundesregierung fand die NATO-Gipfeltagung 1982 in Bonn statt und bekräftigte erstmalig seit 15 Jahren wieder ihre „Unterstützung für das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des

Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ (4)

Vor einem halben Jahr brachte Bundeskanzler Schmidt die Lösung „Aufhebung der Ordnung von Jalta“ auf. Teile der Friedensbewegung unterstützten das mit dem Argument, so könne „aus der Blocklogik ausgestiegen“ werden. Die Union witterte anfangs neutralistische Tendenzen dahinter, dann merkte sie aber sehr rasch, daß diese Lösung lückenlos in ihre Strategie paßt, die Strauß schon 1965 folgendermaßen entworfen hat: „Eine politische Union (Westeuropas) soll zu einer Deutschlanderklärung verpflichtet werden, aus der hervorgeht, daß die Gemeinschaft den deutschen Anspruch auf Wiedervereinigung mitträgt und zu dessen praktischer Verwirklichung die Überwindung der europäischen Teilung als Ziel proklamiert.“ (5) Als aktuelle Lösung war das damals noch unpraktikabel, denn es hing von zwei Voraussetzungen ab: 1. relativ weitgehende Handlungsfähigkeit der EG auch auf politischem und militärischem Gebiet mit deutlichem Gewicht der BRD-Imperialisten in der EG, 2. Erhebliche Erschütterungen und Zersetzung in den osteuropäischen Staaten und in der DDR.

Nach 15 Jahren „neuer Ostpolitik“, die von den deutschen Ansprüchen keinen einzigen aufgegeben hat, sondern sich für das Versprechen, auf gewaltsa-





„Fahnen westpreußischer Heimatkreise auf dem Bundestreffen 1964.“ Aus: Deutsche Politik 1964, Jahresbericht der Bundesregierung

Bundesregierung soll Verschuldung für „Entschädigungs“-Ansprüche ausnutzen

In den beiden Großen Anfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (6.7. 82) wird die Frage an die Bundesregierung gerichtet, ob sie „angesichts der Entschädigungsabkommen zu Gunsten deutscher Staatsangehöriger mit anderen Ländern ... und angesichts der hohen finanziellen deutschen Leistungen an die Volksrepublik Polen alsbald mit der Volksrepublik Polen Gespräche bezüglich der Verfügungsrechte über das in Ostdeutschland gelegene private Eigentum der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden deutschen Heimatvertriebenen führen“ werde? Wird diese Aufforderung, jetzt zu einer Politik der offen räuberischen Erpressung – denn darum handelt es sich faktisch – überzugehen, seitens der Bundesregierung zurückgewiesen werden? Die Ostverträge schließen diese Sorte von Politik jedenfalls nicht prinzipiell aus. Der seinerzeitige Berichterstatter des Rechtsausschusses des Bundestags für den Moskauer und Warschauer Vertrag (August/Dezember 1970), Dr. C. Arndt (SPD/Hamburg) hebt in seiner Untersuchung zu den politischen, verfassungs- und völkerrechtlichen Aspekten dieser Verträge ausdrücklich folgendes hervor:

„Der Warschauer Vertrag enthält bewußt nichts über Vermögensrechte. Er ändert daher an solchen Rechten auch nichts. Und zwar weder bei Vertriebenen noch bei anderen Personen, die Vermögensrechte in den Oder-Neiße-Gebieten besaßen. Darüberhinaus mindert der Warschauer Vertrag auch nicht die Chancen zur Verwirklichung der Rechte der Vertriebenen – und zwar weder hinsichtlich der Rückgabe des Vermögens noch hinsichtlich der Entschädigung. Das Lastenausgleichsgesetz (Fußnote: In der Fassung vom 1.10.1969/BGBI. I S. 1909)

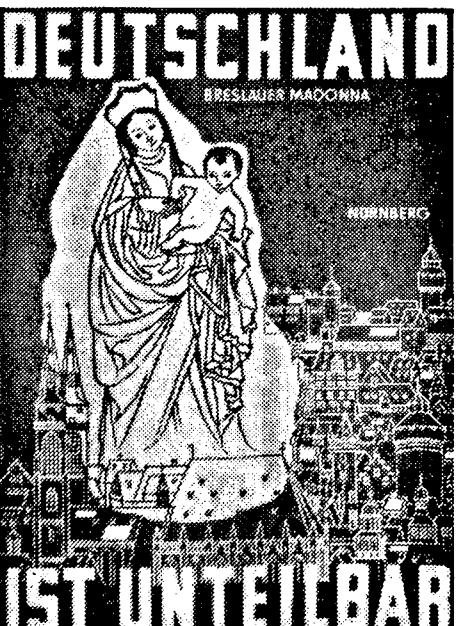
bringt in seiner Präambel zum Ausdruck, daß es von der Voraussetzung ausgeht, daß die Enteignungsmaßnahmen der Vertreiberstaaten rechtswidrig waren und von der Bundesrepublik nicht anerkannt werden, woraus folgt, daß die von ihm angeordneten Leistungen keine Abweichungen von dieser Rechtsauffassung bedeuten, bestehende Rechte also unberührt bleiben ... Rechtlich erhebliche Bedeutung kommt ... auch in diesem Zusammenhang der ... förmlichen Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen zu, die dieser am 14.11.1970 bei den offiziellen Vertragsverhandlungen unwidersprochen abgegeben hat und nach der durch den Abschluß des Warschauer Vertrages keiner Person Rechte verloren gehen, die ihr nach den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen zustehen“ (C. Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 205f)

Tatsächlich haben die in der Folge der Ostverträge eingetretenen Schuldverhältnisse der sozialistischen Länder gegenüber dem BRD-Finanzkapital zu einer systematischen bzw. kontinuierlichen Agitation in Sachen revanchistischer „Entschädigungs“-Forderungen ermuntert (gegenüber einer zuvor eher punktuellen): so z.B. jene „vermögensrechtliche Aktion“ (seit Dezember 1976) der Vereinigung „Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ (GOG) mittels vorgedruckter Muster-Einschreibebriefe (in deutscher und tschechischer bzw. polnischer bzw. russischer Sprache), in denen die Angesiedelten sich an ihre ehemaligen Heimatgemeinden wenden sollen zwecks Reklamation ihrer dort zurückgelassenen beweglichen und immobilen Habe – und zwar Reklamation im Sinne einer *Anmeldung von Eigentumstiteln* auf tatsächlich ausländisches Privat-, Volks- oder Staatseigentum.

me Änderung der jetzt bestehenden Grenzen zu verzichten, die Möglichkeit eingekauft hat, diese Länder mit ökonomischen und politischen Mitteln zu zersetzen und in Abhängigkeit zu bringen, sieht die Reaktion die Zeit nun reif, solche Gedanken als Aktionslösungen vorzutragen.

Spätestens mit dem Krieg, den Großbritannien im Auftrag der EG um die Malvinen gegen Argentinien geführt hat, ist bewiesen, daß die EG fähig und willens ist, auch militärisch zu handeln. Es ist inzwischen auch gelungen, die verbündeten Imperialisten erneut auf großdeutsche Ziele festzulegen. Warum sollte die EG eine günstige Gelegenheit, sich mit Hilfe der NATO in Richtung Osten zu erweitern, nicht wahrnehmen? Die polnische Regierung konnte gezwungen werden, im Zuge der Umschuldungsverhandlungen ihre Finanzen offenzulegen, bei der polnischen Bevölkerung hofft man auf besseres Wetter wegen der „großzügigen humanitären Hilfeleistungen“, und die Unzufriedenheit der Polen mit ihrer Regierung wird als groß und vergrößerbar angesehen. Folgerichtig zielen die beiden Großen Anfragen auch darauf, alle vorhandenen Möglichkeiten einzusetzen, den Druck noch weiter zu verstärken.

Kann eine solche Politik mehrheitsfähig gemacht werden? Die CDU geht ganz offensichtlich davon aus und dafür hat sie Anhaltspunkte: Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre galt als kalter Krieger und als Revanchist, wer die DDR nicht anerkennen und Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherstellen wollte. Brandt wurde als „Verzichtskanzler“ gewählt. Nach dem Abschluß der Ostverträge und des Grundlagenvertrages mit der DDR glaubten fast alle, die Bundesregierung habe die bestehenden Grenzen damit



Plakat des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1961

anerkannt. Damit schienen die Ursachen der Spannungen mit den Staaten des Warschauer Pakts beseitigt.

Sie waren aber nicht beseitigt und nahmen seit Schmidts Regierungsantritt bis heute soweit zu, daß die CDU fast unwidersprochen behaupten kann, die Entspannungspolitik sei gescheitert. Es fiel ihr nicht schwer, die Meinung zu verbreiten, das läge an der aggressiven Politik vor allem der Sowjetunion. In Wahrheit ist von Seiten der NATO und vor allem der BRD-Imperialisten auf gar nichts verzichtet worden. Wenn heute Friedenssehnsüchte sich so äußern, daß Abrüstung in Ost und West gefordert wird, kann Schmidt sich leicht an die Spitze dieser Bewegung stellen und gleichzeitig darauf hinweisen, daß der Gute nicht in Frieden leben kann, wenn das dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Und die Völker Osteuropas mit gesamtdeutschen Rechtsansprüchen bedrohen, ohne daß sich dagegen besonderer Widerspruch erhebt. Die Reaktion läßt keine Gelegenheit aus, nachzuweisen, die Spannungen würden von östlicher Seite immer weiter geschürt. Seit zwei



Jahren stellt sie im Bundestag Anfrage um Anfrage, in denen jeweils festgestellt wird, daß die Ostverträge von der Gegenseite verletzt wurden. Häufig wird dabei die Tatsache genutzt, daß in den osteuropäischen Ländern noch Nachfahren der deutschen Ostkolonialisten leben. Welchen anderen Zweck

sollte das haben, als Gründe zusammenzustellen, daß die BRD-Imperialisten, wenn sie den geeigneten Zeitpunkt für gekommen sehen, auch nicht mehr zur Einhaltung verpflichtet sind? Das einzige, was sie überhaupt hätten einhalten müssen, ist der Verzicht auf gewaltsame Änderung der bestehenden Grenzen. Mit solchen Anfragen werden Kriegsgründe gesammelt.

Den Polen ist das Verfahren bekannt. Nicht anders hat der Faschismus 1939 den Überfall auf Polen gerechtfertigt. Die polnische Regierung weiß also, warum sie vor einem „Wiederaufflammen des deutschen Revanchismus“ warnt. Und die DDR ist allemal im Recht, wenn sie als Reaktion auf diese Politik CDU-Politikern die Einreise verweigert und nicht zuläßt, daß diese zusammen mit Verwandten „ihre Besitztümer“ in Augenschein nehmen.

(1) Bundestagsdrucksache 9/1825 vom 6.7.1982; (2) Bundestagsdrucksache 9/1826 vom 6.7. 1982; (3) Pamphlet der GOG; (4) Bulletin der Bundesregierung N. 66, 1982; (5) E. Eisner, Das europäische Konzept vom Franz Josef Strauß, Verlag A. Hain, 1975, S. 82; weiterer Quellenhinweis: Handbuch der deutschen Außenpolitik, Piper-Verlag 1975; Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU, Bibliothek Wissenschaft und Politik, Band 12, 1975

Nürnberger Urteile „umstritten“ Kriegsverbrecher endlich freilassen

Die CDU-Abgeordneten Mertes und Erhard haben ihre Ankündigung vom 7. Mai dieses Jahres wahr gemacht und unter ihre Erklärung zum 37. Jahrestag des Kriegsendes, in der sie die Bundesregierung auffordern, sich für die Freilassung der letzten fünf inhaftierten Kriegsverbrecher einzusetzen, (s. Pol. Ber. 12/82) bisher die Unterschriften von 131 weiteren CDU/CSU-Abgeordneten gesammelt. Jetzt liegt ihre Erklärung als Antrag im Bundestag vor. Aufgrund des Alters der Gefangenen und der „jedem einzelnen Menschen eigenen Würde“ habe eine weitere Inhaftierung „jeden rechtsstaatlich und moralisch vertretbaren Sinn verloren“.

Wofür wurden diese Kriegsverbrecher verurteilt? Der bekannteste von ihnen, Rudolf Heß, war nach Hitler und Göring der wichtigste Mann im faschistischen Machtapparat. Er war bereits an der Abfassung von „Mein Kampf“ beteiligt und später als Chef der Parteikanzlei und Reichsminister an allen Entscheidungen, die die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges betrafen. Von ihm stammen Erlasse zur Annexion Österreichs, des Sudetenlandes und der Tschechoslowakei. Er war Urheber von Sondergesetzen für Polen und Juden und als Mitbegründer der Waffen-SS für deren Einsatz in den besetzten Gebieten im

Osten verantwortlich. Mit seinem Flug 1941 nach England wollte er sich nicht etwa absetzen, sondern durch einen Waffenstillstand mit Großbritannien Hitler den Rücken frei machen für den Angriff auf die Sowjetunion.

Erich Koch, derzeit in polnischer Haft, war Reichskommissar für die Ukraine, dem wichtigsten Industriegebiet der Sowjetunion. Er war dort verantwortlich für den Einsatz der Waffen-SS und die Verschleppung von 1,9 Mio. Zwangsarbeitern, von denen bekanntlich die wenigsten überlebten. Durch die Verbrennung von Städten und Dörfern verursachte er den Tod Zehntausender aus der Zivilbevölkerung. Koch dazu: „Wir sind wahrlich nicht hierhergekommen, um Manna zu streuen. Wir sind ein Herrenvolk, das bedenken muß, daß der geringste deutsche Arbeiter biologisch und rassisches tausendmal wertvoller ist als die bisherige Bevölkerung.“

Franz Fischer und Ferdinand aus der Fuenten, beide in den Niederlanden in Haft, wurden zum Tode verurteilt, aber 1951 zu lebenslanger Haft begnadigt. Fischer als Kriminalsekretär des SD und Fuenten als Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sind verantwortlich, daß fast die gesamte jüdische Bevölkerung der Niederlande (140000) in den KZ's umkam. Fischer, auch als „Judenfischer“ bekannt, ließ als Leiter der Judenreferates in Den Haag 12000 Juden nach Auschwitz de-

portieren. Fuenten war verantwortlich für die Deportation und Ermordung von 70000 jüdischen Holländern, 1100 Geisteskranken und 900 Kindern.

Walter Reder, seit 1950 in der Festung Gaeta bei Neapel in Haft, war im Krieg nicht einfach „deutscher Offizier“ (so der CDU-Antrag), sondern SS-Obersturmbannführer und Kommandeur des 16. SS-Panzergrenadierbataillons. Am 29.9. 1944 ließ er 1830 Männer, Frauen und Kinder im Raum Marza Botto (Bologna) erschießen, als „Vergeltungsschlag“ gegen Partisanentätigkeit.

Solche Scheusale wollen also Mertes und Konsorten frei haben. Aber sie verfolgen noch ein weiteres Ziel. In ihrem Antrag behaupten sie, die Urteile gegen diese Kriegsverbrecher seien „international umstritten“. „International“ meint dabei: vor allem durch die BRD-Imperialisten, durch solche wie Mertes und Konsorten. Sie bestreiten die Rechtmäßigkeit und Legitimität der Nürnberger Kriegsverbrecherurteile und wollen erreichen, daß der Bundestag als oberstes gesetzgebendes Organ das gleiche tut. Damit würden allen imperialistischen Annexions- und Revisionsansprüchen der Bundesregierung als „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches“ ungeahnte Möglichkeiten eröffnet.

Quellenhinweis: BT-Drucksache 9/1827: Freilassung der letzten deutschen Kriegsverurteilten; Das Urteil von Nürnberg 1946, dtv-Dokumente, München 1979; mündliche Auskunft des NS-Archivs der VVN, Frankfurt

„Waffennarren“ üben im Polizeisportverein

Am 28. Juli wurden in und um Bielefeld 29 Häuser und Wohnungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dortmund durchsucht. Die Polizei hat dabei unter anderem 50 Faustfeuerwaffen, 60 Gewehre, 18000 Schuß Munition, 20 Sprengkörper aus Bundeswehrbeständen, Funkgeräte, Feldtelefone, eine Panzerübergangsgranate und vieles andere gefunden. Zuvor gab es Beschwerden, daß eine rechtsradikale Gruppe schwerbewaffnet im Teutoburger Wald Übungen abhält. Es folgte der sattsam bekannte Gang der Ermittlungen: 29 Gebäude wurden durchsucht. 19 blieben als Verdächtige übrig. Drei waren es dann noch, die „offensichtlich Kontakte oder Verbindungen zu Rechtsradikalen“ gehabt hätten — die übrigen seien „Waffennarren“. Zwei wurden dann mit Haftbefehl

wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verhaftet. Null blieb dann, die beiden sind inzwischen wieder frei, es läuft ein Verfahren wegen Verstößen gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz. Insoweit unterscheidet sich das nicht von einigen Dutzend anderer Aktionen der Staatsgewalt gegen Faschisten. Bemerkenswert allerdings: Der Hauptbeschuldigte Kaufmann Böttcher hat Verbindungen mit dem Forstarbeiter Lembke angegeben. Dieser Lembke war im Zusammenhang mit dem Attentat auf dem Oktoberfest in München polizeilich vernommen und durchsucht worden — ohne Ergebnis — und nachdem ein Jahr später Waldarbeiter in der Lüneburger Heide Waffen- und Sprengstofflager gefunden hatten, erneut festgenommen, aber einen Tag, be-

vor er eine entscheidende Aussage machen wollte, erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden. Rebmann zog damals die Ermittlungen rasch an sich und erklärte Lembke zum „Alleingänger“, danach: Schweigen. Warum wohl? Der Kaufmann Böttcher und ein weiterer der drei in Bielefeld sind Mitglieder des Polizeisportvereins in Bielefeld, üben dort das Schießen, und der Polizeipräsident kann daran nichts irritierend finden, verbietet sich aber weitere Nachfrage. Der Oberstaatsanwalt aus Dortmund gab bekannt, die Bielefelder Polizei sei „wegen möglicher Verbindungen“ nicht an der Razzia beteiligt und vorher nicht informiert worden. Es gibt eine Spur von dem „Einzelräuber“ auf dem Münchner Oktoberfest über den „Alleingänger“ Lembke zu den „Waffennarren“ von Bielefeld, und die führt in den Polizeisportverein Bielefeld. Wann endet sie im BKA?

Nazimethoden aufgefrischt

Erich Mende, ehemaliger FDP-Politiker, wurde jetzt Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Sektion des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Mende gehörte dem nationalliberalen Flügel der FDP an. Er war von 1957 bis 1963 Fraktionsvorsitzender der FDP und deren Bundesvorsitzender von 1960 bis 1967. Im CDU-Kabinett Erhard war Mende von 1963 bis 1966 Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Er wandte sich vor allem gegen Forderungen nach „Anerkennung der DDR“, die seit Anfang der sechziger Jahre stärker vertreten wurden. 1964 erklärte er: „Die Bundesregierung erkennt die sowjetische Besatzungszone als Staat nicht an. Sie vermeidet auch die Formulierung ‚Deutsche Demokratische Republik‘, denn in jedem Wort steckt eine geschichtliche Lüge.“ Nachdem die FDP in der Krise 1966/67 die Opposition im Bundestag war und sich bemühte, mit linksliberaler Kritik wieder an die Regierung zu kommen, trat Mende offen gegen diesen Kurs auf. Da er sich nicht durchsetzen konnte, verließ er die F.D.P., nachdem sie 1969 mit 5,8% ein schlechtes Wahlergebnis erhielt und der sozial-liberalen Koalition bei-

trat, und wechselte zur CDU-Bundestagsfraktion über. Mit der Übernahme des Vorsitzes eines Landesverbandes des VDA tritt Mende in großdeutsche Fußstapfen. Der VDA wurde 1908 als Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland gegründet und hat vor allem dort für die Errichtung deutscher Schulen gesorgt, wo öffentliche Mittel nicht ausreichten. So z.B. im damaligen Böhmen und Mähren. 1938 wurde der VDA als Volksbund für das Deutschtum im Ausland umbenannt, nachdem die großdeutsche Propaganda zur Wahrung der „Deutschen Kultur und Rasse über die Grenzen hinweg“ die Überfälle auf andere Staaten bereits jahrelang vorbereitet hatte. 1955 konnte sich der VDA neu gründen und gibt vor, die Interessen von 14 Millionen im Ausland lebenden „Deutschen“ zu vertreten.

Polizeitätigkeit EG-harmonisiert

Am 27.8. wurden vier Wohnungen von Mitgliedern der Irlandsolidaritätskomitees Ffm und Bochum durchsucht. Beweismittel für eine angebliche Beteiligung des in der Irlandsolidarität tätigen F. Gallagher an einem Sprengstoffeinsatz gegen eine Britenkaserne in Herford waren gefragt. Laut

Lokalpresse hat eine 2-kg-Bombe einen eingedrückten Fensterrahmen und einen erschrockenen Feldwebel verursacht. Das ist auffällig wenig. Weiter fällt auf, daß niemand vernommen wurde, daß außer alten Stiefeln und einem anti-quarischen Polizeihelm nur öffentlich zugängliche Dokumente der Irlandkomitees beschlagnahmt wurden. Der Verdacht gründet auf einen „Informanten des BKA“. Das ist eine Glaubensfrage. So gut wie Er der sinnlichen Erfahrung des gewöhnlichen Kirchenvolks, so ist „der Informant“ dem Zugriff des gewöhnlichen Sterblichen entzogen. Am auffälligsten aber die Teilnahme der RUC an allen Haussuchungen. Die RUC ist die britische Kolonialpolizei im Norden Irlands, bekannt für Morde an Republikanern, Folter, gewöhnliche Plünderungen. Gegenüber Betroffenen und Presse hat das BKA jede Stellungnahme abgelehnt, was die — rechtlich nicht vorgesehene — Teilnahme der RUC-Gangster an unerwünschten Einsätzen der BRD-Staatsmacht angeht. Die „wehrhafte Demokratie“ dehnt ihr Einsatzfeld EG-weit aus — unsere politische Tätigkeit muß erfolgreich gewesen sein. Anti-H-Block-Komitee Frankfurt/M., Irlandkomitee Bochum

Vorhersehbare Katastrophen

44 Kinder starben in der Nacht zum 2. August bei einem Verkehrsunfall in Frankreich, an dem zwei Busse, vollbesetzt mit Kindern, die in Ferienlager transportiert werden sollten, beteiligt waren. Die Eltern müssen die Portraits ihrer toten Kinder auf den Titelseiten in- und ausländischer Zeitungen betrachten und können sich auch ansonsten des Mitleids kaum erwehren. „Wo war der Liebe Gott in dieser Nacht?“ fragen Bildzeitung und Spiegel unisono und wissen doch Anhaltspunkte zu berichten, daß der „Liebe Gott“ nicht allein die Erklärung für diese „Buskatastrophe“ in Händen hält. Die Busfahrer seien unverantwortlich schnell und viel zu lange gefahren. Die Polizei in Westdeutschland demonstrierte sogleich, was dagegen zu unternehmen sei, indem sie in ausgedehnten Kontrollen hart gegen Busfahrer durchgriff. Die ÖTV weist auf Rationalisierungen und Arbeitsetze bei den Fahrern hin. Zu Recht. Diese haben keine Wahl. Sie brauchen das Geld, pochen sie auf Vorschriften, finden sich immer Gründe zur Entlassung und genügend arbeitslose Kraftfahrer, die den Job dann übernehmen müssen, finden sich auch. Gleichzeitig zwingt der niedrigere Lohn immer mehr Leute, wollen sie überhaupt in den Urlaub fahren, sich und ihre Kinder solchen Reisemöglichkeiten anzuvertrauen, die auf Kosten der Sicherheit billig sind. Daß Katastrophen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sich gerade in diesem Jahr wie nie zuvor häufen, demonstriert eindrucksvoll und schmerzlich die Erfolge der Arbeitsintensivierung und Lohndrückerei in der „Freien Welt“. Die Auswirkungen zeigen sich eben am krassesten in solchen Bereichen, wo Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen über Leben und Tod entscheiden. Die Zeitschrift Spiegel ist sich sicher: Eine Wiederholung eines solchen Unglücks ist wahrscheinlich — natürlich in Frankreich. Demgegenüber legt die ÖTV Wert auf die Feststellung, daß die Bedingungen hier auch nicht besser sind und daß es deshalb Zufall sei, daß ähnliches nicht schon in Westdeutschland passiert sei. Aber auch für dieses Problem hat die Bourgeoisie einen Lösungsvorschlag: Urlaub auf Balkonen.

Asylverfahrensgesetz

Asylrecht aufgehoben. Reaktion fordert jetzt die „europaweite“ Abschaffung

Seit 1. August ist in der BRD das neue „Asylverfahrensgesetz“ in Kraft. Blanke Hohn kann seitdem mit Fug und Recht genannt werden, wenn etwa der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Klein die bundesdeutschen Asylbestimmungen als „in der Welt in ihrer Art einzig dastehend“ bezeichnet. Tatsächlich ist der Reaktion mit diesem Gesetz gelungen, das bereits in den vergangenen Jahren weitgehend ausgehöhlte Asylrecht vollständig aufzuheben.

keit“ dar, die mit bis zu 5000 DM Strafe geahndet wird (§ 31), im Wiederholungsfall sogar mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr (§ 30).

Ist so der richtige „Rahmen“ für das weitere Verfahren geschaffen, so hat die Bundesregierung zur „Beschleunigung“ des Asylverfahrens erstmals den Tatbestand der „offensichtlich unbegründeten“ Asylanträge eingeführt, ohne ihn irgendwo zu präzisieren. Hier ist künftig dem Ermessen freiheitlich-demokratischer Asylrichter und -be-

Schritten aufgerufen: „Schon jetzt leben in der Bundesrepublik schätzungsweise über 100000 Ausländer im Untergrund. Die Folge ist ein Ansteigen der Kriminalität und der Schwarzarbeit ... Meiner Meinung nach müßte die Polizei die Ablehnungsbescheide in allen Bundesländern persönlich den Asylbewerbern überbringen und sofort dafür Sorge tragen, daß deren Rückführung gesichert ist.“ Und da gegenwärtig erst ein Teil der 200000 Asylbewerber in der BRD in Lagern untergebracht ist, weitere 100000 „im Untergrund“ leben, ergibt sich schlüssig die Folgerung, sofort mit großangelegten Polizeirazzien im gesamten Bundesgebiet zu beginnen, um „legale“ und „illegal“ Asylanten aufzuspüren. Wahrhaftig ein unerschöpfliches Betätigungsfeld!

Währenddessen sind andernorts – von der bürgerlichen Presse vorerst noch mit einem Mantel des Schweigens bedeckt – schon andere Vertreter der BRD an der Arbeit. Am 9.7. faßte das Europäische Parlament auf Initiative u.a. westdeutscher Parlamentarier den Beschuß, „daß der Begriff des politischen Tatmotivs oder des politischen Delikts in den Rechtsvorschriften über die Auslieferung innerhalb der Gemeinschaft ... keinen Platz haben dürfte“. Die „sicherheitspolitische Zusammenarbeit“ der EG, von Genscher seit Monaten vehement gefordert, trägt so rasche Früchte. Die Aufhebung des Asylrechts soll „europaweit“ Geltung bekommen.



Sammellager für Asylbewerber. Mit dem neuen Asylverfahrensgesetz sind sie Zwang für alle Asylbewerber, ihr Verlassen ist strafbar.

Wer es jetzt noch wagt, in der BRD Asyl zu beantragen, wird zuerst einmal sofort festgenommen (§ 32). Er muß seinen Paß abgeben (§ 23), falls er einen hat. Dann können „Maßnahmen zur Feststellung der Identität einschließlich erkennungsdienstlicher Maßnahmen ... auch gegen den Willen des Ausländers durchgeführt werden“ (§ 11). Hierbei leistet das Bundeskriminalamt „Amtshilfe“, die gewonnenen Daten werden im Fall der Ablehnung des Asyls zehn Jahre lang gespeichert, können also im Wege der internationalen Amtshilfe weitergegeben werden.

Sodann wird dem Asylbewerber eine „Gemeinschaftsunterkunft“, sprich ein Zwangslager, zugewiesen, in dem er sich künftig aufzuhalten hat (§ 18, § 20). Dort wird er auf ein Taschengeld und Zwangsverpflegung gesetzt, ist jederzeit zu Zwangsarbeit für bundesdeutsche Behörden verpflichtet und: er hat dort zu bleiben! Unerlaubtes Verlassen des Lagers bzw. des zugewiesenen Orts stellt eine „Ordnungswidrig-

hördien freie Hand gelassen. Sowieso wurden in den letzten Monaten nur noch durchschnittlich 10 von 100 Asylanträgen positiv beschieden. Wer aus der Türkei geflohen ist, für den gilt die Feststellung des Auswärtigen Amtes, daß die dortige Militärjunta vor allem mit der Bekämpfung der Folter beschäftigt ist, ein Fluchtgrund folglich fast immer nicht bestehen könne. Ist ein solcher ablehnender Asylbescheid erst einmal ergangen, so läßt das neue Gesetz schließlich durch eine Unzahl von Einschränkungen der Revisions- und Berufungsmöglichkeiten praktisch keinen Raum mehr, die einmal ergangene Abschiebungsverfügung rückgängig zu machen.

Hat die Reaktion somit das Asylrecht faktisch für null und nichtig erklärt – es sei denn, es handelt sich um Flüchtlinge aus osteuropäischen Staaten, die sämtlich freudig aufgenommen werden – so hat der Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und CDU-MdB Alfons Müller bereits zu nächsten

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Gesetz über das Asylverfahren, Drucksache 172/82, Bonn, 14.5.82; CDU/CSU, Deutschland-Union-Dienst, 2.6.82 und 28.7.82; Europäisches Parlament, Protokoll vom 9.7.1982.

USA Konzentrationslager für Asylanten, Flüchtlinge

Die Asylantenlager der BRD-Finanzbourgeoisie haben seit einem Jahr ein Vorbild in den USA, das zeigt, daß die BRD-Bourgeois ihren „Kampf gegen Scheinasylanten“ noch bedeutend bereichern können. In den USA hat nämlich die Reagan-Regierung seit etwa einem Jahr ihrerseits zum „verschärften Kampf gegen illegale Einwanderer“ aufgerufen. Wobei dieser Kampf sich wohlweislich nicht gegen die Kapitalisten richtet, die alljährlich z.B. Hunderttausende von Erntearbeitern illegal im Ausland rekrutieren. Ihre Bußgelder wurden nicht erhöht. Nein, der Reagan-Regierung geht es um einen Vorwand für ständige und auf das ganze Land ausgedehnte Polizeirazzien. Mehr als eine Million solcher „Illegaler“ hat die US-Polizei im vergangenen

Jahr in Zehntausenden von Razzien gegen die Armenviertel des Landes aufgespürt, verhaftet und gewaltsam abgeschoben – wo sie jetzt auf die nächste Rekrutierung warten, wenn sie nicht schon zurück sind.

Vor allem aber hat die Regierung repressive Konzentrationslager für „illegalen Einwanderer“ geschaffen. Mehr als 2000 „Illegalen“, durchweg Flüchtlinge aus Haiti, sind seitdem in diesen aus alten Gefängnissen und Armeelaagern errichteten „Sammellagern“ eingesperrt. Die Bedingungen in diesen Lagern sind furchtbar. In Fort Allen auf Puerto Rico etwa müssen mehr als 700 Haiti-Flüchtlinge seit Monaten in Zelten kampieren – bei 30 bis 35 Grad Hitze, bei Regen und Sturm, obwohl gleich nebenan mehrere ungenutzte befestigte Gebäude stehen. In Brooklyn in New York sind 53 Haitianer in einem Lager eingesperrt, in dem während des letzten Winters wochenlang die Heizung ausgefallen war – schwere Erfrierungen bei fast jedem Häftling waren die Folge. 29 Haitianer haben in diesen Lagern bereits Selbstmordversuche begangen, Hunderte leiden unter schweren Kopfschmerzen bis an die Grenze zur Erblindung, unter ständigen Magenkrämpfen usw.

Die gefangenen Haitianer, denen bei Deportierung nach Haiti von dem dortigen, von imperialistischen Plantagenkonzernen kommandierten Terrorregime schwere Gefängnisstrafen wegen „Fluchtversuchs“ drohen, wehren sich verzweifelt. Ende letzten Jahres führten 650 Internierte im Lager „Krome Avenue“ in Florida einen Hungerstreik für ihre Freilassung durch. Einer Demonstration vor dem Lager gelang es, das Lager zu stürmen und mehr als Hundert der Internierten die Flucht zu ermöglichen. Jetzt entschied ein US-Bundesrichter auf eine Klage der Internierten, daß diese freigelassen werden müßten. Nicht, weil die Lager unmenschlich und unrechtmäßig seien, sondern weil die jetzt darin Internierten vor ihrer Flucht aus Haiti noch nicht von ihnen gewußt hätten und folglich nicht eingesperrt werden durften! Prompt konterte die Regierung: freigelassen werde nur, wer einen Bürger stellen könne, der durch Hinterlegung einer beträchtlichen Geldsumme garantiere, daß der Freigelassene nicht in den USA untertauche. Knapp ein Dutzend der über 2000 Internierten sind so bis heute erst befreit. Der Rest schmachtet weiter in den Lagern. Zusätzlich kündigte die Regierung die Errichtung neuer Lager an, in Virginia und Oklahoma, Kapazität: 2000 neue Internierte.

Quellenhinweis: Time, 26.7.82; Wall Street Journal, 30.6., 26.7. und 4.8.82

BRD – Türkei

Reaktionäre begrüßen Junta-Verfassung Demonstration gegen die Junta am 11.9.

Die CDU fand schnell anerkennende Worte. Zwar genüge, so führte ihr MdB Pohlmeier aus, der von der Junta am 17.7. vorgelegte Verfassungsentwurf „gewiß nicht (den) lupenreinen Ansprüchen westlicher Demokratien“, doch könne er „Grundlage für politische Stabilität sein“. Und nur darauf schließlich kommt es den Drahtziehern des Putsches vom 12.9.80 an, den Bankiers, die Sicherheiten für ihre wachsenden Zinsforderungen verlangen, den imperialistischen Monopolen, die nach billigsten türkischen Arbeitskräf-

ten schreien, den NATO-Strategen, die die Türkei vollends zum Aufmarschgebiet gegen die Länder des Nahen Ostens und die SU ausbauen wollen.

Der von der Junta vorgelegte Verfassungsentwurf stellt in der Tat nichts anderes dar als den Versuch, die durch den Putsch geschaffenen Verhältnisse verfassungsmäßig zu verewigen. Die elementarsten bürgerlichen Rechte werden demnach „zum Schutz der unteilbaren Einheit des Landes und der Nation, des Staates, der Republik, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen



Forderungen der Demonstration am 11.9., 10.30 Uhr, Paulsplatz
Schluß mit den Hinrichtungen, Foltern und Massakern der faschistischen Junta gegen die revolutionären und demokratischen Kräfte!

Schluß mit der rassistischen, chauvinistischen Assimilations- und Pogrompolitik gegenüber der kurdischen Nation!

Freiheit für alle antifaschistischen Gefangenen! Generalamnestie!

Nein zur Verfassung der faschistischen Junta!

Nein zur einheitlichen Gewerkschaft unter der Kontrolle der faschistischen Junta!

Freiheit für DISK sowie andere verbotene revolutionär-demokratische Gewerkschaften und demokratische Massenorganisationen!

Für das Tarif- und Streikrecht!

Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!

Schluß mit jeglicher Unterstützung der BRD an die reaktionäre Militärjunta!

Nein zur Ausländerfeindlichkeit, zur Einschränkung des Asylrechts und zu jeglicher Unterdrückung der ausländischen Arbeiter! Gleiche Rechte für Ausländer müssen anerkannt werden!

In- und ausländische Arbeiter, Schulter an Schulter gegen sozialen Abbau, Arbeitslosigkeit und Kriegsvorbereitung in der BRD!

Nieder mit den Massakern an dem palästinensischen und libanesischen Volk durch die israelischen Zionisten, die Marionetten der US-Imperialisten sind!

Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderen Revolutionäre, die diesen unterstützen!

Wir grüßen das chilenische Volk, das sich im 9. Jahr gegen die faschistische Junta vom 11. September zur Wehr setzt!

Ordnung, der allgemeinen Sicherheit, des öffentlichen Interesses, der allgemeinen Moral, der allgemeinen Gesundheit und der Rechte und Freiheiten anderer“ faktisch außer Kraft gesetzt (§12). Gewerkschaften werden zwar „zugelassen“, jedoch strengster staatlicher Kontrolle unterstellt und grundlegender Rechte weitgehend beraubt (§55ff). Das Streikrecht z.B. darf laut Verfassungsentwurf nicht so „geregelt“ werden, daß es den „Anstandsregeln“ widerspricht oder den „nationalen Besitz“ schädigt. Politische Streiks, Solidaritätsstreiks, Generalstreiks, „Produktivitätsminderungen und Widerstände“ sollen gleich ganz verboten werden (§58). Die Gründung kommunistischer Organisationen wie überhaupt aller Parteien, die sich nach Klassen organisieren, wird verboten (§77f). Resümee der CDU: „Die westeuropäischen Staaten und besonders die Bundesrepublik Deutschland schulden der Türkei einen gewissen Vertrauensvorschuß.“ In Form von weiterer „Hilfe“, man rechnet mit Zins und Zinseszins.

Man könnte sich indes verrechnen. Wenn jetzt selbst die reaktionäre „Beratende Versammlung“, die der Entwurf noch passieren muß, bevor er im November per Referendum verabschiedet werden soll, mehrheitlich Bedenken und die mit der Junta verbundene Führung der gelben Gewerkschaft Türk-Is sogar Ablehnung äußern, sind das immerhin Anzeichen dafür, daß der Verfassungsbetrug auf größere Hindernisse stoßen könnte.

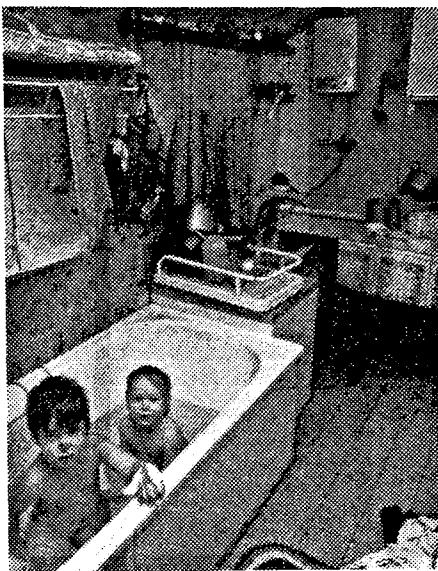
Zwar ist nicht zu leugnen, daß der blutige Terror gegen die organisierte Arbeiterbewegung, gegen die antifaschistischen Kräfte und gegen die kurdische Nation den Widerstand deutlich geschwächt hat. Aber er hat ihn nicht brechen können. Wenn auch die Nachrichten aus der Türkei spärlich sind, so spricht dafür doch die Tatsache, daß erstmals in ihrer Geschichte alle demokratischen und revolutionären Organisationen aus der Türkei und Türkei-Kurdistan, die in der BRD tätig sind, zu einer gemeinsamen Aktion aufrufen: zur Demonstration am 11.9. in Frankfurt anlässlich des zweiten Jahrestages des Militärputsches. Eine erfolgreiche Demonstration kann den Zusammenschluß der Antifaschisten in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der Junta nur fördern. Die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland sind dringend aufgefordert, ihren Kampf gegen die Junta und die imperialistischen Hintermänner der Junta in der BRD, in den USA, in der NATO zu unterstützen und sich an der Demonstration zu beteiligen.

Quellenhinweis: türkei infodienst v. 2.8.82, zu beziehen über Michael Helweg, Postfach 180180, 4800 Bielefeld 18; Deutschland-Union-Dienst v. 27.7.82

Sozialhilfe Städtetag fordert weitere Kürzungen

Nach Angaben des Sozialdezernenten des Städtetages Happe sind die Sozialausgaben der Kommunen im 1. Halbjahr 1982 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1981 um 20% gestiegen. „Selbst in unseren besten Zeiten lagen die Steigerungen bei 16, 17, 18%“, behauptet Happe ebenso absichtsvoll wie: „Dies sei in erster Linie auf die Operation '82 zurückzuführen, auch natürlich auf das Steigen der Arbeitslosenzahlen“. Betrug die Steigerungsrate der Sozialhilfeausgaben 1973/74 bereits 26%, so unterschlägt der Sozialdezernent mit Absicht, denn er sollte es eigentlich besser wissen, daß die Zahlungen der Sozialhilfe auf fehlenden oder bereits abgebauten Sozialversicherungsschutz zurückzuführen sind.

Die Ausgaben 1979 in Höhe von über 12 Mrd. DM werden entsprechend geteilt in „laufende Hilfen zum Lebensunterhalt“, die in Höhe von 3,9 Mrd. DM nicht durch Arbeitslosen- oder Rentenversicherung abgedeckt sind und in „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ in Höhe von 8,2 Mrd. DM, die aus der Kranken- und Rentenversicherung herausgehalten sind. An „be-



sonderen Hilfen“ wurden ausgezahlt im einzelnen: Vorbeugende Gesundheitshilfe 99 Mio. DM, Krankenhilfe 752 Mio. DM, Eingliederungshilfe für Behinderte 2,4 Mrd. DM, Tuberkulosehilfe 68 Mio. DM, Altenhilfe 38 Mio. DM, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten 138 Mio. DM und Hilfe zur Pflege (im wesentlichen in Altenheimen) 4,6 Mrd. Anstatt die Übernahme der Kosten durch die dafür zuständigen Versicherungen zu fordern, schlägt Happe vor, durch Ein-

führung einer Pflegekasse, in die jeder Beiträge zahlen müsse, und durch die höhere Selbstbeteiligung an den Kosten eines längeren Krankenhausaufenthaltes oder in Altenheimen, „wirksame Einsparungen“ auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

„Zu wirklich wirksamen Einsparungen im Sozialbereich ... besäßen die Politiker tragischerweise nicht den Mut“, beklagt Happe: „Im Gegenteil, die Soziallasten der Kommunen werden trotz des Einfrierens der Steigerungssätze in der Sozialhilfe auf 3% für 1982 und 1983 nicht kleiner“. Ein reaktionärer Zynismus, angesichts des Elendsstandards der Sozialhilfezahlungen von „Steigerungssätzen von 3%“ zu sprechen. Was als notwendig zum Leben eines Sozialhilfeempfängers gehört, beschreibt ein seit 1970 nicht mehr veränderter Warenkorb: täglich 47 Gramm Fleisch, einmal monatlich ein Suppenhuhn, alle zehn Tage eine Flasche Bier, jährlich eine Glühlampe und einmal Schuhe besohlen. In Geld sieht das 1982 so aus: Dem Haushaltvorstand genügen durchschnittlich 325 DM, je nach Alter weiterer Familienmitglieder weitere 45 bis 80% des Betrages. Für Kleidung, Möbel, Küchengeräte sind Zusatanträge vorgesehen.

Neben „wirksamen Einsparungen“ geben die erhöhten Ausgaben für Sozialhilfe die Begründung dazu her, die „Arbeitsunwilligen“ zur Zwangarbeit zu treiben. Die „Arbeitswilligkeit“ kann jederzeit durch Verpflichtung zu „gemeinnützigen Arbeiten“ überprüft werden.

Die 20%-Steigerung der Sozialhilfeausgaben ist durch die Maßnahmen des '82er Haushalts kalkuliert, und der '83er wird die Ausgaben weiter ansteigen lassen. Die Ausdehnung der Zwangarbeit für alle Sozialhilfeempfänger wird zur Debatte stehen.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 23./24.7.1982; Bundesdrucksache 9/943 v. 26.10.81; Stat. Jahrbuch der BRD 1981; Stern 12/1982

Schwangerschaftsabbruch BVG gegen Lohnfortzahlung

Unter der Überschrift: „Der Sozialstaat richtet sich selbst“, schreibt der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Philipp aus Mannheim in einem Artikel in der FAZ vom 28. Juli, daß in der BRD 1981 87000 registrierte Abtreibungen und einige zehntausende ungemeldete Abtreibungen durchgeführt worden seien. Dies, so argumentiert er scheinheilig, belaste die Solidargemeinschaft der Sozialversicherten, die damit zwangsweise in eine „Abtreibungskasse“ ihre Pflichtversicherungsbeiträge einzahlen würden. „Von den durch die

Krankenkassen finanzierten Schwangerschaftsabbrüchen entfallen rund drei Viertel auf die sogenannte Notlagenindikation (auch soziale Indikation genannt.) Noch schlimmer als den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung ergeht es den Arbeitgebern. Sie haben zusätzlich zu den Arbeitgeberbeiträgen Lohnfortzahlung zu leisten, wie wenn bei den wegen Abtreibung der Arbeit fernbleibenden Frauen ein Krankheitsfall vorläge.“ Das ist es was den Herrn Rechtsanwalt stört. Einmal sollen die Sozialversicherten die Abtreibung selber bezahlen und für die Zeit, die sie nach der Operation zur Erholung brauchen, keinen Lohn mehr erhalten. Dies wäre zweifach geschickt, vielleicht würde die Anzahl der Abtreibungen sinken und außerdem wäre dies ein guter Einstieg, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu streichen.

Das Sozialgericht Dortmund, jubelt der Schreiber, hat sich jetzt auch mit dieser Sache beschäftigt. In einem Vorlagebeschuß an das Bundesverfassungsgericht (S 8 Kr 172/81) wird die Praxis, daß die Kosten für den Schwangerschaftsabbruch die Sozialversicherung übernimmt, als verfas-

sungswidrig gekennzeichnet. Und zwar würden mehrere Grundrechte einer in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherten Klägerin verletzt werden. Zur gleichen Zeit hat das Bundessozialgericht in Kassel der Revision eines Augsburger Arztes stattgegeben, der sich geweigert hat, den vollen Arbeitgeberanteil zu den Krankenkassenbeiträgen seiner Angestellten zu bezahlen, weil die Krankenkassen Abtreibung auf Krankenschein finanzieren. (Quelle: Der Kassenarzt 30/82). Das Sozialgericht in Augsburg und das bayerische Landessozialgericht haben das Recht des Arztes zur Kürzung des Arbeitgeberanteils verneint. Dagegen hat der Arzt beim Bundessozialgericht Revision eingelegt. Das Bundessozialgericht hat nun eine erneute Verhandlung vor dem Landessozialgericht angeordnet.

Der §218 ist nicht zu dem Knebelparagraph geworden, wie die Bourgeoisie gewünscht hat. Das BVG muß jetzt erneut herhalten, die Knebelung zu manifestieren. Außerdem soll es manifestieren, daß es Krankheitsfälle gibt, die die Lohnfortzahlung aufheben.

Quellenhinweis: FAZ, 28.7.82; Der Kassenarzt 30/82

Lohnbewegung

AEG-Vergleich: Sie träumen schon von einem Notopfer der Arbeiter

Gewiß, der von der AEG beantragte Vergleich ist ein dramatisches Ereignis und kleinlich mag scheinen, die Auswirkungen auf kommende Lohnbewegung in den Vordergrund daran angeknüpfter Überlegungen zu stellen. Aber erstens ist Kleinlichkeit am Platze, wo es ums Lohn- und Gehaltsgeld der Arbeiter und Angestellten geht und zweitens, die Gesamtsumme, die bewegt wird, wenn der Vorgang zu um 1% niedrigeren Lohnabschlüssen führt

als sonst geschehen wäre, ist nicht unerheblich größer.

Was der AEG widerfuhr? In der Reorganisationsperiode der deutschen Monopolunternehmen auf dem geschrumpften Gebiet der BRD bestand alsbald ungeheuer Mangel an Arbeitskräften. Die Kapitalisten erkannten, daß die Arbeiter technisches Gerät zur Erleichterung der Hausarbeit und Beschleunigung aller Reproduktionsvorgänge kaufen würden, auch wenn deswegen immer mehr pro Familie arbeiten gehen müßten. Entsprechende Produktionen von oft erstaunlich schlechtem und teurem Krempel wurden aufgenommen. Die beteiligten Firmen verdienten erstklassig. So ungefähr am besten verdiente die AEG. Damals, in den späten fünfziger und dann den sechziger Jahren kam dem AEG-Vorstand in den Sinn, daß sich noch mehr verdienen ließe, wenn man nur die auf diesem Sektor tätigen Firmen monopoliere. Flott gings ans Werk.

Jetzt, da die gesamtwirtschaftliche Lage anders ist, auf dem Arbeitsmarkt erscheint ein Überangebot an Arbeitskraft, die Politik, weit entfernt von Maßnahmen, die Arbeitskraft freisetzen, strebt danach, die Frauen zurück in den Haushalt zu treiben, die für Hausarbeit verfügbare Zeit nimmt zu, das zum Gerätekauf für die Erleichte-



Bundeskanzler Schmidt in Westberlin

rung der Hausarbeit verfügbare Geld nimmt ab, erwischte die AEG wie vorher die Speckseite am Geschäft nun der Tritt der einschlägigen Krise. Da die AEG nie gänzlich aufgehört hat, auf dem Anlagensektor zu produzieren, steht jetzt ein „kranker“ und ein „gesunder“ Konzernbereich zum Vergleich. Für den „kranken“ Bereich – er krankt ja bloß daran, daß die lohnabhängige Bevölkerung zunehmend das Geld nicht hat, sich nützliche Sachen zu kaufen – liefert der Vergleich Argumente für Schließungen unter üblen Bedingungen. Für den „gesunden“ Bereich liefert der Vergleich Argumente für Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkung, obzwar enorme Profite gemacht werden.

Es ist vielleicht gar nicht so sehr an den Haaren herbeigezogen, die Einleitung dieses Vergleiches zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich als Maßnahme zu begreifen, die dient, eine neue Ära der Tarifgeschichte der BRD einzuleiten und zwar deswegen:

Im letzten Jahr gelang den Metallkonzernen erstmals ein Abschluß, der unter der laufenden Inflationsrate stand und von dem so viel wie sicher war, daß er auch unter der zu erwartenden Inflationsrate stehen würde. Die Kapitalisten sind eines gewohnt: So lange der Preis für eine Ware überhaupt nachgibt, muß man ihn weiter drücken. Anderes Verhalten wäre gegen jede Marktwirtschaft. In diesem Jahr, so rechnen sie sich aus, wird wiederum ein Abschluß unter der Inflationsrate möglich sein. Hat IG Metall Janzen nicht schon angedeutet, man würde auf die Dauer solche Abschlüsse nicht hinnehmen? Wer Ohren hat, hört: Janzen hat nicht „in diesem Jahr nicht“ gesagt, also ist soweit alles in Butter.

Was wäre nun zusätzlich zu erreichen? Nun, die Herausnahme von großen Konzernbelegschaften aus der Tariffront zum Beispiel. Als Notopfer einer arbeitsplatzgefährdeten Beleg-



Lambdorff wirbt im Ausland für AEG

schaft, im Sinne einer Notgemeinschaft von untergangsbedrohten Kapitalien und Arbeitern. Das wäre doch was? Seit Wochen schon läuft eine Pressekampagne, die das Verhalten der Chrysler-Belegschaft als unglaublich klug röhmt. Dort haben sich US-Gewerkschaften darauf eingelassen, einen Sondertarif zu machen. Warum, so fragt das Handelsblatt, erhalte man nicht Arbeitsplätze, indem der Beschäftigte z.B. bei der AEG nur 75% dessen nach Hause bringe, was sein Kollege bei Siemens verdiente?

Eine gezielte Lohnsenkung um ein Viertel ist ein stolzes Ziel. Wirtschaftlich, weil eine Unsumme Geld. Politisch, weil sich eindringlicher der Gedanke der zusammengeschweißten Notgemeinschaft von deutschen Arbei-

ten und Inhalt des Breit-Briefes unterrichtet, schrieb an den DGB und die Einzelgewerkschaften auch am 20. Juli, überkreuzend mit dem Breit-Brief also:

„Die Bundesregierung hat große Anstrengungen unternommen, um vor dem von mir aufgezeigten Hintergrund das in ihrer Kraft stehende zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum zu tun. Ich erinnere an die zu Beginn des Jahres in Kraft gesetzten Maßnahmen. Ich erinnere ferner an das, was wir im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative und jetzt wieder mit dem Haushaltsentwurf für 1983 beschlossen haben. Die Einzelheiten sind aus der Anlage zu entnehmen. Hervorheben möchte ich die Hilfe für die Stahlindustrie und die vor einigen Tagen für die AEG zugesagte Exportbürgschaft.“



Bekannte Plünderer: Kapitalisten Dürr und Friedrichs

tern und deutschen Kapitaleignern gar nicht mehr darstellen läßt.

In den Wochen vor dem AEG-Manöver tat sich ein Trickspiel zwischen dem neuen DGB-Bundesvorsitzenden Breit und dem langjährigen Bundeskanzler Schmidt. Man erinnert sich, während der Koalitionsverhandlungen wegen des Bundeshaushaltes gab der DGB-Apparat knirschende Geräusche von sich. Man werde an die Abgeordneten herantreten! Auch an den Abgeordneten Schmidt aus Hamburg werde man herantreten! Am 20. Juli trat Breit mit einem inzwischen veröffentlichten Brief an die Abgeordneten des deutschen Bundestages heran:

„Wenn aber die Konsequenz der jetzt vorliegenden Regierungsbeschlüsse die ist, daß von den rund 9,5 Milliarden DM, die zur Einsparung anstehen, circa 8 Milliarden DM zu Lasten von Arbeitslosen, Rentnern, Schwerbeschädigten, Kranken und den übrigen Arbeitnehmern gehen sollen, kann der Deutsche Gewerkschaftsbund eine solche Politik nur als Herausforderung an die gesamte Gruppe der Arbeitnehmer werten. Sie bedeutet eine nicht ausgewogene Verteilung der von allen zu tragenden Lasten.“

Der Abgeordnete Schmidt aus Hamburg, wahrscheinlich über Zeitpunkt

durch Verriß eines von ihr geführten Gesprächs mit CDU-Geißler die Regierung wenigstens gegenüber der parlamentarischen Opposition besser aussehen zu lassen. Geißler sagte in diesem Gespräch, wahrscheinlich wußte er auch schon, was im Breit-Brief stand:

„Die Leute sind bereit, Belastungen hinzunehmen. Man muß ihnen sagen wofür; es muß sozial gerecht sein, und sie müssen wissen, daß die Sache einen Sinn hat.“

Ist das nun was anderes als die Meinung des DGB-Vorsitzenden oder nicht viel eher dasselbe auf schwarzem Untergrund? Kohl hat wenig später der DGB-Kritik begeistert zugestimmt.

Glücklicherweise besteht der DGB, auch so weit er aus Funktionären besteht, nicht nur aus solchen wie sich Breit jetzt darstellt. Steinkühler zum Beispiel äußerte in der Wirtschaftswoche, daß er eine Unausgewogenheit vor allem im Wachstum von Rüstungsausgaben und Schrumpfung des Sozialhaushaltes erkenne. Aber was heißt das schon für die Lage in der IG Metall. Bezeichnender ist da schon die Stellungnahme von Janzen hinsichtlich des Kampfes zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit: in diesem Machwerk ist kein Wort zum gesetzlichen Verbot der Überstunden gesagt. Diese schwierige Frage überläßt man den Betriebsräten, die damit überstrapaziert sind, wenn sie sich nicht auf brauchbare allgemeine Regelungen beziehen können. Vielleicht hofft man in Spitzenkreisen der IG Metall, daß sich so den unteren Organisationsebenen und letztlich den Mitgliedern schon der Schneid abkaufen ließe, der verkauft sein muß, wenn zum Gebot der Stunde erhoben wird, daß gut ist, was der deutschen Wirtschaft nützt, dem Ast, auf dem wir alle sitzen, und der stark genug ist, um den ganzen DGB zur Not daran aufzuhängen.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 9.8.82; Welt der Arbeit vom 22.7.82; Wirtschaftswoche vom 30.7.82; Der Gewerkschafter 7/82

Banco Ambrosiano Saubere Gesellschaft: Banker, Bischof, Mafia

Als eine ihrer letzten Amtshandlungen hat die zurückgetretene italienische Regierung Spadolini die Zwangsliquidation der Banco Ambrosiano angeordnet. Die größte italienische Privatbank ist praktisch bankrott. Eine Auffanggesellschaft aus sieben staatlichen und privaten Banken übernimmt jetzt die italienischen Beteiligungen, Filialen und Angestellten. Zur großen Verärgerung der ausländischen Gläubigerbanken überläßt die italienische Zentralbank die Auslandstöchter der Banco



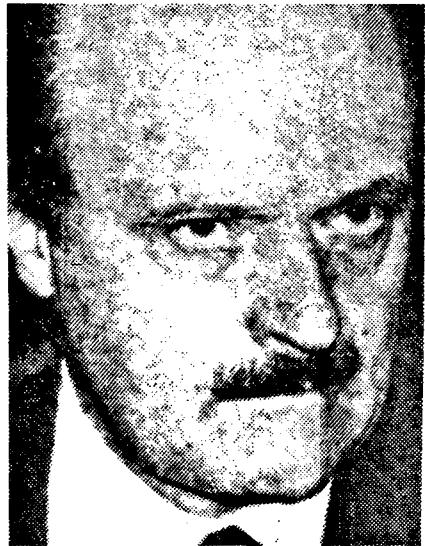
Hätte Schmidt den Breit-Brief abgewartet, er hätte antworten müssen, daß er nun nicht mehr wissen könne, was der DGB und die Einzelgewerkschaften eigentlich wollten. Solle die Regierung die Investitionstätigkeit der Kapitalisten fördern und Schließungen hindern, so müßte den Kapitalisten Geld bleiben. Solle die Regierung die Sozialleistungen halten, so müsse jeder, der zugebe, daß „rund 9,5 Milliarden zur Einsparung anstünden“, dann schon sagen, was er für überflüssige, zu streichende Ausgaben halte. Solle die Regierung aber in der Hauptsache eine Gleichverteilung der Lasten bewirken, so sei diese durch Angriff auf diejenigen, die bislang besser weggekommen seien, zu bewirken.

Wie auch immer im Einzelnen, bei jeder Einlassung auf Breits Klagen hätte Schmidt enthüllen müssen, daß alles gar nicht ernst gemeint sein kann, daß Breit bloß den Eindruck von Protest erwecken will, ansonsten aber dabei ist, den Kassenschlüssel zu übergeben. Das hätte eine schädliche Diskussion ausgelöst. So hat es einen Briefwechsel gegeben, der bezugslos nebeneinandersteht und in den Akten verstaubt kann.

Gleichzeitig zu diesem Briefwechsel versuchte die „Welt der Arbeit“,

Ambrosiano ihrem unabwendbaren Schicksal – der Pleite.

Nach der Zerschlagung des Kirchenstaates und der Verscherbelung der Kirchengüter an antiklerikale Bourgeois im Zuge der italienischen Einigungsbewegung hatten Pfaffen und fromme Laien Ende des 19. Jahrhunderts ein Netz „katholischer“ Banken, darunter die Banco Ambrosiano in Mailand, gegründet. Auf der anderen Seite hatte die Versöhnung mit dem faschistischen Staat dem Vatikan 1929



Der Banker und der Bischof: Roberto Calvi und Monsignore Paul Marcinkus

(nach heutigem Wert) rund 5 Mrd. DM „Entschädigung“ eingebracht. Damit legte der Heilige Stuhl den Grundstein zu einem eigenen Finanzimperium, dessen Fäden in der eigens dazu gegründeten Vatikanbank „Institut für die frommen Werke“ (IOR) zusammenlaufen.

Die Affäre um die Banco Ambrosiano und ihren am 18. Juni erhängt unter einer Londoner Brücke aufgefundenen Präsidenten Roberto Calvi hat einige interessante Verbindungen ans Licht gebracht. Auslandstöchter der Banco Ambrosiano gaben Kredite an von Calvi kontrollierte Briefkastenfirmen. Die Kredite wurden durch Verschuldung der Ambrosiano-Banken im Ausland refinanziert, als „Sicherheit“ dienten Bürgschaftsbüro des Vatikan, unterzeichnet vom IOR-Chef Erzbischof Marcinkus.

Marcinkus war Aufsichtsrat der Ambrosiano-Tochter auf den Bahamas; an der inzwischen unter Zwangsverwaltung gestellten größten Auslandsfiliale in Luxemburg war die IOR mit etwa 30% direkt beteiligt. Über diese Verbindungen hat der Hl. Stuhl im Milliardengeschäft mit Eurodollars kräftig mitgemischt. Jetzt ist ein 1,4 Mrd.-Dollar-Kredit der peruanischen Ambrosiano-Tochter an eine von Calvis und Marcinkus' Briefkastenfirmen spurlos verschwunden. Der Vatikan weigert sich, für die Schulden der Luxemburger Holding aufzukommen.

Calvi war eine der Schlüsselfiguren der im letzten Jahr aufgeflogenen geheimen Freimaurerloge „P 2“, über die Kapitalisten, Minister und Generäle „vorsorglich“ einen reaktionären Putsch vorbereiteten. Noch kurz vor seiner Flucht aus Italien hat sich Calvi mehrfach mit dem Großmeister der italienischen Freimaurer getroffen. Dem sardischen Bauunternehmer, der Calvi zur Flucht verhalf, hat der neue DC-Sekretär De Mita noch kürzlich „vorab“ seine Rede für den DC-Kongress

„grundätzlich nicht zu beschränken“, woran sich die BRD-Imperialisten seit Jahr und Tag auch schon gehalten haben. Für die Lieferungen hingegen in Nicht-NATO-Länder ließ die Bundesregierung eine Neufestlegung hineinschreiben. Diese sollen weiterhin „eingeschränkt“ bleiben, „es sei denn, daß auf Grund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung spreche. Vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.“ Die „vitale“ Interessen der BRD-Imperialisten beinhalten, ihre ökonomische Expansion militärisch und militärtechnisch zu ergänzen.

Einer bereits erfolgten Lieferung von 400 „unbewaffneten“ „Condor“-Spähpanzern an Malaysia soll nach Entscheidung der Bundesregierung im September eine weitere von 108 Panzern mit 2 cm-Kanone folgen, die ihren Einsatz in Nordmalaysia bei der Niederschlagung von Aufständen finden. Seit Jahren übernimmt die Bundeswehr die Ausbildung von malayischen Militärs und die Entsendung von Militärberatern. Ebenfalls zur Entscheidung stehen an: U-Boot-Lieferungen an Brasilien, Argentinien, Chile und Norwegen in Höhe von zusammen über 1 Mrd. DM, ferner u.a. eine kleinere Lieferung von Fernmeldegerät über 2 Mio. DM an Honduras zur Überwachung der Befreiungsbewegungen an der Grenze zu El Salvador. Mit Hermes-Garantien an z.B. Malaysia und Indien (allein über 700 Mio. DM) sichert die Bundesregierung seit 1977 verschiedene Waffenexporte über Steuergelder ab.

vorgetragen. Die Banco Ambrosiano war ein zentrales Kettenglied zur Verbindung zwischen klerikaler und „laizistischer“ großbürgerlicher Reaktion. Schon 1968 hatten Aufsichtsbeamten der Zentralbank Calvis abenteuerliche bis kriminelle Geschäfte in einem 500-seitigen Bericht aufgedeckt. Auf offenbar mächtigen Druck wurden daraus keinerlei Konsequenzen gezogen.

Quellenhinweis: Zeit, 30.7.1982; Panorama, 26.7.1982; L'Unità, Aug. 1982

Waffenexport Vitale Interessen der BRD-Imperialisten

„Baumeister des Friedens und nicht Waffenexporteur“ seien die BRD-Imperialisten, ließ Außenminister Genscher über den FDP-Presseinst vom 23.7.1982 verbreiten. Er behauptet, sie „seien unmittelbar nicht beteiligt an den Rüstungsexporten, die für die aktuellen Konflikte von Bedeutung sind“. Und: Die Bundesregierung habe „ihre Waffenexport-Richtlinien geändert und das Signal auf Einschränkung gestellt“. Das Gegenteil ist der Fall.

Im Mai 1982 legte die Bundesregierung ihre „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vor. Der Waffenexport in die NATO-Staaten ist

Die BRD-Imperialisten haben zwischen 1975 und 1980 für über 8,2 Mrd. DM genehmigungspflichtiges Kriegsgerät exportiert, davon allein 1980 für 2,3 Mrd. DM. Nicht enthalten sind darin Exporte über Drittländer, Kooperationsabkommen und z.B. die nicht genehmigungspflichtige Lieferung von 5000 Militärfahrzeugen an Südafrika. Der Äußerung von Genscher im oben zitierten Papier, „würde die Bundesrepublik die Tore für eine expansive Waffenexportpolitik öffnen, sie wäre schnell der Waffenexporteur Nr. 1 in der Welt“, entspricht die Absicht mit den neuen Richtlinien. Die „vitale“ Interessen der BRD, einmal als Vorwand für Waffenexporte rechtlich verankert, lassen eine faktisch schrankenlose Ausdehnung dieser Exportgeschäfte zu.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 38 v. 5.1.1982; BT-Protokolle Nr. 2860, v. 16.9.1981; Stern v. 1.4.1982; Kölner Stadt-Anzeiger v. 4.8.1982

Die CDU/CSU will eine Polizei, die alles darf. Warum streitet sie sich dann mit Baum?

Es ist eigentlich doch recht erstaunlich, daß die Unionsparteien die Frage der „Innen Sicherheit“ zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Konzepts der Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten machen können. Erstaunlich ist, warum die CDU/CSU den Innenminister der SPD/FDP-Regierung zum „Unsicherheitsminister“ ernennt, obwohl Gerhart Baum den staatlichen Gewaltapparat zweifelsohne ausbaut, die Gesetzgebung gegen die „Gewaltkriminalität“ verschärft, das Bundeskriminalamt auf doppelte Stärke gebracht hat usw. usf. Dennoch schreit die Reaktion: nicht genug! und manche meinen, Baum sei so im Vergleich zu den Vorhaben der christlich-konservativen Reaktion fast ein liberales Unschuldsamm. Es erstaunt einen auch, wie es die Union fertig bringt, mit der Forderung nach mehr Polizei weit größere Teile der Bevölkerung um sich zu sammeln als jene Kreise, die immer um ihr Eigentum fürchten und für die daher jeder grüne Rock mehr einfach beruhigend ist. Man fragt sich, wie bringt es die CDU/CSU fertig, daß sogar Menschen, die eher gegen mehr staatliche Gewalt sind, weil sich die in alles einmischt und noch dazu viel kostet, deren Ausdehnung und Stärkung zumindest als notwendiges Übel tolerieren?

Nun verlangen die Konservativen nicht einfach mehr Polizei und bessere Bewaffnung. Ihre Absichten sind weitergehend als nur die zahlmäßige

Ausdehnung des staatlichen Gewaltapparates. Die Reaktion will eine Polizeitruppe, die alles darf. Aber auch deshalb müßte sie sich nicht mit dem Liberalen Baum überwerfen – es sei nur daran erinnert, daß die Aufstellung der GSG-9-Sondertruppe auf besondere Initiative des damaligen Innenministers Genscher erfolgte. Was sind also die Gründe, warum die CDU/CSU den Kopf von Gerhart Baum verlangt und in die Welt setzen läßt, daß sie ihn auf keinen Fall in einem eventuellen CDU/FDP-Kabinett haben will?

Die CDU kritisiert die Bundesregierung: „Die Rechtspolitik der SPD/FDP ist zwiespältig. Sie folgt ... teils einem liberalistischen, teils einem kollektivistischen Ansatz. Im Ergebnis schwächt sie damit einerseits die Möglichkeiten des Staates, gegen gewaltsame Störungen des Rechtsfriedens wirksam einzuschreiten, während sie andererseits den einzelnen in wachsendem Maße bürokratischer Betreuung und staatlicher Überwachung unterwirft. Eine Gesetzgebungs politik in diesem Stil nimmt dem Recht seine Ordnungsfunktion, weil der Bürger nicht mehr wissen kann, ‚was rechtens ist‘.“ (1) Und häufig klagen christlich-konservative Politiker wie der Bundestagsabgeordnete Regensburger: „Diese Entwicklung gibt zu noch größerer Besorgnis Anlaß, nachdem Umfrageergebnisse zeigen, daß bereits ein Drittel der Bevölkerung Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung befürwortet.“ (2)

Die Bundesregierung und insbesondere die Liberalen, die ja stets den Innenminister gestellt haben, sollen Schuld sein am „schwindenden Rechtsbewußtsein“. Dazu der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag Spranger: „Über die Ursachen ist viel gesprochen worden: Konfliktpädagogik, absichtsvolle Förderung von Anspruchsdenken, bewußte Auflösung sozialer, vor allem familiärer Bindungen gehören dazu. Die Bundesregierung ist zu keiner Konzeption fähig, mit der gegen die immer schneller wachsende Kriminalitätsrate angetreten werden könnte.“ (3)

In den Propagandaorganen der Reaktion wird gefühlvoll ein Gebräu gemischt und aufgerührt aus Verwahrlosung der Jugend, Drogenkonsum, sexueller Haltlosigkeit, Spielhöllen und dergleichen mehr. Aus diesem großen Sumpf der Verderbnis soll dann der lichte Weg der allgemeinen Hebung der Volksmoral auf bewährte christlicher Basis hinausführen: Statt „Konfliktpädagogik“ – den Kindern Gehorsam einbleuen; statt „absichtsvolle Förderung von Anspruchsdenken“ – absichtsvolle Förderung der Bescheidenheit bei Lohn und anderen irdischen Dingen; statt „Auflösung der familiären Bindungen“ – das Weib sei dem Manne untertan und der Vater Zuchtmester seiner Kinder.

Die „moralische Grundlage des Rechtsstaates“, die von den Sozial-Liberalen untergeben worden sei und an die die Reaktion wieder anknüpfen möchte, war in erster Linie die mit Kanzelsegen versehene Polizeiaufsicht über die Familie. Es war der Kupplungsparagraph, nachdem eine Mutter strafbar wurde, wenn sie ihren erwachsenen Sohn in seinem Zimmer im Elternhaus mit einem Mädchen übernachten ließ. Es war das Ehescheidungsrecht: Dem bis in den Tod Angetrauten mußte eine „Schuld“ nachgewiesen werden, um sich von ihm trennen zu können. So wurde die Familie zum „Bollwerk gegen den Kollektivismus“: Gegen die Gewerkschaften, die kollektiv für den Lohnstandard kämpfen, gegen die Versicherungskassen, die kollektiv gegen die Risiken des Arbeiterlebens Schutz bieten, erklärte die Reaktion die Familie zum alleinigen Hort der Sicherheit. Als dem gegenüber die F.D.P. in ihrer Wahlplattform ankündigte: „Das Strafrecht dient dem Schutz des Bürgers, nicht seiner Kontrolle: Nicht Söhne und Unmoral soll bestraft werden, sondern Verbre-



Damaliger Bundesinnenminister Maihofer 1976 beim 25jährigen Bestehen des Bundeskriminalamtes.

BGS und BKA: Der liberale Baum entspricht den Forderungen der CDU weitgehend

Das von der Innenministerkonferenz 1974 verabschiedete „Programm zur Inneren Sicherheit“ ist weiterhin gültig. Darauf aufbauend verabschiedete dieselbe Konferenz 1977 das „Ausbauprogramm Innere Sicherheit“.

Für den Bundesgrenzschutz (BGS) hatten die Innenminister in diesem Rahmen 2666 neue Planstellen vorgesehen, von denen 1980 1303 besetzt waren. Nach dem Personalstrukturgesetz für den BGS vom 1.7.76 wechselt ein Teil der nach acht Jahren ausscheidenden Polizeivollzugsbeamten (PVB) des BGS in den Polizeidienst der Länder über. Auswahlkriterium ist die Beurteilung durch den Vorgesetzten. Richtzahl für die Länder ist, 20% des Nachwuchsbedarfs mit diesen PVB zu decken.

Überhaupt hat der Bundesinnenminister den Aufgabenschwerpunkt des BGS auf die Unterstützung der Länderpolizei gelegt. Zum Tätigkeitsbericht des BGS für 1981 führt er aus: „Der BGS (erfüllt) ... die ihm als Polizei des Bundes durch Verfassung und Gesetz übertragenen Aufgaben erfolgreich. Der BGS ist fester denn je in das Sicherheitssystem von Bund und Ländern integriert ... Er hat bisher allen Unterstützungsersuchen der Länder entsprochen ... Der BGS kam u.a. im geschlossenen Verband zum Einsatz in: – Brokdorf, Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf am 28.2.81, ... – Gorleben, Schutz der Bau- und Bohrarbeiten am nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben (seit 14.3.79), – Frankfurt, Demonstration gegen den Bau der geplanten Startbahn West am 6.10.81, – Bonn, Friedensdemonstration am 10.10.81.“ (1)

Wie der BGS „den Anforderungen der Länder im erbetenen Umfang Rechnung getragen“ hat, schreibt der „Spiegel“ am 9.3. 1981: „Der Himmel weiß nicht ein noch aus, 15 Hubschrauber schweben ein. Apokalypse Now, Coppola is here ... Die Fluggeräte sondern ihre schwarzen Männchen ab. Dann geht die Zange mit dem Drehpunkt am Objekt rasend zu.“ Eine ganz andere Apokalypse sieht die CDU/CSU-Fraktion durch die ihr zu mangelhafte Ausrüstung der Sicherheitsorgane auf den Staat zukommen: „Was würde geschehen, wenn Brokdorf und Startbahn West zu gleicher Zeit auf dem Dienstplan der Demonstranten und Gewalttäter stehen?“ (2) Und in Berlin sieht sie diese Lage beim Reagan-Besuch „im Ansatz bereits eingetreten“. Sie will daher einen „gut durchorganisierten BGS, der dazu bestimmt und in der Lage ist, in größeren Einheiten bei Gefährdungen der inneren Sicherheit eingesetzt zu werden.“ (3)



Ausbau der Datenverarbeitung: Terminals beim BKA

Dazu hat sie am 29.6. 1981 einen Antrag zur Lage des BGS eingereicht, in dem sie die Bundesregierung auffordert, „alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um sicherzustellen, daß ... der Verbandscharakter wiederhergestellt, Einsatz und Übungen im Verband wieder regelmäßig durchgeführt werden und die Ausbildung zielgerichtet auf die gesetzlichen Aufgaben ausgerichtet wird. – Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, ... dafür Sorge zu tragen, die verlorengegangene Attraktivität des Dienstes im BGS durch ein neues Konzept der inneren Führung und durch einen abwechslungsreicherem Einsatz der BGS-Beamten zu verbessern. – Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, ... dafür Sorge zu tragen, daß die auf Dauer wahrgenommenen Fremd- und Hilfsaufgaben für andere zu originären Eigenaufgaben des BGS gemacht werden.“ (4) Die Bundesregierung soll bis spätestens Anfang nächsten Jahres über die getroffenen Maßnahmen berichten.

In einem Punkt trägt sie dem Antrag bereits Rechnung. Bei der Forschungsstelle des BGS wird eine „deckungsbrechende Waffe“ erprobt, die, so der Innenminister, an der Grenze zwar bisher nicht gebraucht wurde, deren Einsatz bei Verbarrikadierungen und Hausbesetzungen aber durchaus notwendig sein könnte, denn „Widerstand gegen Entscheidungen, die nach demokratischen Spielregeln zustande gekommen sind, ist nicht legitim.“ (5)

Ein weiteres Amt, dem gerade die sozial-liberale Bundesregierung zu einem „stürmischen Ausbau“ (Baum) verholfen hat, ist das Bundeskriminalamt (BKA). Das Personal wurde seit 1969 vervierfacht. Seit 1977 kamen 829 neue Stellen hinzu, was 60% der im Ausbauprogramm vorgesehenen neuen Stellen entspricht. Für 1982 hat das Kabinett 100 bisher gesperrte Stellen

chen.“ (4), trug das nicht nur zu dem Wahlerfolg der sozial-liberalen Koalition bei. Außer eingefleischten Reaktionären gab es tatsächlich niemanden, der nicht froh war, daß der Kuppelei-paragraf verschwand, daß bei der Ehescheidung das Zerrüttungsprinzip zugrunde gelegt wurde, und es waren nicht nur Jugendliche, die sich freuten, daß mit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters die elterliche Gewalt früher endete.

Hinter diesen Reformen des Straf-, des Ehe- und Familienrechts standen allerdings Absichten. Die starke Lockerung der Familienbande war Bestandteil des Vorhabens der Kapitalisten, die Kosten für die Arbeitskraft zu

senken. Ohne daß die Ehebande gelockert wurden, war es schwer möglich, mehr Frauen in die Lohnarbeit zu ziehen. Von der Erhöhung des Frauenanteils erhofften sich die Kapitalisten nicht nur eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt. Der Lohn eines Arbeiters sollte künftig nicht mehr daran gemessen werden, ob sich damit eine Familie ernähren läßt. Die Kapitalisten strebten an, daß im gesellschaftlichen Durchschnitt die Reproduktionskosten von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern aus den Löhnen von zweien zu bestreiten sind. Die Schwächung der elterlichen Gewalt verfolgte einen ähnlichen Zweck: bestimmte Kosten der Kindererziehung wurden aus dem

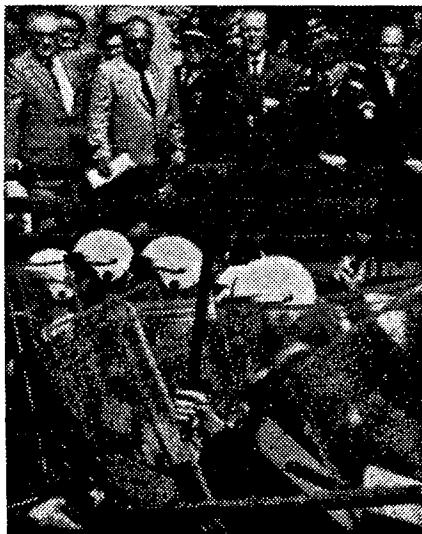
Lohn herausgenommen und als staatliche Transferleistungen gezahlt, womit dann die kinderlosen Arbeiter über die Steuern einen Teil der Kosten der Arbeiter mit Kindern tragen. Kindergeld und Bafög, weit entfernt, tatsächlich die Kosten zu decken, wurden so zu Mitteln, die Lohnsumme zu senken. Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters schließlich erleichterte den Kapitalisten den Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft – die elterliche Gewalt, die sich zum Beispiel beim Abfassen des Arbeitsvertrages geltend machen konnte, war den Kapitalisten hinderlich geworden.

„Liberalismus ... tritt ein für die Befreiung der Person aus Unmündig-

freigegeben, vorwiegend Beförderungsstellen, und 200 kw-Vermerke (künftig wegfallend) gestrichen. Insgesamt wurde der gehobene Polizeivollzugsdienst aus der allgemeinen Stellenkürzung herausgenommen. Mit diesem zusätzlichen Personal sollen „die Bereiche im Amt (abgedeckt) werden, die bisher etwas im Schatten standen.“ Gemeint ist wohl, daß das „komplizierte psychologische und politische Problem ... der in die Irre führenden Bewußtseinsbildung bei einem Teil der akademischen Jugend“ angepackt werden soll. (6) Sowohl der Bundeskanzler als auch der Innenminister verhinderten bei ihrem Besuch beim BKA im Frühjahr den direkten Hinweis auf die Funktion des BKA bei der Verfolgung der Hausbesetzer und der Kriminalisierung der Demonstranten von Brokdorf und gegen die Startbahn West. Nur indirekt verwiesen sie darauf, indem der Kanzler betonte, wie ihn die Verbesserung der „Zusammenarbeit zwischen dem BKA und kriminalpolizeilichen und polizeilichen Behörden der Länder“ freue. Mit dazu beigetragen hat, daß die Bundesregierung mit dem Bund-Länder-Sicherheitsprogramm ihm eine Zentralstellenfunktion zugewiesen hat. Ein wichtiges Instrument dieser Zentralstelle ist die Datenverarbeitung.

Die verschiedenen Karteien des BKA stehen allen Polizeibehörden der Länder und des BGS zur Verfügung. Außerdem verfügt das BKA über einen Anschluß an Interpol, von wo es Daten bezieht und an das es Daten weitergibt. Im einzelnen führt das BKA eine Datei PIOS-Terrorismus, in der nicht nur die Personendaten mit Haftbefehl gespeichert werden, sondern auch „Angaben über Personen, bei denen eine Verbindung zum Terrorismus zwar vermutet wird, aber (noch) kein konkreter Verdacht im Sinne der Strafprozeßordnung oder des Polizeirechts besteht.“ (7) In einer Organisations-

kartei werden nicht nur Organisationen, sondern z.B. Hinweise auf wildes Plakatieren gespeichert. Weiter wird die Häftlingsüberwachung, die fahndungs- und verwaltungsmäßige Überprüfung von Personen beim BKA gespeichert, außerdem gibt es noch einen Kriminalaktennachweis. (8) Hatte der Datenschutzbeauftragte Prof. Bull Beanstandungen über die freizügige Handhabung von Daten, so ließen sich diese fast alle einvernehmlich lösen, da es sich auch um Altbestände handelte, die die Effek-



Carstens bei einer Übung des BGS: Einsatz gegen Hausbesetzer

tivität beeinträchtigten. Und wo nicht, hatte Bull gleich den Hinweis parat: „Falls der Gesetzgeber wünscht, daß ich ... Rechtsverstöße in Zukunft nicht mehr nachgehe, sollte das entsprechend klargestellt werden.“ (9) Die Bundesregierung bereitet eine entsprechende Novelle des Datenschutzgesetzes vor.

(1) Tätigkeitsbericht des BGS für 1981 in: Innere Sicherheit 62/82; (2) Deutschland Union Dienst 116/82; (3) Deutschland Union Dienst 121/82; (4) Bundestagsdrucksache 9/1813 (5) Bulletin der Bundesregierung 3/82; (6) Bundeskanzler Schmidt bei seinem Besuch beim BKA; (7) - (9) Bundestagsdrucksache 9/1243: Datenschutzbericht 1981

keit und Abhängigkeit.“ (F.D.P., Freiburger Thesen, 1971). Mit der Verwirklichung dieses Programms hat die sozial-liberale Koalition aber nicht nur das Alter der Geschäftsfähigkeit beim Vekauf der Arbeitskraft herabgesetzt, das erstreckte sich auf alle Arten von Geschäften. Und so wie bei jeder Ausdehnung der Geschäftssphäre, haben sich auf die Jugendlichen nicht nur „ehrbare“ Kaufleute geworfen, sondern auch die ganze Sorte Ausbeuter und Plünderer, die anrüchige Geschäfte macht. Während die „anständigen“ Bourgeois die Nase rümpfen über Kinderstrich, haben sie sich ihre Verbrechen legalisieren lassen – oder wie soll man es nennen, wenn ein 16jähriger zu

Schichtarbeit und Akkord gezwungen werden kann, eine Gesetzesänderung, die liberale Handschrift trägt?

Betrachtet man die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Kriminalität zu blühen beginnt, gehört auf jeden Fall dazu: „Liberalismus ... tritt ein für den Vorrang der Person vor der Institution.“ Es ist bekannt, daß mit diesem Grundsatz Versicherungsleistungen Stück für Stück beseitigt werden. Und so häufen sich die Fälle „Arbeitsloser überfällt Bank“.

Betrachtet man das Ergebnis: Senkung des Lohnstandards bei gleichzeitiger Plünderung der Versicherungskassen durch die Kapitalisten und Verweigerung von Versicherungsleistun-

gen an die Lohnabhängigen, dann ist verständlich, warum die Reaktion Möglichkeiten sieht, erneut die christlich-tradierte Familie zur Grundlage des Rechtsstaates zu machen. Schamlos nützt sie es aus, daß in einer solchen Lage, wenn sich dazu die Gewerkschaften als schwach erweisen, der Wunsch entsteht, wenigstens die Familie als Solidargemeinschaft zu erhalten.

Was den strafrechtlichen Teil des Kampfes gegen den „Kollektivismus“, der sich im Klassenkampf äußert, anbelangt, kann die Reaktion an den Taten der F.D.P. anknüpfen, Taten, die jedem Anhänger liberaler Ideale von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ die Schamesröte ins Gesicht treiben müßten. Grundlegende Rechte von Angeklagten wurden im Zusammenhang mit den RAF-Prozessen beseitigt (z.B. Kontaktsperrgesetz). Maihofer, liberaler Innenminister, hat einen Verfassungsschutz ausgebaut, der nicht bloß die Gesinnung vieler Menschen ausschnüffelt, sondern durchaus Züge einer Geheimen Staatspolizei trägt, die mit agent provocateur und ähnlichem operiert. Die Legalisierung des „Todeschuß“ in den Länderpolizeigesetzen wurde zwar von der Union vorgeschlagen, Maihofer hat dem aber in der Innenministerkonferenz zugestimmt. Und ebenso stimmte Baum zu, als der bayerische Innenminister Tandler vorgeschlagen hat, „die polizeilichen Einsatzmittel unterhalb der Schußwaffenbegrenze zu ergänzen“.

Was aber will jetzt eigentlich die christlich-konservative Reaktion noch darüber hinaus, wenn sie sagt: „Nur die Union gewährleistet – klare und eindeutige Bezeichnung von Recht und Unrecht, – die Wiederherstellung der Strafbarkeit strafwürdigen Verhaltens, wie zum Beispiel beim Landfriedensbruch, – eine Polizei, die personell und von der Ausrüstung her in der Lage ist, mit der Gewalttätigkeit auf Straßen und Plätzen Schlüß zu machen, ohne sich selbst zu gefährden“ (5)? Das Ziel ist bestimmt nicht eine Senkung der Kriminalität, auch wenn geklagt wird, die „Polizei erstickt unter einer Flut von Verbrechen“ und behauptet wird: „In der Tat sieht es ganz so aus, als steige die Kriminalitätsrate in diesem Jahr schon wieder beträchtlich an, weit mehr noch als in den vergangenen Jahren“. Es dürfte Spranger aber nicht entgangen sein, daß die Kriminalitätsrate zunächst einmal nur angibt, wieviele Straftaten angezeigt worden sind (6). Die „Flut von Verbrechen“ besteht also eher darin, daß mit dem Ausbau der Polizei ihr mehr bekannt wurde und daß der Polizeitruppe mehr anzeigenswürdig erschien. Es kann behauptet werden, daß die CDU/CSU diese „Kriminalitätsrate“ noch gewaltig steigern wird. Sie will ei-

Das Konstrukt der „legalen RAF“ stammt aus der Giftküche der Reaktion

Am 10.4.1981 wurden die beiden Heidelberger Studenten Karl Grosser und Jürgen Schneider von Streifenbeamten festgenommen. In den mitgeführten Taschen fanden die Polizisten Funktionsgeräte und wenig später stellten sie fest, daß eines der Geräte aus einem Einbruch stammen soll, den das BKA der RAF „zuschreibt“. Das reichte aus für einen Haftbefehl wegen Unterstützung der RAF.

Dr. Foth, früher selbst Vorsitzender in Stammheim, inzwischen in An-

rückgewiesen: „Was mit der Verhaftung von Sabine Schmitz und Johannes Thimme 76 angefangen hat und später gegen Christine und Harald Biehal lief, über die 50 Verhaftungen während des Hungerstreiks, den ‚Schwarzen Block‘, hat jetzt eine neue Qualität. Es bildet sich hier eine neuepressive Linie ab, mit der sie etwas zerschlagen wollen, das sie nicht in den Griff kriegen, wofür sie die Formel von der ‚legalen RAF‘ in die Welt gesetzt haben.“.

Seit dem 23. März 82 läuft im Stammheimer Mehrzweckgebäude der Prozeß gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider. Der Aufwand ist beträchtlich: 126 Zeugen und 10 Sachverständige (alle fest beim BKA beschäftigt) sind allein in der Anklage benannt, zahlreiche sind inzwischen dazugekommen.

Jeden Dienstag und Donnerstag werden Zeugen, Sachverständige gehört, zumeist zu Dingen, mit denen die Angeklagten nichts zu tun haben: Unfall Plambeck/Beer, konspirative Wohnungen Heidelberg-Rohrbach und Rue de Chaillot usw. Stundenlang werden frühere Urteile gegen RAF-Mitglieder verlesen, zuletzt der Haftbefehl gegen Christian Klar.

Den Angeklagten selbst konnte im Prozeß keinerlei Unterstützung oder auch nur Kontakt zur RAF nachgewiesen werden, dennoch kündigte Oberstaatsanwalt Lampe an, daß „geprüft“ werde, ob man die Anklage gegen Karl Grosser zum Vorwurf der Beihilfe zum vierfachen versuchten Mord abändere. Karl Grosser soll ein Motorrad-Kennzeichen notiert haben, und davon hätte die RAF eine Doublette gemacht. Mit dieser Doublette am Motorrad habe man die Fahrtroute des Generals Kroesen abgecheckt, um dann im September 1981 auf ihn das Attentat auszuführen. Und passend dazu wird im Notizbuch von Grosser das Kennzeichen präsentiert. Bei dieser „Beweisführung“ schadet es nichts, daß Grosser zum Zeitpunkt des Attentats bereits fünf Monate in Haft war.

Mit der jetzt eingeschlagenen Marschrute will die Reaktion klar machen, daß es nicht bei Verurteilungen wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft (Höchststrafe fünf Jahre) bleiben wird. Wer die RAF unterstützt, soll wissen, daß ihm die Bundesanwaltschaft möglicherweise den Prozeß wegen Beihilfe zu den Aktionen der RAF machen wird.

Nur wenige der politischen Zeitungen kommen durch die Zensur.

erkennung seiner Verdienste Richter am BGH, wußte, was die Reaktion von ihm erwartete: Der Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und anderer politischer Gefangener im Frühjahr 1981 fand immer größere Unterstützung, also mußte diese Unterstützung kriminalisiert werden.

Im Herbst 1981 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage, gegen Karl Grosser nunmehr wegen Mitgliedschaft, gegen Jürgen Schneider wegen Unterstützung der RAF. Rebmann im „Spiegel“ 9/82: „Neben ihren Kommandos hat die RAF jetzt auch einen sogenannten „legalen“ Bereich, der nicht nur Propaganda, sondern auch die Logistik besorgt.“ Damit konnte die Mitgliedschaft in der RAF nahezu beliebig auf all jene ausgeweitet werden, die ohne in einem organisatorischen Zusammenhang zur RAF zu stehen, mit dieser gemeinsam eine antiimperialistische Front aufbauen wollen.

Die RAF selbst hat das Konstrukt der „legalen“ RAF entschieden zu-

ne Polizeitruppe, die alles erfährt – man kann sich ein System von Blockwarten vorstellen. Sie will eine Polizei, die alles darf – rechtsstaatlich gedeckt versteht sich. Sie will eine Polizei, die mit noch fadenscheinigeren Gründen Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft absetzen kann. (7)

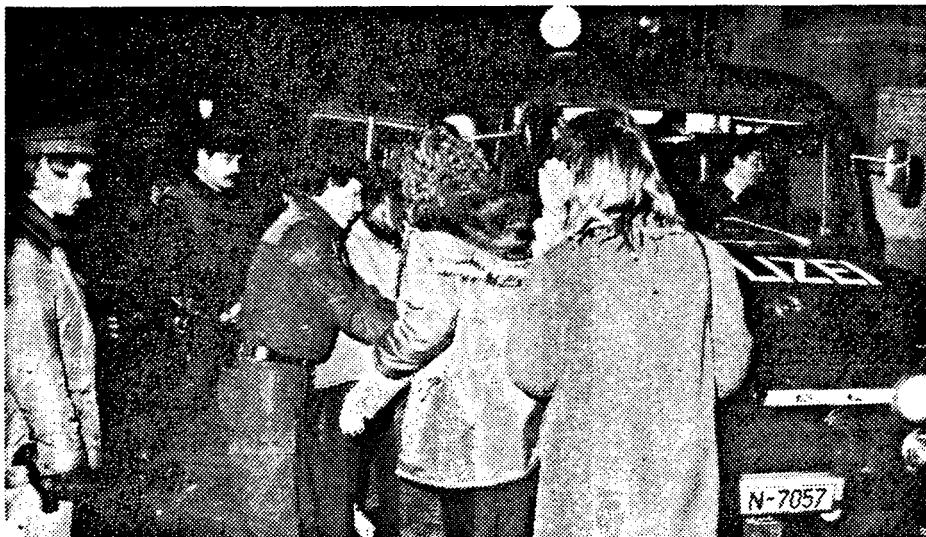
Und sie will ein Bewußtsein schaffen, daß die Ursache der Kriminalität in erster Linie in der Zerstörung der Familie liegt, in der keine Moral mehr vermittelt wird. Die Reaktion hat sich zum Ziel gesetzt, aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen, daß das wachsende Elend und die krasser werdenden Unterschiede zwischen Arm und Reich Diebstähle, Raubüberfälle, die von Angehörigen der armen Klassen begangen werden, fördern. Wie soll sie sonst einen Flick ungestraft Millionen Steuern hinterziehen lassen und auf der anderen Seite einen Jugendlichen, der dreimal schwarz zur Arbeit fährt, einlochen?

Das sei alles übertrieben, so schlimm würde es nicht werden? „Die Sicherheitsorgane sind bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe auf unsere Anerkennung und Unterstützung angewiesen ... Für die vorbeugende Verbrechensbekämpfung sind alle Bürger mitverantwortlich. Die Union weiß, in den Familien werden die Grundlagen für mitmenschliches Verhalten, für die Wahrung des Rechts des anderen gelegt.“ (8) Was hier noch verdeckt im Wahlprogramm 1980 der CDU/CSU daherkommt, wird auch offen geäußert: „Der Bundesminister des Inneren ... muß vor allem die politische Leistungstreite überwinden und durch Aufklärung und Ansprache der Bevölkerung deren Aufmerksamkeit und Mithilfe gewinnen, damit die Polizei Hinweise für ihre Arbeit bekommt.“ (Spranger zu den Revolutionären Zellen)

Die „Wiederherstellung der Strafbarkeit strafwürdigen Verhaltens“ be-



Damaliger Bundesjustizminister H. J. Vogel



Verhaftungen vor dem Jugendzentrum KOMM, Nürnberg im März 1981

schränkt sich keineswegs auf den Bereich des politischen Strafrechts, wie die seit längerem angestrebte Verschärfung des Tatbestandes Landfriedensbruch, Vermummungsverbot und Demonstrationsstrafrecht. Es fängt an mit Bemerkungen, daß es angesichts des Wohlstandes in der Bundesrepublik nicht sein könne, daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Notlage ansteige – die Polizei

sucht Ärzte, die anzeigen! Es wird zum Melderecht in die Diskussion gebracht, daß der Vermieter melden muß, wenn ein neuer Mieter bei ihm einzieht – der Hausbesitzer und sein Hausmeister als Meldepolizei und Blockwart! Und schließlich beharrt die CDU/CSU darauf, daß im neuen Jugendschutzgesetz die Altersgrenze für den Diskothekenbesuch auf keinen Fall von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden darf – wer

macht mit beim Jugendschutz? Jede Polizeidienststelle nimmt Bewerbungen entgegen! Selbst wenn die Zahl derjenigen, die dann tatsächlich Spitzel- und Schnüfflertätigkeit für die Polizei ausübten, nicht sehr groß würde, die Reaktion hätte ihre Absicht schon erreicht, wenn die Furcht davor wächst.

„Eindeutige Bezeichnung von Recht und Unrecht“? „Wiederherstellung der Strafbarkeit strafwürdigen Verhaltens“? „Eine Polizei, die mit der Gewalttätigkeit Schluß macht“? Die für jeden Terror brauchbare Polizeitruppe, die damit geschaffen werden soll, und die Atmosphäre, in der diese Truppe operieren soll, erinnern an im Hitlerfaschismus erprobte Mittel der Bourgeoisie.

(1) CDU, Recht sichert die Freiheit, Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik der Union, Bilanz der SPD-Rechtspolitik, Bonn 1980; (2) Regensburger, MdB, Die Saat der Gewalt, Deutschland Union Dienst, Bonn, 22.6.1982; (3) Spranger, MdB, Baums Mogeleien mit Statistiken, Deutschland Union Dienst, Bonn, 29.7.1982; (4) wie die übrigen Zitate der F.D.P.: G. Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., 2. erw. Aufl., Baden-Baden, Nomos Verlagsges., 1980; (5) Regensburger, s. Fußnote 2; (6) siehe dazu: Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland, Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1981, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 44/S. 361ff.; (7) siehe auch Politische Berichte Nr. 16/82, S. 3ff. (8) CDU, Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt, Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahlen 1980

Tandler redet in Dachau

Der bayerische Innenminister Tandler hielt Ende Juni auf der „Landesversammlung des Arbeitskreises Polizei der CSU“ eine sonst nicht stark beachtete Rede, auf die wir zurückkommen, weil sie die Aufgabenstellung der Polizei umschreibt, wie das nicht gewöhnlich ist. Gewöhnliche Ideologie ist nämlich, daß der Bürger Polizei brauche, um des ungefährdeten Genuss der Sachen, die er hat (auch und gerade, wenn es wenige sind), und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, die ihm bleiben (auch und gerade, wenn sie beschnitten sind), einigermaßen sicher sein zu können; sicher nämlich vor den Kriminellen, die mit den Bürgern das Ziel teilen, womöglich maßlos reich und denkbar ausschweifend zu werden, nicht jedoch bereit sind, sich dabei an irgendwelche Gesetze zu halten. Diese gewöhnliche Ideologie von der Aufgabe der Polizei hält Tandler nicht mehr für ausreichend. Mit sicherem Instinkt für den angemessenen Ort sagte er in Dachau:

„Wo der Zusammenhang zwischen Grundrechten und Grundpflichten verloren geht, werden der hemmungslose Egoismus und die Selbstüberschätzung einzelner, die glauben, Patentrezepte für

alle anstehenden Probleme zu besitzen, zur Bedrohung für die Freiheit der Vielen. Wir alle können unseren persönlichen Lebensplan, unsere Anlagen und Fähigkeiten nur dann in Freiheit verwirklichen, wenn der Grundkonsens über die Spielregeln der demokratischen Ordnung bestehen bleibt.“

Der „hemmungslose Egoismus“ und die „Selbstüberschätzung“ sind Zentralbegriff der Polizei- und Kriminallpsychologie. Tandler pappt diese Charakteristika an Personen, die sich eine Meinung zu anstehenden Problemen bilden, sobald ihr Nachdenken zu etwas anderem führt als Jubelrufen über die BRD als beste aller möglichen Gesellschaften oder die Bayerische Staatsregierung oder die CSU oder auch Gerold Tandler. So macht man das Denken polizeiverdächtig. Als hemmungslos egoistischen Patentrezeptler, geplagt von Selbstüberschätzung und reif für psychiatrische Behandlung, so er ein einzelner bleibt. Was aber, wenn die Seuche ganze Gruppen erfaßt und zu politischem Handeln führt? Polizei!

„Die Polizeibeamten verteidigen dabei nicht den Machtanspruch irgendeiner obskuren ‚Obrigkeit‘; sie setzen vielmehr Leib und Leben im Sinne wehrhafter Demokratie dafür ein, daß die Grundfreiheiten des Bürgers nicht dem Diktat kleiner, gewalttä-

tiger Minderheiten zum Opfer fallen und unsere demokratische Ordnung anderseits nicht im Chaos versinkt.“

Vertreter sozialer Bewegungen wie der gegen die Wohnungsnot oder der gegen die Vernichtung natürlicher Lebensbedingungen durch die Energiepolitik der BRD nennt Tandler als Beispiel für solche diktatsüchtigen Gruppen bzw. Minderheiten. Was aber, wenn die Polizei ihren Beruf nicht schafft, derartige Minidiktatoren auf die rechte Bahn zurückzuprügeln? Tandler deutet es an:

„Zum einen kann dem Bürger nur zugemutet werden, freiwillig die ihm von der Ordnung der Freiheit gestellten Grenzen einzuhalten, wenn er die Sicherheit hat, daß alle anderen das auch tun. Es kann ihm nur zugemutet werden, sich in seinem Handeln auf andere, ihm unbekannte Menschen zu verlassen, wenn er die Sicherheit hat, daß diese die Pflicht tun.“

Wenn sich nun Aktionäre nicht mehr darauf verlassen können, daß ihnen ansonsten unbekannte (und auch ganz uninteressante) Arbeiter ihre Pflicht tun? Nun, dann kann man ihnen wirklich nicht mehr zumuten, die „von der Ordnung der Freiheit gestellten Grenzen“ einzuhalten. Wie schon gesagt, Tandler hielt seine Rede in Dachau.

Quellenhinweis: Gerold Tandler, Stellung der Polizei in der wehrhaften Demokratie, Rede des Herrn Staatsminister auf der Landesversammlung des Arbeitskreises Polizei der CSU am 26.6.1982 in Dachau, Manuscript

ÖTV in kirchlichen Betrieben stärken

Der ÖTV-Hauptvorstand hat sich mit den gewerkschaftlichen Rechten bei den Kirchen in ihren Einrichtungen befaßt. Es ist nötig, die Kraft ÖTV mit Hilfe einer größeren Zahl von Mitgliedern zu stärken. Derzeit sind von den über 500000 Beschäftigten beider Kirchen und ihrer Einrichtungen ca. 10% in der ÖTV organisiert. Um den Organisationsgrad zu erhöhen, wurde beschlossen: „Kreis- und Bezirksverwaltungen werden aufgefordert, die Vertrauensleutearbeit in kirchlichen Einrichtungen zu intensivieren; die Arbeit der Mitarbeitervertretungen zu unterstützen und Schulungsmaßnahmen durchzuführen.“

Hoesch-Vertrauensleute gegen Haushalt 1983

Wie in mehreren Betrieben fordern die Vertrauensleute der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke in einer Entschließung von den Dortmunder Bundestagsabgeordneten, die Sparbeschlüsse abzulehnen. Sie kritisieren sowohl die Kürzungen des Sozialstaats um 9,8%, die soziale Unausgewogenheit der Haushaltsbeschlüsse,

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Gewerkschaftsbund wollen am Dienstag, dem 7. September 1982, in Bonn gemeinsam gegen die geplante Verschiebung der Besoldungs erhöhung demonstrieren. Für den frühen Nachmittag ist ein Demonstrationszug mit abschließender Kundgebung auf dem Marktplatz geplant (ÖTV-Magazin 8/82). Am 12.7.82 hatten in Düsseldorf mehrere tausend Beamte der DGB-Gewerkschaften gegen den Plan demonstriert, die Be soldungsanpassung vom Tarif ergebnis zu lösen (Bild).



se, wie auch die Kürzung des Rentenanspruchs auf 70% des Arbeitsentgelts. In ihrer Entschließung unterstrichen die Gewerkschafter, daß mit den Beschlüssen der sozialliberalen Bundesregierung die sozialpolitische Wende eingeleitet werde. Auch wenn die Vertrauensleute dem Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer zustimmen, daß die CDU/CSU einen rigoroseren Sozialabbau betreiben würde, sei dies kein Hinderungsgrund, die Sparbeschlüsse der sozialliberalen Bundesregierung unter einem sozialdemokratischen Kanzler abzulehnen.

CDU: „Zigeunerspuk ein Ende setzen“

Frankfurt. Ende Juli tritt CDU-Stadtverordneter Schönberger als Initiator einer „Interessengemeinschaft zigeuner geschädigter Bürger“ auf und fordert: Ausweisung kriminel ler „Zigeunerclans“, Anrechnung von Sozialhilfezahlungen auf Wiedergutmachungsforde rungen, Einwanderungsverbot. Ebenso schreibt die FAZ am 4.8.: 1800 von 4300 schweren Wohnungseinbrüchen gingen 1981 auf das Konto von „Zigeuner“-Kinderbanden. Mit keinem Wort geht die „FAZ“ auf die restlichen Fälle sowie deren Ursachen ein. Sie läßt die Wut der Oberstaatsanwaltschaft durchblicken, die bisher in ihren Ermittlungen gegen die Kinder kaum weiter kommt. Die CDU hat sich nicht von Schönberger distanziert, wie von dem Sinti- und Roma-Zentralrat sowie von den Grünen und der SPD gefordert. Sie sei sich mit ihm in den Grundsätzen einig und spricht sich für ein verschärf tes Ausländerrecht aus.

Angriff auf Jugendaustausch mit Israel

Westberlin. Der Westberliner CDU-Senat, vertreten durch die Senatorin Hanna Renate Laurien, die Presseerzeugnis aus dem Hause Springer sowie der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Westberlin gaben ihrer großen Sorge um die Zukunft des Jugendaustausches mit Israel Ausdruck. Anlaß war eine Aktion von etwa 30 Antizionisten, die einen Empfang einer Jugenddelegation aus Israel unter Führung des stellv. Bürgermeisters von Jerusalem im Spandauer Rathaus verhinderten. Als die Gä



Die Ausbeutung von Kindern der mexikanischen und schwarzen Landarbeiter auf den großen Obst-, Gemüse- und Baumwollplantagen ist in den USA lange Tradition. Noch Ende der 60er Jahre wurden auf den Feldern des „sonnigen“ Kalifornien eine Viertelmillion Kinder unter 16 Jahren ausgebeutet (Bild: Zwiebel pflücker in Arizona). Jetzt hat die US-Regierung Schritte angekündigt, um auch in anderen Bereichen Schranken gegen die Ausbeutung von 14- und 15-jährigen aufzuheben. Künftig sollen diese an Schultagen vier Stunden täglich auch in Lebensmittelgeschäften, Unterhaltungsstätten, Gaststätten und Bäckereien, Wäschereien, Lagerhäusern, Tankstellen und Telefonzentralen ausgebeutet werden dürfen. Die maximale wöchentliche Arbeitszeit soll für alle Kinder während der Schulzeit von bisher 18 auf 24 Stunden ausgeweitet werden, der abendliche Arbeitsschluß von 19.00 auf 22.00 Uhr verlängert werden. Der Gewerkschaftsbund AFL/CIO fordert die sofortige Zurücknahme dieser „abscheulichen“ Pläne.

ste der Senatorin Laurien den Bus verlassen wollten, trafen sie Farbeiter. Die schützenden Räumlichkeiten des Rathauses blieben unerreichbar. Ohne auf den Vernichtungsfeldzug des Zionistenstaates gegen das palästinensische und das libanesische Volk einzugehen, überschlugen sich in den Tagen nach dem 3. August die Kommentare, insbesondere in der Springerpresse, mit Diffamierungen der 30 Antizionisten, denen antisemitische Motivation unterstellt wurde. Die Springerpresse beschwore die Zusammenarbeit mit dem Zionismus sogar mit dem Hinweis auf die „preußisch-jüdische Symbiose“. Der Jugendaustausch und die Beziehungen Westberliner Bezirke mit „Partnerstädten in Israel“ sollen weitergehen.

ÖTV verhindert Nazi im Aufsichtsrat

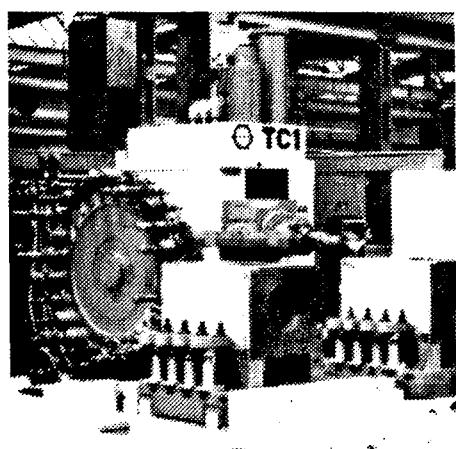
Hamburg. Als Nachfolger für den unter Protest aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Kaffeekapitalisten Jakobs hat die Deutsche Bank den Bremer Getreidekapitalisten Kurt A. Becher als Aufsichtsratsmitglied bei Hapag-Lloyd bestellt. Dies ist bei der Belegschaft, der ÖTV und in der Öffentlichkeit auf große Proteste gestoßen. Kurt A. Becher war, so wird es in dem Konkret-Buch „Reichsführers gehorsamster Becher“ enthüllt, als SS-Obersturmbannführer an Massakern der SS in Polen und der Sowjetunion beteiligt und hat später als SS-Standartenführer und Leiter des Wirtschaftsstabs der SS den faschistischen Raubzug gegen jüdisches Eigentum in Ungarn geleitet. Aufgrund des massiven Drucks der ÖTV ist Becher inzwischen zurückgetreten.

Entlassungen, Überstunden und Kurzarbeit

Westberlin. Für das Marienfelder Fritz-Werner-Werkzeugmaschinenwerk (FWW) hat der Aufsichtsrat der bundeseigenen Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG) kürzlich ein Sanierungskonzept des neuen Vorstandsvorsitzenden Hammer beschlossen, das nach 40 Mio. DM ausgewiesenen Verlusten für das Jahr 1981 bereits 1982 eine „spürbare Kostenentlastung“ bringen soll. Kernpunkte dieses Konzepts sind:

– „Kostenreduktion durch Personalabbau“. 162 Beschäftigte sollen bei Fritz-Werner entlassen werden, davon noch 50 in diesem Jahr. Durch diese Entlassungen will Hammer 1983 eine Kosteneinsparung in Höhe von 9,2 Mio. DM erreichen. Konzentriert werden diese Entlassungen im Angestelltenbereich; allein in der Verwaltung hat der Vorstand eine Überbesetzung mit 100 Beschäftigten ausgerechnet. Durch Ausweitung der EDV, Einrichtung weiterer Bildschirmarbeitsplätze, Einführung des CAD-Systems (computergestütztes Konstruieren) will Hammer das von ihm als ungesund bezeichnete Verhältnis von 1:1,07 zwischen Angestellten und Arbeitern in Richtung 1:2 verschieben.

– „Kostenreduktion durch Schwerpunktsetzung im Fertigungsprogramm“. Die Produktion von Fräsen, Schleif-, und Gewinderollmaschinen soll im Fritz-Werner-Werk eingestellt werden. Erweitert werden soll dagegen das Transfer-Center-Programm, numerisch gesteuerte Bearbeitungszentren, die durch Automatisierungskomponenten als flexible Fertigungszellen



Auf den Bau der Transfer-Center (TC) will DIAG-Betriebsführer Hammer die Produktion bei Fritz-Werner konzentrieren.

oder innerhalb flexibler Fertigungssysteme eingesetzt werden. Durch diese Veränderungen soll die Belegschaft von Fritz-Werner 1983, wenn die Konzentration auf Bearbeitungszentren voll wirksam wird, bei sinkender Belegschaftszahl 111,7 Mio. DM Umsatz erarbeiten (für 1982 sind 94,1 Mio. DM Umsatz geplant).

– „Steigerung der persönlichen Leistungserbringung“. Ungenügend sei die persönliche Leistungserbringung und Motivation in vielen Werksbereichen, so Hammer auf der Betriebsversammlung. Entlassen oder auf das Abstellgleis geschoben wurden Werks- und Abteilungsleiter, denen Hammer Inkompetenz und Unfähigkeit vorwarf, und die zugleich auch bei den Arbeitern verhaft waren. Das im letzten Jahr abgeschlossene Prämienlohnssystem ist auf Betreiben von Hammer bis Ende 1983 zurückgestellt worden. Es versprach ihm, auf Grund der darin enthaltenen Mindestabsicherung und der nur unvollständig zu erarbeitenden Vorgabezeiten, kein geeignetes System zur „Steigerung der persönlichen Leistungserbringung“ zu sein. Stattdessen sah sich Hammer zwar in den Verhandlungen mit dem Betriebsrat gezwungen, Lohnerhöhungen für die aus dem Prämienlohn wieder herausgenommenen Montagearbeiter in z.T. beträchtlichem Ausmaß (über 3 DM/Std.) zuzugestehen; aber gegenüber der Prämienlohnvereinbarung mit ihrer 130%igen Mindestabsicherung ist das Ergebnis wieder eine größere Differenzierung der Löhne innerhalb der Abteilungen sowie Lohngruppen und auch, daß einzelne Arbeiter, die als „unmotivierter“ eingestuft wurden, einen Lohn erhalten, der unter der vorher gültigen Prämienuntergrenze liegt.

Hammers erklärte Absicht ist, mit seinem Sanierungskonzept auf keinen namhaften Widerstand bei der Belegschaft und beim Betriebsrat zu stoßen. Und tatsächlich ist es der Betriebsführung gelungen, mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich abzuschließen, der das vom Aufsichtsrat beschlossene Sanierungskonzept billigt. Begleitet wurde dieser Abschluß von einer Situation im Werk, wo neben den geplanten Entlassungen Kurzarbeit in der mechanischen Fertigung und im Angestelltenbereich gefahren wird und gleichzeitig in der Montage beim Bau der Bearbeitungszentren die 50-Stunden-Woche für viele Arbeiter die Regel ist. Durchsetzen konnte sich Hammer

mit seinem Konzept bisher dadurch, daß er tatsächliche, von der stofflichen Seite der Produktion her gesehene, Unfähigkeit des bisherigen Managements angreift, gleichzeitig stets die Achtung vor der körperlichen Arbeit betont und so auch die Lohnerhöhungen begründet.

Der Betriebsrat betont, daß er keineswegs der Sanierung von Fritz-Werner Steine in den Weg legen will, aber nicht bereit sei, die Lasten der Sanierung von der dafür nicht verantwortlichen Belegschaft einseitig tragen zu lassen. Der Fakt aber, den Interessenausgleich abgeschlossen zu haben, ohne gleichzeitig gewisse Mindestbedingungen für die Belegschaft zu vereinbaren, bringt den Betriebsrat schon für die Verhandlungen über den Sozialplan in eine schlechte Ausgangsposition. Einkalkuliert wird von den Betriebsräten bereits ein deutlich schlechterer Sozialplan, als er bei den vorangegangenen Entlassungen in den Jahren 1978/79 abgeschlossen worden war. Demgegenüber gibt es Bestrebungen von Vertrauensleuten der IG Metall, die erste Sitzung des Vertrauensleutekörpers nach der Urlaubsperiode zu nutzen, um gewisse Mindestbedingungen festzulegen, die für die Belegschaft im Rahmen der „Sanierung“ erfüllt werden müßten.

Diese wären: eine zeitliche Begrenzung der Überstunden bis zum Ende des Jahres verbunden mit der Forderung nach Neueinstellungen, der Abschluß eines Sozialplanes orientiert an dem vor vier Jahren vereinbarten, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bezüglich ungenügender Arbeitssicherheit.

Metallindustrie IGM untersucht Folgen der Rationalisierung

Osnabrück. Die hier wiedergegebenen Ergebnisse stammen aus einer Untersuchung über „Rationalisierung und deren Folgen“ in der Verwaltungsstelle Osnabrück der IG Metall. In Zusammenarbeit mit der Osnabrücker IG Metall Verwaltungsstelle wurden zehn Betriebe mit jetzt noch 18456 Arbeitern und Angestellten untersucht. Die erfaßten Daten sind allesamt Aussagen und Ergebnisse von befragten Betriebsräten der untersuchten Betriebe.

Im Untersuchungszeitraum der letzten fünf Jahre wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen 8% der Belegschaft „abgebaut“. Im gleichen Zeitraum konnte in $\frac{3}{4}$ aller Betriebe eine starke Steigerung der inflationsbereinigten Pro-Kopf-Umsätze festgestellt werden, was als Indiz für eine zuneh-

Betrieb	Branche	Beleg-schaft	Pro-K.-Umsatz	Betr.-vereinb.
Dierke & Söhne	Masch.bau	+ 7%	+ 40%	ja
Kromschröder	Masch.bau	+ 4%	+ 14%	nein
Neuro	Masch.bau	+ 9%	+ 30%	nein
KMO	Metallverarb.	- 10%	-	nein
Klöckner	Stahl	- 15%	- 7%	ja
G.M.H.				
Klöckner	Stahl	- 27%	+ 50%	nein
Osnabrück				
Rawie	Stahlbau	- 8%	+ 6%	ja
Kynast	Fahrzeugbau	+ 6%	+ 25%	nein
Karmann	Fahrzeugbau	+ 9%	+ 50%	nein

mende Intensivierung der Arbeit bei gleichzeitigem Belegschaftsabbau gilt.

Personelle Folgen: In 8 von den 10 befragten Betrieben wird die Belegschaft massiv abgebaut, netto um insgesamt 1115. In zwei Betrieben werden netto 11 Arbeitsplätze geschaffen.

Auswirkung auf die Entlohnung: Obwohl bisher noch eine Tendenz zur Höhergruppierung feststellbar ist (insbesondere beim Einsatz von NC/CNC-Maschinen), wird nach Einschätzung der Betriebsräte die Besitzstandssicherung auf Zeit nicht erreicht. Zehnmal wird die Besitzstandssicherung als dauerhaft, achtmal wird sie als gar nicht gelungen bezeichnet, siebenmal als nur für den jetzigen Arbeitsplatzinhaber gesichert und zehnmal als nur zeitlich gesichert.

Qualifikation/Arbeitsinhalte: Fast in der Hälfte aller Fälle, wo sich die

Arbeitsinhalte änderten, wurde die Arbeit nach Aussage der Betriebsräte monotoner. Nach der Rationalisierung wurden die dementsprechenden Arbeiten von Arbeitern aller Qualifikationsstufen durchgeführt, mit Ausnahme des Einsatzes von NC/CNC-Maschinen.

Gesundheitliche Beeinträchtigung: In den befragten Betrieben wurde viermal über erhöhte Lärmbelästigung und 36mal über zunehmenden Stress und Arbeitsdruck geklagt.

Arbeitszeit: Zwar konnten bei Bildschirmarbeit fünfmal zusätzliche Pausen durchgesetzt werden, aber insgesamt ergibt sich ein negatives Bild: siebenmal vermehrte Überstunden, viermal kam es zu Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit.

Nützlich ist diese Untersuchung sicherlich bezüglich der kommenden Tarifrunde, die schon jetzt von den Kapitalisten mit Lohnsenkungsfordernissen eingeläutet wird. Die Löhne und Gehälter sind mit einiger Sicherheit weit über das schon ersichtliche Maß gesenkt worden bzw. in dieser Entwicklung begriffen. Erschwerend kommt hinzu, daß der Verschleiß der Arbeitskraft und die weiter fortschreitende Intensivierung stark zugenommen haben. Die nächste Lohnrunde muß all diesen Faktoren unbedingt Rechnung tragen.

Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH

Der Konkurrenz im Geschäft eine Nasenlänge voraus

Traunreut. Im Jahr 1981 lag die Produktion und der Inlandsabsatz von Hausgeräten um 3–4% unter der Marke des Vorjahres, mit Ausnahme von Wäschetrocknern, Kaffeemaschinen und Haarpflegegeräten. Während ein großer Teil der Hausgeräte produzierenden Kapitalisten – angefangen von AEG Küppersbusch, Zanker, BBC Hausgeräte, Duofrost bis hin zu Moulinex und Linde – Werksschließungen und Entlassungen vornehmen oder über Kurzarbeit sich zu sanieren trachten, führen die Bosch-Siemens Hausgeräterwerke 1981 26,4 Mio. DM Gewinn an die Bosch- und Siemens-Kapitalisten ab. Das sind rund 26% mehr als 1980.

Die Produktion der Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH umfaßt die sogenannte „braune Ware“ – HiFi-, Radio- und Videoanlagen. Ihr Anteil am Umsatz liegt bei ca. 15%. Daneben wird die „weiße Ware“ hergestellt, also Herde, Kühlgeräte, Waschmaschinen, Geschirrspüler bis hin zu den kleinen Hausgeräten. 1981 hatte die

„braune Ware“ die stärkste Umsatzzunahme mit plus 21%. Kältegeräte stiegen um 12% und Wäschepflegegeräte um 11%. Für die Kapitalisten unbefriedigend verlief der Verkauf von Küchen-, Klein- und Audiogeräten. Im 1. Halbjahr 1982 waren Rückgänge bei Dunstabzugshauben, Warmwasserboilern und ganz erheblich bei Kaffeemaschinen, während das Geschäft mit der neuen Einbauherdreihe, Vidorecordern und Farbfernsehern blüht.

Durch Erweiterung der Produktpalette versuchen die Kapitalisten, ihre Marktanteile zu vergrößern. Ein Beispiel: der „Multifunktionsbackofen“ mit konventioneller Ober- und Unterhitze, Heißluft, Heißluftgrill, Infrarotgrill und in der Komfortstufe zusätzlich Mikrowelle, mit Mikrocomputer und vollautomatischem Temperatur-Zeitlauf. Der Preis: 2400 DM, in der Komfortstufe 3600 DM, also rund das eineinhalb- bis zweifache eines durchschnittlichen Siemens-Akkordarbeiterlohnes. Während der stagnierende Inlandsabsatz bei Hausgeräten darauf

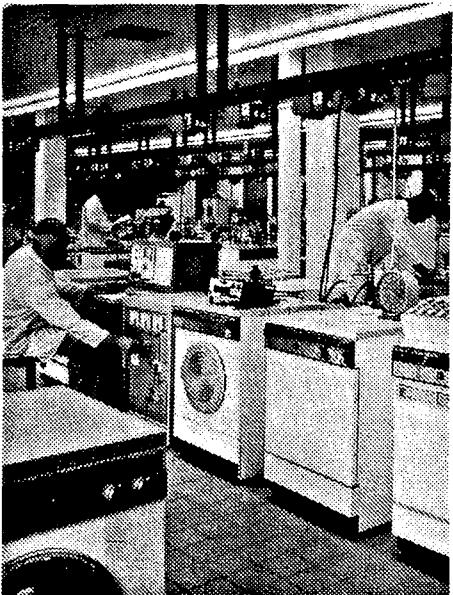
hindeutet, daß es für den durchschnittlichen Arbeiterhaushalt immer schwieriger wird, den Ersatz oder die Neuan schaffung notwendiger Hausgeräte zu finanzieren, deutet die Bosch-Siemens-Konjunktur an, über welche Geldmittel die besser und gut verdienenden Haushalte verfügen.

Ihr Exportgeschäft haben die Bosch-Siemens-Kapitalisten weiter ausdehnen können. Innerhalb von zwei Jahren ist der Exportanteil von 27% auf 32% angestiegen. Teilweise konnten die Kapitalisten Sonderschichten durchsetzen, um ihren Exportaufträgen nachzukommen.

„Wir sind einfach darauf angewiesen, auf die Schwankungen des Marktes so schnell wie möglich zu reagieren. Das kann auch dazu führen, daß Kurzarbeit und Mehrarbeit in kurzen Intervallen aufeinander folgen“, so Brosch, Geschäftsführer der BSHG, vor der Betriebsversammlung. „Ich bin davon überzeugt, daß wir künftig häufiger mit ähnlichen ‚Wechselbädern‘ rechnen müssen. Aber dies ist eben die Realität unsers Marktes, der wir nicht ausweichen können und der wir durch flexibles Verhalten begegnen müssen.“

Seit April erweist sich der Betriebsrat im Hausgeräterwerk Traunreut, wo noch bis Dezember 1981 kurzearbeitet wurde und ab Februar 1982 wieder monatlich zwei Sonderschichten liefern, nicht mehr als so „flexibel“. Weitere Sonderschichten der Werksleitung wurden abgelehnt.

Entlassungen aufgrund von Rationalisierungen konnte der Betriebsrat bisher verhindern. Dennoch ist die Zahl der Beschäftigten seit 1972 bei der BSHG um 2000 auf 13000 gesunken. Wie allerdings der anstehende Rationalisierungsschub aufgefangen werden soll, ist ungewiß. Erste Ergebnisse der Aufwand-Nutzen-Analyse liegen vor. Die Automatendreherei in Traunreut wird nach Dillingen verlagert, der Werksteil Burghausen geschlossen und



nach Traunreut verlagert. In drei Abteilungen sind Zeitaufnahmen im Gang, um die Rüstzeiten und so die Anzahl der Einrichter (die mit SAB 09 bzw. 10 eine hohe Lohngruppe haben) zu senken.

Außer einem Bearbeitungszentrum im Werkzeugbau (vgl. PB 2/82) soll in drei Abschritten ein neues Emaillierwerk errichtet werden sowie eine zentrale Verpackungsstraße. Weitere Planungsteams befassen sich mit der Warenannahme und dem Materialfluß.

Um die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern, richten die Kapitalisten sog. Qualitätszirkel ein – um das „Wir“-Gefühl zu steigern und den „Abbau der Fluktuation und von Fehlzeiten“ zu erreichen.

NRW

Angriffe auf die Gesundheitsversorgung

Düsseldorf. NRW-Wissenschaftsminister Schwier will Kosten für Überstunden und Bereitschaftsdienste der Ärzte in den Uni-Kliniken des Landes einsparen. In einem Erlaßentwurf ist vorgesehen, soviel wie möglich Bereitschaftsdienstzeiten kurzerhand in reguläre Dienstzeit (rund um die Uhr und auch an Wochenenden) umzuwandeln. Ausdrücklich ohne zusätzliches Personal. Durch diesen Trick sollen nicht nur rund 50 Mio. DM an Gehaltszahlungen eingespart werden. Die vorhandene Arbeit muß dann auch von erheblich weniger anwesenden Ärzten geleistet werden, weil die anderen eben abends oder am Wochenende ihre reguläre Dienstzeit haben. „Im Interesse eines möglichst rationalen Personaleinsatzes“ sollen auch „klinikübergreifende“ Bereitschaftsdienste geschaffen werden, also mehr und eventuell fachfremde Patienten für den „Diensthabenden“.

Bewußt kalkuliertes Ergebnis dieses Konzepts ist eine schlechtere ärztliche Versorgung der Patienten und/oder unbezahlte „freiwillige“ Überstunden der Ärzte. Zur Durchsetzung nämlich sollen Überstunden „grundsätzlich durch entsprechende Freizeitgewährung“ abgegolten und nur noch bezahlt werden, wenn eine schriftliche Anordnung des Klinikchefs vorliegt, die „auf konkrete Tatbestände bezogen“, „zeitlich abgegrenzt und auf ihre Notwendigkeit hin nachprüfbar“ ist. Mangelnde Nachprüfbarkeit hatte der Landesrechnungshof (LRH) schon seit längerem bei der Überstundenabrechnung beanstandet.

Weiter war ihm aufgefallen, daß die Zahl der Zusatzdienste anstieg, obwohl bei nahezu unveränderten Pflegetagen

die Arztstellen „beträchtlich“ erhöht wurden. Der LRH verschweigt dabei, daß mehr Patienten in kürzerer Zeit untersucht und behandelt (z.B. operiert) wurden und außerdem zusätzliche neue diagnostische und therapeutische Verfahren zur Anwendung kommen, was zwangsläufig mehr Personal und Zusatzdienste erfordert. Nach wie vor gibt es bekanntlich für bestimmte Operationen lange Wartelisten. Ein Sprecher des „Marburger Bundes“ hat gegen den Vorwurf des Mißbrauchs mit Überstunden bereits auf den Personal-



mangel hingewiesen.

Werden durch Schwiers Vorstoß bereits die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV nach Reduzierung von Freistellung nach Bereitschaftsdiensten unterlaufen und ins Gegenteil verkehrt, so setzt die CDU-Fraktion mit einer Großen Anfrage im Landtag nach. In der Begründung für ein „humanes Krankenhaus“ macht sie Stimmung gegen eine „technozentrierte Medizin“ und beklagt u.a. „arbeits- und tarifrechtliche Einschränkungen in der Gestaltung der Arbeitszeit“ aller Beschäftigten.

Katholische Schulen „Umfassende religiöse Erziehung“

Hannover. Seit dem 1. August ist für die katholischen Schulen in freier Trägerschaft in den Bistümern Hildesheim und Osnabrück sowie dem oldenburgischen Teil des Bistums Münster eine neue Grundordnung in Kraft. In der „Hannoverschen Allgemeinen“ wurde die Neufassung so charakterisiert: „Die katholischen Schulen sollen durch eine umfassende religiöse Erziehung geprägt sein, die auch den Schullalltag und den Unterricht bestimmen soll.“ Die Charakterisierung ist treffend.

Neu gegenüber der alten Grundordnung vom 1.5.1978 ist, daß eine weltanschauliche Verpflichtung auf eine Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils und einen Beschuß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich vorgenommen wird. In dem Synodalbeschuß heißt es u.a.: „Sie (die Synode) wendet sich dagegen, den Menschen mit Wissen zu überhäufen, nur seinen Verstand anzusprechen und die Entfaltung anderer Anlagen damit zu vernachlässigen ... Zu schnell unterliegen bildungspolitische Beiträge einer Fortschrittstendenz, die Schwäche, Schuld und Scheitern des Menschen verarmlost. Die Funktion des Erzieherischen und die Rolle des Erziehers werden zu wenig bedacht.“ Weniger Ausbildung – mehr Erziehung ist der grundlegende Leitsatz.

Seine direkte Auswirkung hat dieser Synodal-Beschluß in § 1 „Zielsetzung“ der neuen Grundordnung gefunden. Während es in der alten Grundordnung hieß: „Der Religionsunterricht hat eine zentrale Stellung und ist Pflichtfach in allen Schulstufen“, ist jetzt hinzugefügt: „Auch in den übrigen Fächern wird je nach ihren spezifischen Möglichkeiten durch Lernziele und Stoffauswahl die Zielsetzung der katholischen Schulen gefördert.“ Für die Fächer Geschichte und Biologie kann man sich das sicher gut vorstellen. Aber auch gegenüber den übrigen Naturwissenschaften hat die katholische Kirche immerhin eine gewisse Tradition vorzuweisen! Erinnert sei nur an die Inquisition und die Politik der Kirche gegenüber Forschern wie Galilei. Zu mehr Frömmigkeit sollen jetzt alle Fächer ihren Beitrag leisten.

Politisch isoliert ist die katholische Kirche mit diesen Absichten keineswegs. Hat doch der Ministerpräsident von Niedersachsen, Albrecht, auf dem letzten CDU-Parteitag erklärt, seiner Ansicht nach müsse „neben dem Kopf auch das Herz und die Hand ... in den Mittelpunkt der Erziehung gestellt werden“, und er fände es bedauerlich, daß „das Christentum als Wertfundament nicht stärker als Erziehungsziel in der Schule herausgestellt wird“. Außerdem wurden den Schulen in freier Trägerschaft schon durch Änderungen im Schulgesetz von 1980 finanzielle Anreize gegeben, indem die Berechnung der Finanzhilfe nicht mehr nach der Zahl der tätigen Lehrer, Schulassistenten usw. geschieht, sondern nach der Schülerzahl errechnet wird. Die Vorreiterrolle der katholischen Schulen ist in der Albrecht-Politik bestens gesegnet.

Quellenhinweis: Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Nr. 20/78 und Nr. 15/82; Schwerpunkte kirchlicher Verantwortung im Bildungsbereich (Beschuß der Gemeinsamen Synode), in: Die Synode, Heft 7/75

Arbeitnehmerüberlassung

Leiharbeit im Hafen eingeschränkt Rechte der Betriebsräte erweitert

Hamburg. Bereits Ende 1981 hat das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg den Gesamthafenbetrieb Hamburg (GHB) darauf hingewiesen, daß aufgrund der neuen Rechtssprechung der Tatbestand der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung so weit gefaßt worden ist, daß auch der nicht auf Gewinnerzielung gerichtete zeitweilige Einsatz von Arbeitern eines Hafeneinzelbetriebes in einem anderen Hafeneinzelbetrieb eine unzulässige Arbeitnehmerüberlassung darstellt.

Das Leutetauschen der Hafeneinzelbetriebe war früher unzulässig. In der Satzung des GHB ist festgelegt: „Hafeneinzelbetriebsarbeiter dürfen nur in dem Hafeneinzelbetrieb beschäftigt werden, bei dem sie im Dauerarbeitsverhältnis stehen“. Es war und ist ja gerade der Zweck des Gesamthafenbetriebs, die Arbeitskräfte für Beschäftigungsspitzen zu stellen. Zunehmend wurden jedoch in letzter Zeit vom Vorstand des GHB Ausnahmegenehmigungen erteilt. Unter dem Mantel einer Arbeitsgemeinschaft war Leuteaus tausch plötzlich zugelassen. Die Folge: Die Hafeneinzelbetriebe tauschten untereinander Leute aus und bestellten entsprechend weniger Gesamthafenar-

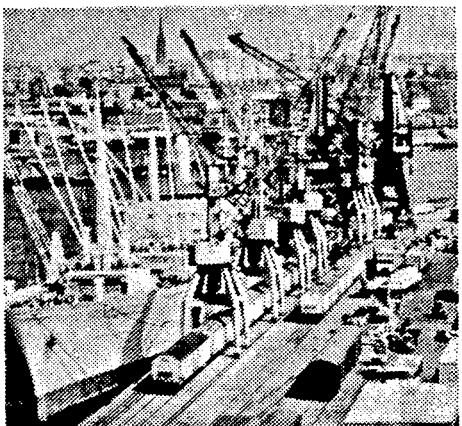
beiter. Beim GHB mußte entsprechend viel Garantielohn bezahlt werden. Ge zahlt wurde er durch Umlage auf alle Hafenkapitalisten. Jeder einzelne Betrieb jedoch mußte an seine Hafenarbeiter keine Garantielöhne bezahlen. Vor allem kleinere Stauereien halten sich über den Verkauf ihrer eigenen Arbeiter an andere Firmen überhaupt noch am Leben, weil sie zu wenig Schiffe noch selber bearbeiten.

Größere Betriebe haben die Tau scherei vielleicht auch in der Absicht vorgenommen zu beweisen, daß der GHB überflüssig ist. Es ist ja für die Kapitalisten ein starkes Argument zur Auflösung des GHB, wenn sie immer höhere Garantielöhne bezahlen müssen, obwohl sie auf die Gesamthafen arbeiter gar nicht angewiesen sind. Innerhalb der Jahre 1978, 1979 und 1980 waren sie u.a. auch deshalb nicht dar auf angewiesen, weil sie sich billigste, illegale, rechtlose Arbeiter über die Sklavenhändler beschafft haben.

Im Zusammenhang der Bekämpfung der illegalen Leiharbeit wurde auch offiziell zur Kenntnis genommen, daß im Hamburger Hafen besonders im Lade-

bereich dieses Geschäft blüht. Der Hamburger Senat hatte im Bundesrat den Antrag gestellt, für den Hafen die Leiharbeit genauso zu verbieten wie für den Baubereich. Der Zweck sollte sein, die gesamte Hafenarbeit unter Kontrolle zu haben, und die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben zu verhindern.

Durch Einspruch der Bundesrats



Mit acht Kaikränen wird die „Cap San Antonio“ in Hamburg am Schuppen 80 in kürzester Zeit gelöscht.

mehrheit wurde der Antrag abgelehnt. Verboten wurde jedoch die Leiharbeit im Baubereich. Erweitert wurden die Strafmaßnahmen gegen illegale Arbeitnehmerüberlassung. Erweitert wurden die Rechte der Betriebsräte.

Große Beschäftigungsschwankungen im Hafen Hamburg

Der Gesamthafenbetrieb Hamburg (GHB) hat 1350 Arbeiter, die je nach Arbeitsanfall an die Hafeneinzel betriebe (HEB) ausgeliehen werden. Werden weniger Gesamthafenarbeiter angefordert als zur Vermittlung vorhanden, so muß der Gesamthafenbetrieb Garantielohn zahlen (siehe Politische Berichte Nr. 9/82, S. 22). Werden mehr angefordert, so muß der Gesamthafenbetrieb die Bestellzahlen der Hafeneinzelbetriebe kürzen (Kürzungen). Im Schaubild sind die Garantielohnzahlungen und die Kürzungen jeweils für die Monate aufgetragen.

Die Beschäftigungsschwankungen sind nicht einfach jahreszeitliche Ein flüsse. Zum Beispiel sind konventionelle Frachtschiffe sehr arbeitsintensiv und kommen nicht gleichmäßig übers ganze Jahr. Es fällt aber auf, daß in manchen Monaten (z.B. 11/81) die Anzahl der Garantielohnzah lungen (1739) in etwa die gleiche Höhe hat wie die Kürzungen (1388).

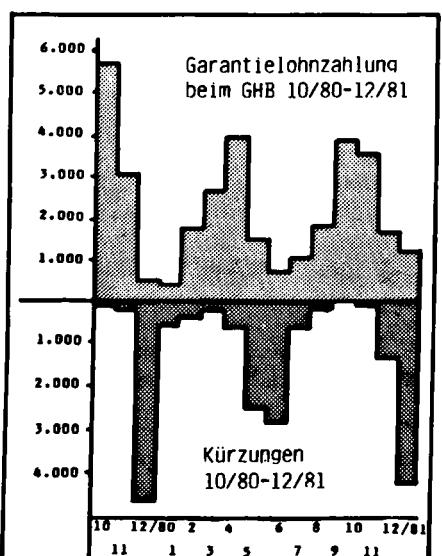
Oder daß im Monat 12/81 bei hohen Kürzungen immer noch über 1000 Schichten Garantielohn gezahlt werden muß.

Das sieht dann so aus: Montags ist der Hafen voller Schiffe. Alle Gesamthafenarbeiter sind vermittelt. Viele arbeiten zwei Schichten. Die Hafeneinzelbetriebsarbeiter arbeiten zu noch größerem Teil zwei Schichten. Es werden Aushilfsarbeiter aus Lübeck, Neu münster und Hamburg und woher es immer geht eingesetzt. Trotzdem ist die Anzahl der verfügbaren Arbeiter für die Kapitalisten zu gering. Vom Ge samthafenbetrieb wird gekürzt.

Zwei Tage später, am Mittwoch, sind die meisten Schiffe wieder weg. Aushilfsarbeiter werden nicht gebraucht, beim Gesamthafenbetrieb erhalten zum Teil bis 700 Kollegen Garantielohn.

Das Reederkapital fordert diesen Arbeitseinsatz, weil die Frachtraten

pro Schiff pro Jahr desto höher sind, je kürzer die Hafenliegezeiten sind. Denn die Frachtrate wird nach Ge wicht oder Volumen der Ladung und nach der Entfernung berechnet, nicht jedoch nach der Zeit für Löschen oder Laden. Ein Teil der Beschäftigungs schwankung ist nur der Profitsucht zu verdanken.



Entsprechend den neuen Richtlinien des 7 Abs. 2 der Satzung des GHB (Beschäftigung von Hafeneinzelbetriebsarbeiter) dürfen Leute, die nicht beschäftigt werden können, der Gesamthafenbetriebsgesellschaft angedient werden. Können die Anforderungen nach Hafenarbeitern durch die vorhandenen Gesamthafenarbeiter nicht erfüllt werden, dann können auch die angedienten Hafeneinzelbetriebsarbeiter vermittelt werden.

Dies jedoch nur, wenn der Betriebsrat des verleihten Betriebes und des entliehenen Betriebes ihre Zustimmung gegeben haben. Verweigert ein Betriebsrat seine Zustimmung, so darf der Hafenkapitalist nicht verleihen, sogar auch dann nicht, wenn seine Arbeiter die Zustimmung gegeben haben.

Für die einzelnen Betriebsräte bringt dieses zusätzliche Recht ganz unterschiedliche Probleme. Es gibt Betriebsleitungen, die drohen mit Entlassungen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert, mit der Begründung „Arbeitsmangel“. Bei der Stauerei Penzhorn gibt es zum Garantielohn eine Betriebsvereinbarung, die ein Absummeln der Doppelschichten vorsieht. D. h. die Stauerei „garantiert“ elf Schichten innerhalb zwei Wochen. Wurden in der ersten Woche bereits drei Doppelschichten gearbeitet, so bezahlt der Betrieb in der zweiten Woche keinen Garantielohn, wenn insgesamt elf Schichten gearbeitet wurden. An den Tagen, wo Penzhorn keine Arbeit hatte, werden die Arbeiter ausgeliehen, um ihnen „das Absummeln zu ersparen“. Solange diese Betriebsvereinbarung besteht, kann der Betriebsrat schlecht gegen die Verleihung sein. Es gibt aber auch Betriebe, wo der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert. Betriebsräte, die sich nicht auf das Betriebsinteresse verpflichten lassen, haben durch die neuen Richtlinien eine gestärkte Position.

Familienpolitik CSU verteilt Wohngeldalmosen

München. Unter dem Motto „Für ein Land, in dem sich die Menschen geborgen fühlen“, stellt die CSU zu den Landtagswahlen 1982 in Bayern familienpolitische Forderungen vor.

Von Januar 1981 auf Januar 1982 konnten die Kapitalisten und der Staatsapparat die realen Wochenarbeitsverdienste bei den Arbeitern um 1,7% und bei den Angestellten die Nettonomonaftsverdienste um 2,3% verringern. Die CSU kommt bei dieser Ent-

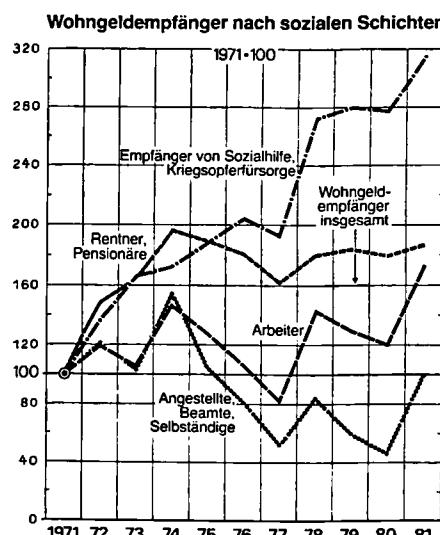
wicklung – von ihr wärmstens ideologisch und politisch gefördert – zur Schlußfolgerung: „Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen verlangen eine verstärkte Förderung der Familien ...“ Ein zentraler Punkt dieser „Förderung der Familien“ ist die Forderung: „Für die grundlegende Verbesserung der Wohnraumversorgung kinderreicher Familien“.

Schon die Tatsache, daß 1981 von den Wohngeldempfängern in Bayern allein 64% in einem Ein-Personenhaushalt lebten und nur 15,3% in Vier- und Mehr-Personenhaushalt, zeigt, daß offensichtlich die Armut in Bayern nicht unbedingt bei den „kinderreichen Familien“ angesiedelt ist, son-

noch Wohngeld bezogen werden konnte, betrug bei einem 4-Personenhaus halt vor dem 1. Januar 1981 1860 DM und danach bei 2360 DM. Am häufigsten wurde Wohngeld beantragt (27%) wegen „Verringerung des Einkommens durch Eintritt ins Rentenalter, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder ähnliches“. Durch das 2. Haushaltsgesetz wurden zum 1. Januar 1982 Kürzungen in der Wohngeldgewährung beschlossen, von denen 78% der Wohngeldempfänger in Bayern betroffen sind.

Die CSU als Vorkämpfer der Propaganda „notwendiger Sparmaßnahmen“ findet auch hierfür im Landtagswahlprogramm die demagogische Antwort: „Wir wissen, daß die Forderung nach einer weitgehenden finanziellen Besserstellung der Familien wegen der katastrophalen Haushaltsenge (vor allem der Rüstungshaushalt ist ihr zu „eng“, d. Verf.) des Bundes nicht sofort verwirklicht werden kann. Die CSU will aber durch eine gezielte Wachstumspolitik mit Vollbeschäftigung und hoher Produktivität die Staatseinnahmen so verbessern, daß diese durch die Bonner Finanzpolitik aussichtslos gewordenen Vorhaben eines Tages als finanzierbar in Betracht gezogen werden können.“

Wie lautet also das CSU-Rezept? Die Löhne und Gehälter weiter senken, die Kapitalisten mit Subventionen zur Investitionstätigkeit animieren, auf dieser Grundlage Vollbeschäftigung mit hoher Produktivität – sprich Auspowerung der Arbeitskraft – schaffen. Dann kann die Summe der Lohnsteuer insgesamt erhöht werden und auch wieder etwas für den Kindersegen getan werden – bis dahin gilt jedoch erstmal das Wort des Generalsekretärs Stoiber: „Es ist dem Menschen nicht gemäß, immer zu fordern, zu verlangen, ja sogar zu drohen, wenn man etwas nicht bekommen kann ...“. Wer dieser Pfaffenmoral folgt, schneidet sich ins eigene Fleisch.



Quelle: Bayern in Zahlen, H. 7/82

dern vorwiegend bei der Arbeiterbevölkerung und hier insbesondere bei Rentnern und Arbeitslosen.

Jedermann weiß eigentlich auch, daß dieses Problem der „Wohnraumversorgung kinderreicher Familien“ nicht in den Kindern besteht, sondern darin, daß mit der Lohnarbeit die Existenz nicht gesichert werden kann, man damit sogar ärmer wird (s. Netto lohnentwicklung) und steigende Mieten diesen Prozeß beschleunigen. Wer dies nicht glaubt, der kann an den nicht existierenden Wohnraumproblemen der kinderreichen Bourgeoisfamilien die Gründe näher studieren.

Da die CSU schon jahrzehntelang in parlamentarischer Verantwortung steht und für bayerische Staatspolitik zuständig, kann gegenüber ihrer Propaganda der „Unterstützung kinderreicher Familien“ auf verschiedene Tatsachen hingewiesen werden: Ende 1981 lag die Zahl der bezuschußten Familien mit vier und mehr Personen noch immer um 3000 oder 8,1% unter dem 1974 erreichten Niveau der Förderung kinderreicher Familien mit Wohngeld. Das höchste monatliche Familienbruttoeinkommen, bei dem

Pressefreiheit Mit § 129 a gegen Stadtzeitung

Stuttgart. Drei presserechtlich Verantwortliche der Stuttgarter Stadtzeitung „s'Blättle“ haben jetzt von der Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift wegen Vergehens nach § 129 a (Werbung für eine terroristische Vereinigung) erhalten. Vorausgegangen waren umfangreiche Ermittlungen, wobei die Redaktionsräume der Zeitung innerhalb eines Vierteljahres zweimal durchsucht und u.a. Druckmaterial und die Abonenntenkartei beschlagnahmt

wurden. Ähnliche Verfahren richteten sich gegen alternative Stadtzeitungen in Oldenburg, Freiburg und Marburg.

In diesen Zeitungen war im Sommer 1981 eine Erklärung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen der RAF erschienen, sowie im „s'Blättle“ die Rede auf einer Solidaritätsveranstaltung vor dem Stammheim Gefängnis. Nach der Durchsuchung im Oktober 1981 veröffentlichte die „s'Blättle“-Redaktion eine Erklärung mit den Forderungen nach Abschaffung des § 129 a, der Einstellung aller Ermittlungsverfahren im genannten Zusammenhang und für Presse- und Meinungsfreiheit. Außerdem hatte sie 250 Unterschriften gesammelt, wobei sich die Unterzeichner bei einem nochmaligen Abdruck der inkriminierten Artikel für presserechtlich verantwortlich erklärten. Der wiederholte Abdruck mit den Unterschriften in der letzten Dezember/Jänner-Ausgabe des „s'Blättle“ löste die zweite Durchsuchung und die jetzige Anklageschrift aus, während die Ermittlungen gegen die anderen Zeitungen eingestellt wurden.

Die Anklage baut auf der Behauptung auf, die Erklärung bzw. Rede sei strafbar gewesen, folglich hätten die Redakteure sie abgedruckt (die Drucker sie gedruckt, der Buchhändler dies verkauft, etc.), um die „Propaganda der RAF einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ und „zumindest billigend in Kauf zu nehmen, der terroristischen Vereinigung dadurch weitere Sympathisanten zuzuführen.“

Die „s'Blättle“-Redaktion, die es als ihre Aufgabe sieht, „öffentlich zu machen, was verschwiegen werden soll“, will sich von einem wahrscheinlich in Stammheim bevorstehenden Prozeß weder einschüchtern noch zur Resignation bringen lassen.

Materialanforderungen und Unterstützungserklärungen können an „s'Blättle“, Böblinger Straße 59, 7000 Stuttgart 1, gerichtet werden.

Schleswig-Holstein „Ja bitte“ – reaktionäres Jugendlexikon

Kiel. Zu Beginn der Sommerferien hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das „Ja bitte“-Lexikon für die junge Generation herausgegeben. Zu verschiedenen Themen wird hier dicke reaktionäre Suppe angerührt. Welche Ratschläge und Tips erhalten nun die Jugendlichen – etwa die gerade Schulentlassenen – durch dieses Lexikon?

„Berufliche Bildung: Eine Auswahl

wie im Supermarkt. Wer nicht zu unterbelichtet ist, um sich zu informieren, kann das hundertprozentig Passende finden ...“ Es folgen Passagen über Berufsschulpflicht, berufsbefähigendes Jahr für „noch nicht fähige“ Jugendliche, Ablauf einer Berufsausbildung sowie das Berufsgrundbildungsjahr mit Aufbaustufe. Ein Hohn auf die 10000en arbeitslosen oder nicht ausgebildeten Jugendlichen, die wohl zu „unterbelichtet“ sind und sich vom Arbeitsamt keinen „Maßanzug“ verpassen lassen wollen. Ihnen bleiben die frommen Sprüche zur „Jugendarbeitslosigkeit: Keine Schande, aber ein ganz schöner Mist. Leute, die keinen Bock auf Leistung haben, kommen zuerst dran.“

Also jeder ist seines Glückes Schmied. Sich bücken und zu jedem Lohn Arbeit annehmen, das bringt auch Arbeit. Ansonsten wird aufgezählt, wieviel Mio. DM der Wirtschaft schon in den Rachen geworfen wurden, um Jugendliche zu beschäftigen.

Was die Landesregierung per Erlass über ihre Lehrer nicht durchsetzen kann, versucht sie hier an den Mann zu bringen: Deutschlandpropaganda und Heimatliebe. Das Deutschlandlied ist als Nationalhymne vollständig abgedruckt, denn: Die Verbundenheit eines Bürgers mit seinem Staat wird angeblich dadurch ausgedrückt. Darum sollen die Kinder das Lied auch im 4. Schuljahr lernen, im 8./9. Jahr bekommen sie dann die historischen Begebenheiten erzählt. Kritiker werden auf den historischen, vor allem aber „innenpolitischen Charakter“ hingewiesen. Der kommt dann unter der Rubrik „Deutsche Frage“. Dazu ein Bild: Die Mauer wird eingerissen, zwei Menschen aus Ost und West umarmen sich; Inschrift darunter: „Wann endlich?“ und „An unserem Willen führt kein Weg vorbei: Deutschland wird wieder eine Einheit werden. Auch unsere Verfassung steht dafür.“ Keiner darf sich der Wiedervereinigung unter der westdeutschen herrschenden Klasse entgegenstellen. – Was ist das andere als purester reaktionärer Chauvinismus? Die Jugendlichen sollen dazu erzogen werden, die DDR nicht als selbständigen Staat anzusehen, sondern als „Deutschland, das eigentlich schnellstens heim ins Reich gehört.“

Die Hoffnung der Landesregierung, die Broschüre würde glatt durchgehen in den Ferien, trog. DGB-, DAG-Jugend, LSV Gymnasien, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, Jusos, Judos, Falken sowie SPD und FDP kritisieren, daß 200000 DM für eine solche Broschüre ausgegeben werden, während gleichzeitig 380000 DM im Etat für Jugendarbeit gestrichen werden.

Komm-Prozeß Nachermittlungen abgeschlossen

Nürnberg. „Ich kann in aller Höflichkeit, aber auch in aller Entschiedenheit, nur ein Wort der Warnung aussprechen: Wir haben das in Bayern nicht geduldet, wir dulden es nicht, und wir werden es nicht dulden. Wir werden unserer Polizei jede Rückendeckung geben, die zur Erfüllung ihres Auftrages notwendig ist.“ Dies sagte Strauß am Tag vor den Nürnberger Verhaftungen, und der stellvertretende Leiter der Kripo Fürth nach den Verhaftungen gefräßig: „Und am 5. März haben wir geerntet sozusagen.“ Die Ernte wurde aber dann verhagelt. In den nachfolgenden Verfahren sollte vorgeführt werden, daß eine Strafverfolgung wegen Landfriedensbruch auch dann möglich ist, wenn dem Einzelnen keine konkrete Handlung, z.B. Steinwurf nachgewiesen werden kann, die Teilnahme sollte ausreichend sein. Also Anwendung des §125 des Strafgesetzbuches in der Fassung von 1871. Die Konstruktion der Anklage reichte nicht, auch dieses Ziel zu erreichen. Nach dem 8. Verhandlungstag schloß der Vorsitzende Manger die Akte:

„1. Die Hauptverhandlung wird ausgesetzt. 2. Den Angeklagten wird nachträgliches Gehör gewährt. 3. Neuer Termin zur Hauptverhandlung wird von Amts wegen bestimmt werden.“ Durch die Verhandlungsführung seitens der Angeklagten und ihren Verteidigern, gestützt auf eine große Öffentlichkeit, ging diese Konstruktion zu Bruch.

Unmittelbar danach beauftragte Justizminister Karl Hillermeier den von Würzburg nach Regensburg berufenen Oberstaatsanwalt Fischer mit den Nachermittlungen. Fischer hatte sich in Würzburg schon einen bundesweiten Namen gemacht in der Verfolgung von Antifaschisten durch die „Zigeunerprozesse von Würzburg“. Außer den Nachermittlungen gegen obige Angeklagte hat Fischer nun weitere 73 Akten beigelegt, wo bisher keine Anklage erhoben wurde. Das eingeleitete Verfahren gegen die Richter und Staatsanwälte des ersten Prozesses wegen „Rechtsbeugung und Aktenunterdrückung“ wurde inzwischen eingestellt. Die Nachermittlungen sind abgeschlossen und eine Neuaufnahme des Verfahrens steht bevor.

Unterschriftenlisten gegen die Komm-Prozesse können bezogen werden bei:

BI 5. März für Demokratie und Grundrechte, Äußere Großweidenmühlstr. 16, 85 Nürnberg 90.

Alu-Hütte Rheinfelden

Nach Millionensubventionen der Landesregierung Rationalisierung und Entlassungen

Anfang Juli dieses Jahres hat die Geschäftsleitung der Aluminium-Hütte Rheinfelden (Kreis Lörrach), ein Tochterunternehmen der Schweizerischen Alu-Suisse, den Abbau von 284 Beschäftigten bis Ende 1983 bekanntgegeben. 120 Arbeiter sollen davon in diesem Jahr entlassen werden, der Rest durch Frühverrentung, Abbau von Überstunden etc. eingespart werden. Die Rheinfelder Hütte produziert im Elektrolyse-Schmelzverfahren Rohaluminium in Barrenform sowie verschiedene Halbfabrikate wie Aluminium-Pulver, Aluminium-Bänder und Butzen (das sind kleine Aluminium-Scheiben zur Fertigung von Dosen, Tuben usw.).

Die Hütte beschäftigt zur Zeit 1189 Arbeiter und Angestellte. Zusammen

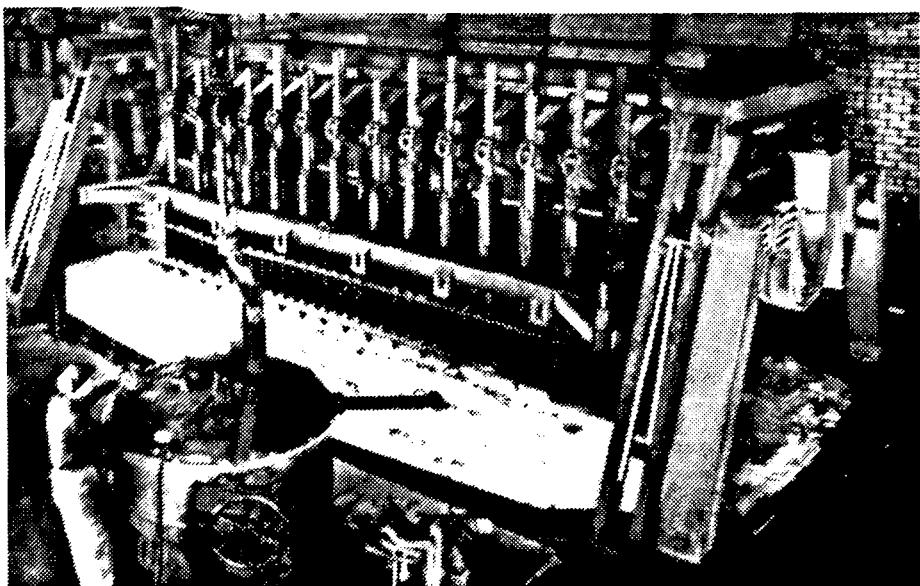
Kreis mit dem höchsten Stromverbrauch in Baden-Württemberg: die Betriebe des Kreises verbrauchten 1980 1735 Millionen kWh Strom; allein rund eine Milliarde kWh davon die Alu-Hütte. (Zum Vergleich, die Betriebe im Kreis Stuttgart: 968 Mio. kWh, Mannheim: 1297 Mio. kWh, Karlsruhe 902 Mio. kWh). Bis 1980 zahlte die Alu-Rheinfelden pro kWh lediglich 3,1 Pfennig. Die Herstellungskosten des Baden-Werks, von dem die Hütte ihren Strom bezieht, lag damals bei 6,1 Pfennig, d.h., daß bis zu diesem Zeitpunkt die Alu-Hütte mit rund 30 Mio. DM jährlich indirekt über den Strompreis durch die hohen, steuerähnlichen Haushaltstarife (damals 13,5 Pfennig pro kWh ohne Bereitstellungspreis) subventioniert wurde. Die Baden-

Preiserhöhung bis 1983 vorsieht. Der Strompreis wird dann, so weiß man in der Hütte zu berichten, bei rund 5,1 Pfennig liegen. Späth hatte sich, vom Hubschrauber werbewirksam eingeflogen, auf einer Betriebsversammlung für die Interessen der Alu-Arbeiter stark gemacht und sie aufgefordert, zwecks Erhalt ihrer Arbeitsplätze gegen die Kernenergiegegner anzutreten, die den Bau des KKW Wyhl verhindern wollen, der alleine einen niedrigen Strompreis garantieren.

Nahezu gleichzeitig mit dem Strompreisabschluß hat die Landesregierung dem Konzern Zuschüsse in Höhe von 9 Mio. DM bis 1983 zugesagt. Zweck: „Betriebsumstrukturierung zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Erweiterungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“. Geplant war die Verbesserung der Elektrolysekapazitäten, die Umstellung einiger Werke von Elektrolyse auf Weiterverarbeitung und der Bau eines zusätzlichen Werks in Rheinfelden für Halbfertig- und Fertigfabrikate insbesondere für die Autoindustrie. Von den 9 Millionen DM sind bereits 5,2 Mio. ausbezahlt. Spekuliert wurde damals über die Schaffung von 3000 Arbeitsplätzen. Tatsächlich wurde die Belegschaft seit Jahresanfang 1980 bis jetzt bereits um 160 Beschäftigte verkleinert.

Die Subventionen der Landesregierung schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil, in Verbindung mit der Strompreissubventionierung ermöglichen sie erst Rationalisierung und in deren Folge verschärftete Ausbeutung und Entlassungen. Als 1972 nach Überproduktionskrise und Preisverfall auf dem Weltaluminiummarkt die ursprünglichen Riesenprofite nicht mehr zu realisieren waren, hat die Alu-Suisse große Teile der Belegschaften im Zusammenhang umfangreicher Rationalisierungsinvestitionen entlassen. Erst als Ende der siebziger Jahre der „Umsatz pro Beschäftigten“ (ein Indiz für die Ausbeutungsrate) drastisch gesteigert worden war, zeigte sich die Alu-Suisse wieder an Arbeitsplätzen interessiert. (Umsatz pro Beschäftigten: 1969 = 80000 SFr, 1979 = 140000 SFr, 1981 = 167000 SFr)

Dr. Georg von Schultheiß, der Vorsitzende der Rheinfelder Geschäftsführung, begründete im Februar 1981 die Investitionsplanung für das Werk unter dem verräterischen Motto „Mehr Wert auf allen Stufen“ für den Bereich der Elektrolyse so: „Rheinfelden braucht für sein Spezialitätenpro-



Ein 100000 Ampere Elektrolyse-Ofen mit kontinuierlich verstellbaren Kohleanoden (Söderberg-Verfahren). Die offene Bauweise dieser Elektrolysen macht ein Absaugen der hochgiftigen Fluorabgase in der Halle unmöglich. Öfen solcher Bauart wurden in der Rheinfelder Hütte mit Mitteln der Landesregierung in den letzten Jahren durch leistungstärkere, vollautomatische Öfen, die vollständig verkapselt sind, ersetzt. (Siehe Bild nächste Seite).

mit den in Rheinfelden ansässigen Werken der Degussa und der Dynamit-Nobel beutet die Alu-Suisse die meisten der rund 7000 Industriebeschäftigten in Rheinfelden aus und beherrscht zusammen mit den anderen großen Konzernen der Chemie- und Textilindustrie nicht nur den Arbeitsmarkt am Hochrhein, sondern bestimmt weitgehend das gesamte gesellschaftliche und politische Leben der Region.

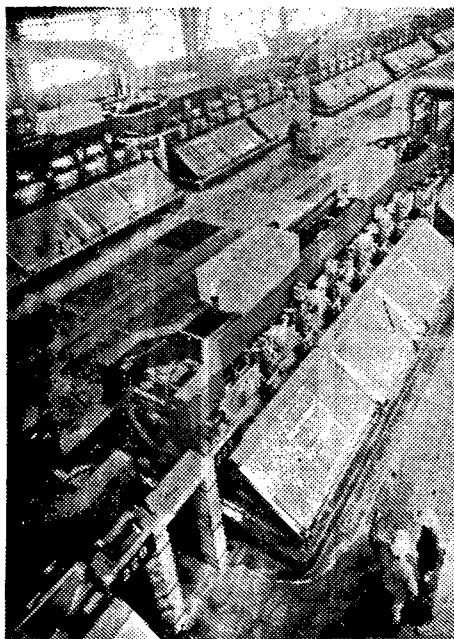
Auf Grundlage dieser Struktur der Industrie mit jeweils hohem Energiebedarf ist der Kreis Lörrach heute der

Werk AG ist als Monopolbetrieb im Mehrheitsbesitz der Landesregierung und der Baden-Württembergischen Großbanken, die ihrerseits mit den Industriemonopolen (Daimler Benz) verbunden sind.

Das Baden-Werk hatte vor Auslaufen des alten Strompreisvertrags im April 1980 einen neuen Preis von 6,1 Pfennig pro kWh gefordert, um sich dann nach monatelangen Verhandlungen, die in einer gut inszenierten „Intervention“ des Ministerpräsidenten Späth gipfelten, auf einen „Komromiß“ eingelassen, der eine stufenweise

gramm eine leistungsfähige Elektrolyse mit einem hohen Anteil hochreinen Metalls und dem Vorteil flüssiger Metallversorgung. Entsprechend sind große Mittel für die Modernisierung der Elektrolyseanlagen eingesetzt. Es sind vor allem die kleinen E5- und E6-Öfen mit relativ hohem Stromverbrauch, viel Stundenaufwand, unergiebiger Reinmetallproduktion, die durch andere Einheiten ersetzt werden müssen.“

Wenn bessere Arbeitsbedingungen bei solchen Investitionen als Nebeneffekt entstehen, wie das bei den größeren Elektrolyseöfen durch ihre totale Verkapselung der Fall ist, so sind sie doch immer nur durch das Ziel besseres, d.h. reineres Aluminium zu produzieren begründet, um so in der Konkurrenzschlacht mit den anderen fünf Großen der Branche die Stellung halten und ausbauen zu können. In der Werkspropaganda erscheinen dann solche Investitionen als „Kosten für Umweltschutzmaßnahmen“. Diese „Belastung“ des Werks dient dann noch als Rechtfertigung dafür, daß das Gewerbeaufsichtsamt des Kreises z.B. 1981 darauf verzichtete, dem Werk die Kosten für eine präzise Lärmpegelmessung aufzuerlegen, obwohl sich seit Jahren Anwohner über den Lärm ins-



besondere während der Nachschichten beschweren und Handmessungen des Gewerbeaufsichtsamtes bereits Werte von 56 db ermittelten (zulässige Höchstgrenze nachts = 35 db!) Kosten der Messung: einige tausend DM.

Es ist zu erwarten, daß die Landesregierung trotz offenen Vertragsbruchs des Konzerns die weiteren 3,8 Mio.

DM Zuschüsse ausbezahlt wird. Späth wird dies schon alleine deshalb tun, um eines der Argumente für Industriekonzerne für den Bau des KKW in Wyhl nicht aus der Hand zu geben. (Wyhl soll in etwa den Bedarf der Alu Rheinfelden decken.) Damit auch die Politik der CDU in Regierung, Landtag und Kreistag. Die SPD, so sieht es aus, macht sich zunehmend zu einem Lobbyisten des Konzerns und will die CDU in Sachen „Arbeitsplatzsicherung“ rechts überholen. Die Grünen im Kreis Lörrach haben eine Initiative angekündigt, die die Rückforderung der Zuschüsse durch die Landesregierung erzwingen soll und eine Anpassung des Strompreises der Hütte zumindest an die Herstellungskosten des Baden-Werks. Freiwerdende Gelder könnten in ein Regionalprogramm eingesetzt werden, das unter Kontrolle des Landkreises und der Gemeinden erstellt werden soll. Was daraus wird, entscheidet sich auch über die Beschlüsse und Maßnahmen der IG Chemie. Sie hat sich bisher nicht geäußert.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Tagesanzeiger (TA), Basler Zeitung, Badische Zeitung (jeweils verschiedene Ausgaben der Jahrgänge 1981 und 1982; „Miteinander“, Werkszeitschrift der Alu-Suisse Deutschland, Jahrg. 1979 bis 1982; Geschäftsberichte der Alu-Suisse 1970 bis 1981; Industriestatistik des Stat. Landesamtes, Stuttgart, 1981

Alu-Gießerei: Modernisierung heißt Druck und Hetze

BWK: Kannst du uns an einem Beispiel sagen, welche Veränderungen es in der Produktion in den letzten 10 bis 15 Jahren gegeben hat, was war früher anders?

Wo ich angefangen habe, war vieles anders. Viel Handarbeit. Z.B. in der Gießerei die Gußlegierung. Die haben wir ja damals von Hand gegossen mit einem Schöpfloßel. Und heute haben sie zwei Maschinen, wo die eine zwölf viereckige Stränge waagrecht gießt. Die Gußlegierungsmasseln haben früher jeweils vier Kilo gehabt, wo wir sie noch von Hand gegossen haben. Heute läuft an der Maschine eine Säge mit, die den Strang auf die entsprechende Länge schneidet, wo die Stücke dann auch gleich automatisch mit einer Zange gestapelt werden.

Wieviel ist damals produziert worden?

Damals haben wir mit einem Schmelzofen geschafft. Da haben wir pro Schicht vier Tiegel gegossen, das sind sechs Tonnen, das waren in 24 Stunden dann etwa 24 Tonnen. Heute sind es ungefähr 30 Tonnen. Früher hat Alu-Wutöschingen Butzen (kleine Blättchen aus Alu-Blech, die dann zu Tuben usw. verpreßt werden, d. Red.) gemacht. Wir haben

dafür Rundbarren gegossen. Die haben dann Scheiben abgesägt und gewalzt. Heute bei uns läßt man das Flüssigmetall nicht mehr erstarren und gießt es direkt zum Band.

Hat sich auch die Unfallhäufigkeit verändert?

Zurückgegangen ist sie nicht. Es waren oft Leute, die noch nicht richtig eingearbeitet waren und voll eingesetzt wurden. Eine Zeitlang hatten wir graue Unfälle, Verbrennungen usw.

In euren Werkszeitschriften wird von größerer „Wertschöpfung“ geschrieben, wie sieht die praktisch aus?

Also bei uns haben sie nicht mit der Stoppuhr rationalisiert. Diese Art Rationalisierung geht schlecht bei uns ...

Ich meine, die Betriebsleitung überlegt, wo sind noch Poren, die geschlossen werden können.

Es ist einfach allgemein keine Luft mehr da. Wenn wir früher den Tiegel leergegossen hatten mit dem Schöpfloßel, dann hast du wieder Pause gehabt. Und jetzt an der Stranggußmaschine, wenn es ein Guß ist, der langsam läuft, so lang der eben läuft, mußt du da sein, da kannst du noch nicht mal schiffen, wenn dich keiner ablöst. Das mit dem Schöpfloßel früher war eine schwere Arbeit. Aber ich habe die-

se körperlich schwere Arbeit lieber gemacht, die Hetze war nicht da, der Druck. Wenn du jetzt Flüssigmetall kriegst, dann mußt du es vergießen, auch wenn du ein Mann weniger bist, dann mußt du einfach mehr machen. Denn wenn das Metall kalt wird, hast du eine Sauerei. Automatisch presierst du, machst dann halt mehr. Daß du mal reden kannst miteinander, das ist ja auch nicht mehr drin. Es faucht einer den andern nur noch an.

Auf der Betriebsversammlung wurde gesagt, daß jetzt keine Überstunden mehr gemacht werden.

Ja, die kamen so zustande, daß, wenn einer krank geworden ist, eben einer von der Freischicht einspringen mußte. In der Elektrolyse waren früher auf jeder Schicht drei bis vier Mann in Reserve, damals als man die Öfen noch von Hand bedient hat. Da waren in einer Halle sieben Mann, heute sind es zwei oder drei. Die Reserve, die haben Reparaturen gemacht. Die haben z.B. Öfen ausgebrochen mit dem Preßlufthammer, das muß ja regelmäßig gemacht werden. Wenn dann einer von den Ofenleuten gefehlt hat, hat man einen von denen genommen.

Wer macht jetzt die Reparaturen?

Das macht jetzt eine Gruppe an allen Öfen, die gehen durch die Hallen durch. Und wenn die nicht nachkommen, dann haben sie so eine Leihfirma da.

Der ALUSUISSE-KONZERN beutet heute weltweit 41 200 Beschäftigte in 42 Ländern aus. Der Jahresumsatz stieg von 1970 2,2 Mrd. sFr. auf 6,9 Mrd. sFr. 1981 (Steigerung um 214%), die Zahl der Beschäftigten stieg nur um 53%. Im Aluminium-Bereich (Bergbau, Verhüttung, Verarbeitung) stieg der Umsatz um 132%, die Zahl der Beschäftigten nur um 7%.

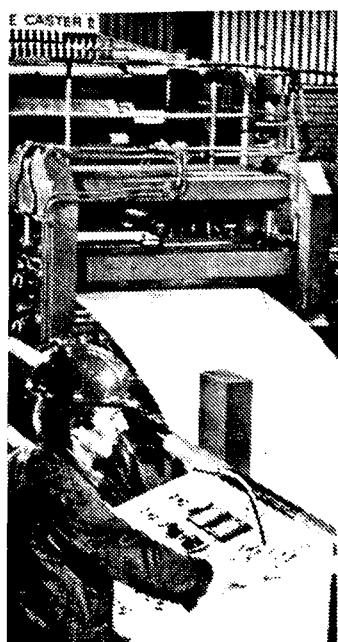
Die Unternehmensstrategie seit Beginn der 60er Jahre läßt sich wie folgt zusammenfassen (nach E. Meyer, Präsident der Alusuisse, Finanz u. Wirtschaft, 9.4.80 u. AZ Basel, 23.1.81):

Erste Expansionsphase: Erreichung einer „kritischen“ Unternehmensgröße, danach „Rückwärtsintegration durch den Einstieg in die Bauxitproduktion in Australien“. „Rückgewinnung der im Krieg verlorenen Rohstoffbasis“. Anfang der 70er Jahre dann Einstieg in das Chemie-Geschäft, durch Aufkauf des Lenza-Konzerns, danach Expansion in die USA, insbesondere Einstieg in das Automobilzubehör- und Ersatzteilgeschäft durch Kauf der Maremont-Corporation, die bis zu 50% des amerikanischen Marktes beherrscht. Neuerdings „Diversifikation“, d.h. Verbreiterung der Produktionspalette im Alu-Bereich durch verstärkte Halbfertig- und Fertigteileproduktion aus Aluminium, Kunststoff und Aluminium-Kunststoff-Verbundmaterialien.

CASTER II

(Leichtmetall GmbH Essen). Neuartige Anlage zum Gießen breiter Bänder auch aus komplizierten Legierungen direkt aus dem Metall (Jahreskapazität 120 000 t).

Bisher waren für diesen Arbeitsprozeß sechs aufeinanderfolgende Produktionsschritte erforderlich. Es wurde eine Senkung der Produktionskosten um ein Drittel, eine Senkung der Investitionskosten um die Hälfte erreicht. „Der Vertragsabschluß (mit der größten Bierbrauerei der USA über ca. 4 Milliarden Dollar pro Jahr, d. Verf.) brachte eine Lizenzvergütung in genügender Höhe, um damit die gesamten Kosten der Errichtung der vorerwähnten Produktionsanlage in Essen zu bestreiten.“ (NZZ, 7.4.79)



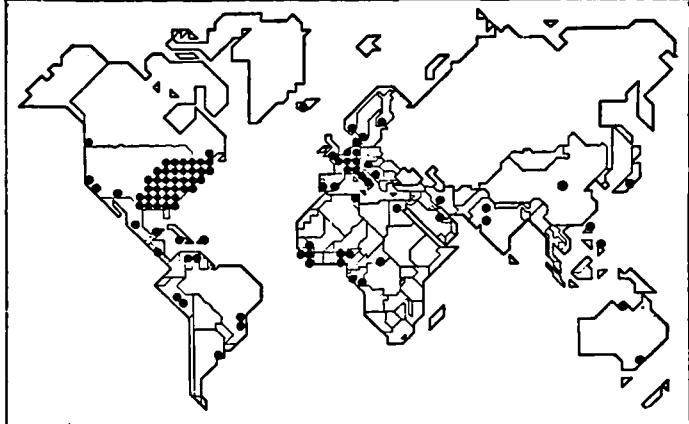
Magnet-Gießverfahren

Das flüssige Metall wird nicht mehr in Formen (Kokillen) gegossen, sondern in ein Magnetfeld geschickt, das das flüssige Metall *berührungs frei* umschließt, bis es erstarrt ist. Die resultierende Form kann durch die Struktur des Magnetfeldes, den Induktor, gesteuert werden. Vorteile sind z.B. hochreine Materialien mit glatten Oberflächen.

Alusuisse und KKW's

„Wegen der Bezugsprobleme im Winter und v.a. wegen der Energieverteuerung hat die Alusuisse in der Vergangenheit großes Interesse an neuen KKW's gezeigt. So auch am KKW Kaiseraugst, an dem die Alusuisse mit 10% beteiligt ist. Leider zeigt es sich heute, daß die Energie aus KKW's für die Aluminium-Herstellung ... zu teuer geworden ist, deshalb verzichtet die Alusuisse auf weitere Beteiligungen an KKW's. Nach wie vor unterstützt die Alusuisse aber im Interesse der Energiesicherung den Bau von KKW's.“ Zum Verkauf der früheren Beteiligungen an den KKW's Leibstadt und Gösgen:

„Als wir die KKW-Beteiligungen übernahmen, glaubten wir, die dort erzeugte Energie käme auf etwa 3 Rp./kWh zu stehen. Das hätte eine industrielle Verwertung erlaubt. Nachdem aber der Gesteuungspunkt der Elektrizität bei 6 Rp./kWh liegt, wäre deren Einsatz in der Aluminiumproduktion unwirtschaftlich gewesen.“ (Alusuisse in TA Zürich, 7.9.79 u. Luzerner Tagblatt, 16.9.80)



Noch in den 60er Jahren war der Alusuisse-Konzern ein allein in Europa operierender Aluminium-Hersteller, heute ist er in 42 Ländern tätig. Seine Schwerpunkte liegen eindeutig in Westeuropa und im Osten der USA, wo die Nachfrage nach Aluminium am größten ist. In den nächsten Jahren soll der Umsatzanteil der USA von gegenwärtig 30% auf 50% erhöht werden (1970 noch 15%). Die USA-Expansion wurde durch Aufkauf ganzer Betriebe und Konzerne betrieben. Phelps Dodge z.B. hatte 16 Produktionsstätten „eingebracht“, bis jetzt „mußten 13 infolge technischer Überalterung ... geschlossen werden“.

Weltweiter Kapitalexport des Alusuisse-Konzerns

Das Neuseeland-Projekt

(Alu-Schmelzwerk) Soll mit einer Kapazität von 200 000 t/Jahr von einem Konsortium für 1,2 Mrd. sFr. gebaut werden. Das Konsortium besteht aus AS 25%, Gove Aluminium Ltd (Austr.) und Fletcher Holding (Neuseeland). Gove ist Partner der AS beim Tonerdeabbau in Austr., Fletcher ist bei AS hochverschuldet, „so daß es keinen Zweifel an den effektiven Machtverhältnissen gibt“ (AZ, Basel, 10.11.80)

Als Nettoerlös erwartet das Konsortium 280 Mio. sFr./Jahr, ca. 25%. Neuseeland verkauft den Strom zu 50% des Selbstkostenpreises (1,7 statt 3,3 Cent) und bindet diesen Preis auch noch an den internat. Alu-Preis. All das kostet Neuseeland 300 Mio. sFr. im Jahr. (TA, Zürich, 30.7.81, AZ, Basel, 10.11.80)

Das Unternehmen Gove (Australien)

hat für den AS-Konzern zwei Haupt-Aspekte:

1. Mit den austral. Bauxitminen verfügt der Konzern über eine eigene, sichere und langfristige Rohstoffbasis ... Die Vorkommen dürften für einen Zeitraum zwischen 50 und 100 Jahren reichen.

2. Die AS hat sich nicht nur einen neuen, von der Alten Welt weitgehend unabhängigen Markt erschlossen. „Sie hat sich auch als Partner eines

aufstrebenden Industriestaates ... in der Planung, Erschließung und Realisierung eines Großprojektes wegweisend betätigt und einschlägige Erfahrungen gesammelt. Die AS ... ist bemüht, sich an die besonderen Verhältnisse in Australien und im gesamten ozeanisch-asiatischen Raum anzupassen.“

Alusuisse und Island

Die isländische Tochter ISAL hat acht Jahre lang australisches Aluminiumoxid zu einem künstlich überhöhten Preis gekauft und das in Island damit hergestellte Aluminium zum Weltmarktpreis mit einem äußerst geringen Gewinn verkauft.

Das Bauxit wurde aus einem Bergwerk gewonnen, an dem die AS Anteile hat, danach in einem ebenfalls von der Schweizer Gruppe kontrollierten Werk in Aluminiumoxid verwandelt und billig abgegeben, um der örtlichen Besteuerung zu entgehen. Während des Seetransportes sei das Aluminiumoxid sehr viel teurer wiederverkauft und schließlich zuzüglich der Frachtkosten an ISAL abgegeben worden. (TA, Zürich, 30.7. u. 30.9.81) Kommentar Alusuisse:

„... habe die Alusuisse das Pech, daß der gegenwärtige Industrieminister Islands der kommunistischen Partei angehört.“

Streik spanischer Landarbeiter

Am 29. Juli haben tausende von Landarbeitern in der Region von Sevilla trotz eines Verbots des Gouverneurs gestreikt. Die Aktion richtete sich gegen die Regierung, die Geldmittel für arbeitslose Landarbeiter, die nur saisonweise Beschäftigung haben, kürzen will. Drei Gewerkschaftsführer wurden während des Streiks festgenommen. Das Büro des Gouverneurs drohte weitere Strafmaßnahmen gegen beteiligte Arbeiter an. In Gijón fand eine große Demonstration gegen die Cantabriko und Riera Stahlwerke statt, die, nachdem sie Konkurs angemeldet hatten, keine Löhne mehr auszahlen wollten. Die Arbeitslosenzahl in Spanien liegt bei zwei Millionen von 11,2 Mio. Beschäftigten insgesamt, und wie die FAZ lapidar feststellt, wird „sie auch in den ersten Jahren nach dem Beitritt zur EG kaum wesentlich zurückgehen.“ Die Staatschuld ist gegenüber dem Vorjahr um 40% auf jetzt 12 Mrd. DM gewachsen. Die EG-Imperialisten drängen auf eine Sanierung der Staatsfinanzen zu Lasten der Arbeiter und Arbeitslosen.

Italien: Spadolini's Erbe: „Sparpaket“

Mit einem wahren Raubzug auf Löhne und Versicherungsleistungen hat die Regierung Spadolini ihre Tätigkeit abgeschlossen. Das am 31. Juli vom Kabinett verabschiedete und z.T. durch Dekret sofort in Kraft gesetzte Finanzgesetz sieht u.a. vor: Erhöhung der Mehrwertsteuer um durchschnittlich zwei Prozentpunkte, Erhöhung der Mineralölsteuer (für Benzin um 19 Pf.), schrittweise Erhöhung des Rentenalters von jetzt 60 auf 65 Jahre, Senkung des Kurzarbeitergelds nach zwei Jahren um vierteljährlich 10%, höhere „Selbstbeteiligung“ an den



Krankheitskosten. Die Steuererhöhungen werden nach Berechnungen der Gewerkschaften, die das Plünderpaket verurteilt haben, den Reallohn 1982 um 1,1 und 1983 um weitere 1,7% drücken. Eine Ver-

Die BRD vor allem will einen raschen EG-Beitritt Spaniens, denn „Spanien braucht viele Investitionsgüter“ – zur Ausbeutung gedrückter Arbeiter durch BRD-Kapital!

ÖTV droht Südafrika mit Hafenboykott

Siegfried Mertens vom ÖTV-Vorstand hat der South African Transport Services (SATS) am 21.6. 1982 angekündigt, daß „Güter von und nach Süd-

africa in den deutschen Seehäfen nicht geladen und gelöscht würden“, falls nicht die General Workers Unions als rechtmäßige Vertretung der Kaiarbeiter anerkannt wird. So hat die SATS den Vorsitzenden der Gewerkschaft für Port Elizabeth fristlos entlassen. Die SATS antwortete am 2.7., sie sei nur verpflichtet, mit den amtlichen Gewerkschaften zu verhandeln. Im neuen ÖTV-Magazin ist dagegen Stellung genommen.

Kampf der britischen Krankenhausbeschäftigen

Großbritanniens Krankenhausbeschäftigte streiken in dieser Woche fünf Tage lang gegen das Lohnangebot der Regierung von 6,5% (7,5% für Krankenschwestern). Trotz dreimonatigem Trommelfeuer der Presse und trotz des Drucks der Niederlagen von Lokführern und Gemeindearbeitern halten die Krankenhausbeschäftigte stand und

finden wichtige Unterstützung. Nur unter Einsatz des höchsten Gerichts konnten die Londoner Zeitungskapitalisten in dieser Woche verhindern, daß die Zeitungsdrucker einen eintägigen Solidaritätsstreik organisierten, so wie Bergleute und Stahlarbeiter vor ihnen. Die Absicht der Regierung, über ein höheres Angebot für Krankenschwestern die Kran-

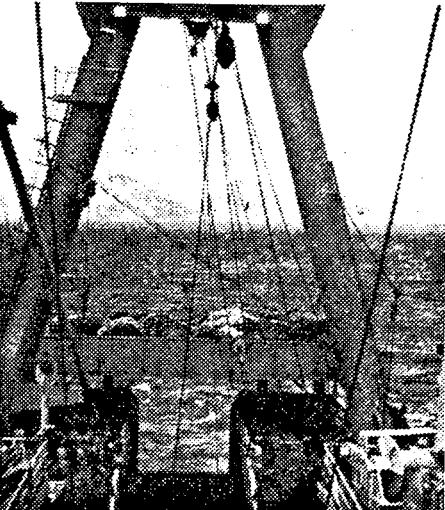
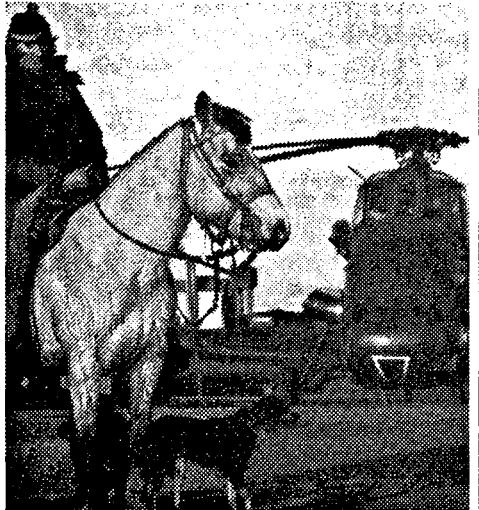
kenschwestern-Organisation Royal College of Nursing zu gewinnen und die Hilfskräfte zu isolieren, ist gescheitert. Die Mitgliedschaft des RCN, die bis vor zwei Jahren Streiks als Mittel überhaupt ablehnte, stimmte in einer Urabstimmung letzte Woche gegen die 7,5% und für die alte Forderung von 12%. Besonders verbittert hat die Streikenden, von denen die meisten mit unter 1000 DM brutto im Monat nach Hause gehen, daß die Regierung ohne mit der Wimper zu zucken den Polizisten 10,3% zugestand (obgleich sie deren Beiträge zur Rentenkas- se erhöhte). – Nach einem eintägigen Streik der Sealink-Kanalfährenbesatzungen kehrten die Seeleute zur Arbeit zurück. Die Gesellschaft hatte von den Seeleuten auf der unprofitableren Route Harwich-Hoek van Holland freiwillige Lohnkürzungen bis zu 13% verlangt. Die Gewerkschaft setzte durch, daß vorerst keine Kürzung vorgenommen wird, sie sich aber bei der Suche nach „Einsparungsmöglichkeiten“ beteiligen will.



doppelung der Lohnabhängigenbeiträge zur Krankenversicherung von 1 auf 2% ist absehbar, weitere Steuererhöhungen mit 7000 Mrd. Lire (13,3 Mrd. DM) Mehrertrag sind für den Herbst angekündigt. – Die Regierung ist durch den Rücktritt der sozialistischen Minister gestürzt, nachdem einschlägig interessierte DC-Abgeordnete ein Dekret zu Fall gebracht hatten, mit dem Mineralölsteuerhinterziehungen unterbunden werden sollten. Die Sozialisten versprechen sich bei Neuwahlen Stimmengewinne. Die Bourgeoisie hat Regierungskrisen und Neuwahlen noch immer zu arbeiterfeindlichen Notverordnungen genutzt.

USA forcieren Anti-Guerilla-Ausbildung

Die US-„Armeeschule der Amerikas“ in der Panama-Kanalzone, ist Ausbildungszentrum für die Bekämpfung der Befreiungsbewegungen besonders in El Salvador, Guatemala und Honduras und für die konterrevolutionären Banden gegen das befreite Nicaragua geworden. Die Zahl der Schüler, meist Offiziere mittelamerikanischer Militärregimes, hat seit Reagans Amtsantritt gewaltig zugenommen; allein in diesem Jahr kommen 445 Soldaten aus El Salvador. Ausbildungsziele: Guerillabekämpfung mit Hubschraubern, „freundliche Befragung“ von Dorfbewohnern u.ä. Außerdem schickt die Schule US-Militärberater direkt vor Ort, im letzten Jahr 94 Teams gegenüber 29 1974. – Die Tage der Schule sind aber möglicherweise gezählt: Nach dem 1979 abgeschlossenen Vertrag müssen die USA bis zum Jahr 2000 die Kanalzone an Panama übergeben, die Schule schon 1984. Die von den USA gewünschte Umwandlung in eine „multinationale“ Schule scheiterte vielleicht daran, daß seit dem Malvinen-Krieg auch reaktoriäre lateinamerikanische Regimes ihre Dozenten und Schüler zurückziehen. Argentinien hat 200 Spezialisten für das Anti-Guerilla-Training zurückgerufen, Venezuela schickte nicht – wie geplant – eine Einheit zum Dschungeltraining. Die von Reagan erstrebte multinationale Eingreiftruppe für El Salvador hat nach Ansicht von US-Militärs keine Chancen mehr.



Zu einem Stützpunkt in der Nähe der Antarktis sollen die Malwinen ausgebaut werden (linkes Bild). Seit 1981 baut die BRD eine eigene Forschungsstation in der Nähe des Südpols (rechtes Bild).

„EG-Territorium“

Die BRD-Imperialisten hoffen auf neue Anlässe für „Solidarität“

Der Ausbau der Malwinen zu einer militärischen Festung unter britischer Herrschaft ist so gut wie beschlossen. Gestärkt aus ihrem Blutbad im südlichen Atlantik hervorgegangen, erklärt die Regierung Thatcher, anders sei weitere argentinische „Aggression“ nicht zu verhindern – und dies angesichts der Tatsache, daß die EG-Imperialisten im Verein die argentinische Junta soweit unter Druck gesetzt hatten, daß diese nicht nur die „Einstellung der Feindseligkeiten“ erklärte, sondern auch die von Großbritannien verhängte Sperrzone von 150 Seemeilen um die Inseln anerkannte. Nichtsdestotrotz haben die EG-Imperialisten beschlossen, den „Wiederaufbau“ der Insel mitzufinanzieren. So besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die EG-Imperialisten den Ausbau des südlichsten Militärstützpunktes eines Mitgliedslandes im Atlantik nicht nur politisch unterstützen, sondern direkt oder indirekt mitfinanzieren.

Dem Anspruch Argentiniens auf die Inseln treten die EG-Staaten damit frontal entgegen. Sie schaffen mit ihren Geldern, angelegt im „Wiederaufbau“ der Inseln hingegen noch zusätzliche, eigene Besitzansprüche. Die Bundesregierung ist entschlossen, solche Ansprüche auf „EG-Territorium“ auch in Zukunft zu erheben.

In der letzten Bundestagsdebatte zur Außenpolitik verlangte der Bundeskanzler: „Wir müssen ebenso die politische Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft für Europa wahren und stärken, wenn wir unsere gemeinsamen europäischen Interessen in der Welt wirksam vertreten wollen. Was dies bedeutet, haben wir

in diesen Wochen im Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien erfahren.“

Die westdeutschen Imperialisten sind fest entschlossen, ihre schon im ersten Weltkrieg verlorenen Kolonialansprüche jetzt doch wenigstens über den Weg der weltweit gestreuten Kolonialtrümmer der anderen EG-Imperialisten, die zum „EG-Territorium“ gehören, zu erfüllen. Anlässe gäbe es da genug (s. Pol. Ber. 13/82). In der Aussage des Bundeskanzlers ist jedenfalls angelegt, daß z.B. die Ansprüche von Mauritius auf die Inseln Réunion und Diego Garcia mit der gleichen aggressiven „Solidarität“ beantwortet werden können, wie es die Imperialisten in der EG gegenüber Argentinien getan haben.

Die Zustimmung zum Ausbau der Malwinen zum britischen Militärstützpunkt unter „EG-Hoheit“ bringt allen beteiligten Imperialisten zudem eine Basis zur Sicherung der westeuropäischen Ansprüche auf Gebiete der Antarktis. Im Jahr 1991 läuft der Vertrag über die friedliche Nutzung der Antarktis aus, der selbst schon die Regelung der Hoheitsansprüche ausklammerte.

Von den EG-Imperialisten erheben direkte Ansprüche Großbritannien und Frankreich. Die BRD-Imperialisten haben sich mit einem Forschungsstützpunkt für bisher ca. 230 Mio. DM als Vertragspartner eingekauft. Die „Österreichische Militärzeitung“ läßt sich aus „über die Bedeutung des in Europa ansonsten kaum beachteten antarktischen Kontinents“: „Die wissenschaftlichen Einrichtungen dort mögen zwar sicherlich auch der Wis-

senschaft dienen. Andererseits markieren sie Besitzansprüche genauso, wie die damit im Zusammenhang stehende Prospektion nach reichlich vermuteten Bodenschätzen“.

Hatten die westdeutschen Imperialisten in ihren Erklärungen über die Notwendigkeit der „EG-Solidarität“ mit den britischen Imperialisten noch versucht, moralische Rechtfertigung für die gemeinsame Aggression im plötzlich entdeckten „undemokratischen“ Charakter der Junta Argentiniens zu finden, so lassen sie in der Auswertung der Aggression gegen Argentinien solche Schleier beiseite. Jetzt zählen auch öffentlich „die gemeinsamen europäischen Interessen“, gleich welcher Art, zumindest für die BRD-Imperialisten als Begründung, überall in der Welt die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker unter der Fahne der Solidarität mit den EG-Konkurrenten zu betreiben.

An die Völker der Dritten Welt ist dies als eine deutliche Warnung zu verstehen. Mit der Unterstützung des britischen Krieges um die Malwinen einschließlich der Folgekosten ist allen Völkern demonstriert, daß sie künftig nicht nur die alten Kolonialisten, sondern gleich die ganze Bande der EG-Imperialisten im Haus haben – auf jeden Fall aber die westdeutschen Imperialisten –, sollten diese Völker versuchen, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien oder Territorium, daß ihnen die Imperialisten geraubt haben, zurückzugewinnen.

Die CDU/CSU konnte sich in dieser Auseinandersetzung völlig zurückhalten, die Verteidigung ihrer konservativen Parteifreundin aus Großbritannien übernahm der Kanzler.

Quellenhinweis: FAZ, verschiedene Ausgaben, Juni, Juli, August; Österreichische Militärzeitung, 4/82, S. 317 – 324; Die Zeit v. 25.7., 30.7.82

Großbritannien Üble Folgen des Chauvinismus

„Ein Grund zur Freude“ überschrieb der *Daily Express* seinen Kommentar zum Falkland-Gedenkgottesdienst in der Londoner St. Pauls-Kathedrale. Victor Matthews, Besitzer des *Daily Express*, hatte gleich mehrere Gründe. Seine Zeitung hat mit Lügen und Verdrehungen maßgeblich dazu beigetragen, daß die britische Bourgeoisie mit der Aggression gegen Argentinien auch die Schlacht im eigenen Land, gegen die Arbeiterbewegung, gewann und sich keine fühlbare Antikriegsbewegung regte. Und dieser Sieg im eigenen Land, stellte sich letzte Woche heraus, ist auch noch äußerst profitabel für Lord Matthews.

Denn zu seinem umfangreichen Be-

sitz gehört auch die Cunard-Schiffahrtsgesellschaft; deren Vorstandsvorsteher Matthews ist. Unter den 61 Handelsschiffen, die die Regierung für den Krieg charterte, waren mehrere Cunard-Schiffe. Cunard's Containerfrachter *Atlantic Conveyor* wurde von einer argentinischen Rakete versenkt.

In den letzten drei Wochen löste Matthews elegant das Problem, billig an den Neubau zu kommen. Als erstes gab er bekannt, das neue Schiff, dreimal so groß wie das versenkte, werde in Südkorea gebaut, dort sei es mit 31 Mio. Pfund (130 Mio. DM) mindestens 15 Mio. Pfund billiger als beim staatlichen Konzern British Shipbuilders.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich. „Unpatriotisch“ sei Lord Matthews. Der verwies auf die schwierige Geschäftslage. Der Gewerkschaftsbund TUC griff ein. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen sei die Weigerung der Regierung, Zuschüsse zum Neubau zu zahlen, „eine Schande“. Eine TUC-Delegation besuchte Margaret Thatcher und forderte dringende Maßnahmen.

Nur zu gern einigte sich die Regierung mit Matthews. Er erhält zinsfreie Darlehen, British Shipbuilders senkt den Preis, und – das wichtigste – Matthews bekommt 4 Mio. Pfund aus dem Verteidigungshaushalt, dafür wird das Schiff auf einer britischen Werft gleich kriegsfähig gebaut.

Die Handelsflotte kriegsfähiger zu machen, war eine der wichtigsten Lehren der Navy aus dem Krieg, berichten britische Zeitungen. Der TUC hat mit seiner Haltung dem Widerstand dagegen, daß die britischen Imperialisten kaltlächelnd ihre Kriegsflotte verdopeln, die Spitze gebrochen.

Quellen: Financial Times, 20.7. – 5.8., Socialist Worker, 31.7.

Brasilien Programmerklärungen von Oppositionsparteien

Im November 1982 finden verschiedene Parlamentswahlen in Brasilien statt, zu denen fünf Parteien kandidieren. Wir dokumentieren im folgenden Programmaussagen der vier Oppositionsparteien, die nach der Auflösung von Regierungs- und Oppositionspartei durch die Regierung 1979 entstanden. Alle vier Parteien beziehen sich auf die wachsende Arbeiterbewegung und unterstützen deren Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften mit Streikrecht.

PMDB (Partei der demokratischen Bewegung): Sie tritt dafür ein, daß bei der Entscheidung des Staates „die Notwendigkeit und Teilnahme der Lohnempfänger und der kleinen und

mittleren Eigentümer berücksichtigt werden und nicht die großen nationalen und internationalen Machtzentren, die an dem System des Elends und der Entnationalisierung beteiligt sind.“

PT (Partei der Arbeiter): „Die PT kämpft für die vom Volk ausgehende volle Demokratie und für ein Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“ Sie erhebt Forderungen nach einem Mindestlohn, Kündigungsschutz, Arbeitszeitverkürzung, Verbot der Überstunden, Arbeitslosenversicherung, Altersversorgung. Landlose Kleinbauern und Landarbeiter sollen von Großgrundbesitzern nicht genutztes Land erhalten. Die PT fordert ferner Rechte für Minderheiten und eine



Für viele brasilianische Bauern sind Ochsen schon großer Reichtum

Außenpolitik, die sich mit den Unterdrückten in aller Welt solidarisiert.

PDT (Demokratische Arbeiterpartei): Die PDT schließt das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht aus, stellt die nationalen und sozialen Interessen des brasilianischen Volkes diesem voran. Sie wendet sich gegen jegliche Form neokolonialer Abhängigkeit durch das ausländische Kapital und verpflichtet sich zum Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Für die Außenpolitik Brasiliens fordert die PTB Blockfreiheit und international „eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die Verteidigung der natürlichen und menschlichen Ressourcen sicherstellt.“

PTB (Brasilianische Arbeiterpartei): Die PTB unterstützt die Forderung der Studenten nach „einer echten Studentenvertretung“. Sie verlangt eine Agrarreform, um das Grundbesitzproblem zu lösen und eine gerechte Steuerpolitik, die die Einkommensverteilung verbessert, sowie ein universelles Bildungsrecht für die Jugend. Sie ist gegen die Ausbeutung durch großes nationales und ausländisches Kapital.

Quellenhinweis: Brasilien Dialog 4/80; Brasilien-Nachrichten 5/6 82

Azania EG-Kodex: Alles bestens?

Trotz der Meldungen, daß der Streik der Automobilarbeiter bei VW, Ford und General Motors in Port Elizabeth beendet ist, gehen die Arbeitskämpfe weiter. Die schwarzen Gewerkschaften hatten eine Lohnerhöhung auf 3,50 Rand Mindeststundenlohn (= 8,71 DM) gefordert. Die imperialistischen Konzerne mußten sich bereiterklären, die Lohnerhöhung zu zahlen, aber – viele Autos stehen auf Halde – sie setzten durch, daß die Erhöhung über 18 Monate gestaffelt gezahlt wird. Anfang August haben die Arbeiter bei VW in einigen Abteilungen nach „Vorschrift“ produziert. Daraufhin sperrte der VW-Konzern 5 500 Arbeiter aus und legte die Produktion still.

Ende Juli hat nun das Bundeskabinett den 3. Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums zur Anwendung des EG-Kodex durch die Konzerne in Südafrika gebilligt, das heißt für gut befunden. Tendenz des Berichts: Im Rahmen der Gesetze des südafrikanischen Staates seien die Fortschritte in Bezug auf Lohnhöhe, Gewerkschaftsrechte und Rassentrennung nicht schlecht.

Die schwarzen Arbeiter berichten anderes. Ein Gewerkschafter von BMW: „Offiziell beträgt er (der Mindestlohn, d. Red.) ein Rand pro Stunde (1980). Ich kenne aber auch Leute, die 85 Cent die Stunde bekommen, die noch neu bei BMW sind. Das ist dann wohl der Mindestlohn ...“ Auf die Frage, ob Gewerkschafter die Firma betreten dürfen, um Mitglieder zu werben: „Nein, darf auch kein Treffen auf Firmengrund abhalten.“ Auf die Frage, ob Informationsmaterial am Schwarzen Brett der Firma veröffentlicht werden darf: „Nein, jedenfalls noch nicht. Das Management hat uns bei Gesprächen klargemacht, daß erst wenn wir registriert sind, sie weiterhin mit uns konkret über bestimmte Dinge verhandeln.“ Auf die Frage, ob BMW die Arbeiter über den EG-Kodex informiert hat: „Nein, das haben sie nicht getan“. Eine Befragung von schwarzen Arbeitern bei VW Uitenhaage ergab 1980, daß immer noch unter der vom EG-Kodex geforderten Lohnhöhe gezahlt wird. Der EG-Kodex sieht wenig genug vor: Existenzminimum + 50%. Das waren für VW 1980 633,90 DM, gezahlt wurde 569,16 DM. Die Arbeiter von VW mußten mit diesem Lohn im Schnitt 5,6 Personen ernähren. Auf die Frage, ob durch den Verhaltenskodex sich die Arbeitsbedingungen verbessert haben, antwortete kein Arbeiter

mit „Ja“, 50% mit „Nein“, und 50% gaben keine Antwort. Obwohl die Daten ca. ein Jahr vor der Erhebung des Bundeswirtschaftsministerium erfaßt wurden, zeigt die Streikbewegung, daß nichts besser geworden ist.

Quellenhinweis: Handelsblatt 4.8.82; Evangelischer Presse Dienst, Dokumentation Nr. 23/24/81, Investitionen im Land des Apartheidsystems; 3. Bericht des BWMi zur Anwendung des Verhaltenskodex, veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 28. Juli 1982

Mosambik

BRD erpreßt Anerkennung der „Berlinklausel“

Als einen „Erfolg ihrer Afrika-Politik“ feiert die Bundesregierung laut „FAZ“ die Tatsache, daß ihre mehrjährige Erpressung gegenüber Mosambik jetzt erfolgreich war. Mosambik erkennt die westdeutschen Ansprüche auf Westberlin an. Im Gegenzug ist die BRD jetzt willens, „Nahrungsmittelhilfe“ zu gewähren und ihr Veto gegen Entwicklungshilfe an Mosambik aus dem EG-Fond fallen zu lassen. Rigoros hatten die BRD-Imperialisten jegliche Zahlung an Mosambik verweigert, solange die Regierung sich nicht den Bedingungen der BRD unterwarf. Für Mosambik bestehen ausreichende Gründe, solche Gelder zu verlangen. Alle NATO-Mitglieder, vor allem die BRD, hatten sich mit Geld- und Waffenlieferungen am Kolonialkrieg Portugals gegen seine afrikanischen Kolonien beteiligt.

Neben der politischen Erpressung betreiben die Imperialisten seit der Erringung der Unabhängigkeit Terror und Sabotage gegen den Aufbau des Landes. Seit 1976 operiert die MRN (Mocambique National Resistance Movement) mit materieller Unterstützung durch das südafrikanische Siedlerregime gegen die Aufbauanstrennungen Mosambiks.

Entstanden aus einer Zusammenrottung der Kollaborateure, die die Kolonialherren für die Beschaffung von Zwangsarbeitern und die Aufsicht über die Frondiensten ähnliche Arbeit der Bauern gewinnen konnten, richtete die MRN ihre Terroraktionen zunächst gegen die Produktionsgenossenschaften der Bauern. Die weitgehende Zerstörung des Transportnetzes durch den Krieg der Imperialisten gegen den Befreiungskampf nutzte die MRN, um dauernde Sabotage gegen den Wiederaufbau zu üben. Ein funktionierendes Transportnetz war aber – angesichts der kolonialen Wirtschaftsstruktur – notwendig, um die Versorgung der Bauern mit den notwendigsten Industrieprodukten wie z.B. Stoffen und Werkzeugen und die Versorgung der Städte mit Nahrungsmitteln zu sichern.

Da die regierende Frelimo zunächst damit begann, die Fabriken in den Städten wieder in Betrieb zu nehmen und für den Wiederaufbau des Transportnetzes nur über geringe Mittel verfügte, der Aufbau zudem durch Terroranschläge der MRN immer wieder zunichte gemacht wurde, konnte die Versorgung der Bauern mit industriellen Waren nicht gesichert werden, in den Städten herrschte Nahrungsmittelknappheit. Die landwirtschaftliche Produktion in Mosambik, in den ersten drei Jahren nach dem Krieg zunächst um 20% gestiegen, fiel 1981 auf den Stand des letzten Jahres des Befreiungskampfes. Immer mehr Bauern verarmen. Die Landflucht ist so groß, daß die Regierung die Zuwanderung in die Städte verbieten mußte.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Nr. K, L, M/N, O 1982; FAZ v. 3.8.82; Informationsdienst Südliches Afrika 5/6 '81, 7/81

Namibia

Neokoloniale Umtriebe der BRD-Imperialisten

Seit 1977 blockieren die Mitglieder der sogenannten Fünfer-Kontaktgruppe zwischen Südafrika und der SWAPO, die USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die BRD, die Unabhängigkeit Namibias und verfolgen eine neokoloniale Lösung. Die BRD-Imperialisten bauen ihre Position im südlichen Afrika aus: Sie liegen an erster Stelle der Exporte nach Südafrika und bei den Staatsanleihen (über 2 Mrd. DM), mit denen der Siedlerstaat seinen Terror in Südafrika und Namibia finanziert. Etwa 70 westdeutsche Firmen beteiligen sich an der Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Bodenschätze in Namibia. Fast 30% des Urans der BRD stammt dorther, hauptsächlich aus der Rössing-Mine, in die die BRD-Imperialisten rund 200 Mio. DM investierten.

Daneben plündern Gesellschaften wie die Otavi-Minen AG, Ffm., und die Metallgesellschaft die Mineralien- und Edelmetallvorkommen des Landes. Neben den 2000 deutschstämmigen Großgrundbesitzern (von insgesamt 5000), die 60% des Großgrundbesitzes an sich gerissen haben, verfügen die westdeutschen Unternehmen Thorer und Holländer, Ffm., über 120000 ha Farmland. Den Kontakt zu und die Förderung von den 30% deutschstämmigen Siedlern in Namibia betreibt insbesondere die CDU/CSU. Über 160 bilaterale Gesellschaften sind reaktionär propagandistisch und finanziell tätig, in denen CSU-Mitglieder z.T. offen mit Rassisten und westdeutschen Faschisten zusammenarbeiten. Der westdeutsche Zeitungsverleger Lauenstein kaufte zwei namibische Zeitungen, darunter die deutschsprachige „Allgemeine Zeitung“. Unterstützung fand dies bei der CDU: Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel beurlaubte ihren Oberamtsrat Suren zwecks Übernahme der Chefredaktion. Im Frühjahr 1982 verlieh Carstens über den Botschafter in Südafrika dem Zahnarzt A.M. Weber, z.Zt. noch wohnhaft in Namibia, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse für seinen „Beitrag zur Erhaltung und Vertiefung der deutschen Kultur in Südwestafrika/Namibia“. Was hatte Weber so verdient gemacht? Er initiierte das Swakomunder Museum, ausgestattet mit Deutsch-Südwest-Kolonialerinnerungsstücken.

Durch den Kauf von 51% der Südwestafrika-Bank-Aktien gelang der Dresdner Bank der Einstieg ins namibische Bankgeschäft. Dazu die „Allgemeine Zeitung“: „Engagiert sich ein solches Bankinstitut in dieser kritischen Zeit hier in Süd-West-Afrika/Namibia, so kann das als der beste Beweis für das ausländische Vertrauen in die Zukunft des Landes angesehen werden.“ (1) Der neue Vorsitzende der SWA-Bank, E.G. Blohm, bringt beste Referenzen als Vorsitzender von VW Südafrika. Am 5.7. 1982 meldet die „FAZ“, daß in Nordnamibia bis zur Grenze nach Angola die größten Erdölvorkommen nach denen Saudi-Arabiens entdeckt worden seien. Bei den Erkundungen und Bohrungen war aus der BRD die staatliche Tiefbohr AG vertreten.

Trotz UNO-Waffenembargo rüstet die BRD die südafrikanische Armee weiterhin aus, zuletzt durch Lieferung von 5000 Militärfahrzeugen der Firmen Mercedes-Benz und Magirus Deutz.

(1) Informationsdienst Südliches Afrika 3/81; weiterer Quellenhinweis: Informationsdienst Südliches Afrika 4/82, 6/82, Hrg. Informationsstelle Südliches Afrika (isa); Archiv Aktuell Nr. 19; KVZ 30/1980; Die Tageszeitung v. 1.6.82



„Deutsche“ Farm bei Windhuk in Namibia

Die Vernichtung der PLO ist dem Zionistenregime nicht gelungen

„Wir haben die Entscheidung für einen militärischen Rückzug aus Beirut getroffen, weil die Zerstörung Beiruts über den Köpfen einer halben Million Moslem nicht mehr nur eine Wahrscheinlichkeit, sondern Realität geworden ist“, kommentierte die palästinensische Zeitung „al-Thaura“ am 9. August den Vorschlag der PLO, ihre in Westbeirut stationierten Kampftruppen in andere arabische Staaten zu verlegen. Nach Auskunft der Informationsstelle Palästina, Sitz des Vertreters der PLO Abdalla Frangi in Bonn, stimmt die PLO einem Rückzug aus Beirut unter folgenden Bedingungen zu: Über das gesamte Verfahren muß ein Übereinkommen mit allen beteiligten Kräften, d.h. außer mit der PLO mit der libanesischen Regierung, den USA und mit Israel erfolgen, in einer Form, die seine Einhaltung garantiert. Die Übereinkunft muß die Durchführung einer internationalen Konferenz mit dem Ziel der Errichtung eines palästinensischen Staates in den von Israel geräumten Gebieten Palästinas vorsehen. Dieser Schritt muß in einem Zeitraum von höchsten 12 – 18 Monaten erfolgen. Wenn die Durchführung einer solchen Konferenz garantiert ist, ist die PLO bereit, zunächst einen kleinen Teil ihrer Truppen abzuziehen und französische Truppen zur Kontrolle nach Westbeirut einzuziehen zu lassen. Die israelischen Truppen sollen sich mindestens acht Kilometer von Beirut zurückziehen und UNO-Truppen Platz machen, die den Abzug der restlichen Truppen der PLO überwachen und sichern sollen. Die PLO verlangt, daß in diesen UNO-Truppen US-Soldaten und französisches Militär vertreten ist, damit die Truppe von Israel beachtet wird. Nach Abzug der PLO muß Israel den ganzen Libanon räumen.

Die PLO kann diesen Vorschlag unterbreiten und auf seiner Durchsetzung beharren, weil es den israelischen Truppen bis zum Redaktionsschluß dieser Zeitung nicht gelungen war, einen militärischen Sieg in Westbeirut zu erringen. Die Streitkräfte der Palästinenser, der Milizen der libanesischen Nationalen Front und die nach wie vor in der Stadt stehenden 2000 syrischen Soldaten haben nach einer Erklärung der Obersten Leitung der Vereinigten Streitkräfte ein weiteres Vorrücken der israelischen Belagerungstruppen nach Westbeirut bisher verhindern können. Der Versuch der israelischen Armee, die einzelnen Truppen des Widerstandes mit drei Panzerschneisen quer

durch die eingeschlossene Stadt zu teilen, so zu schwächen und die Lager der Palästinenser einzukreisen, ist bisher für die Belagerer äußerst verlustreich verlaufen. Sie selbst mußten am ersten Tag dieses Versuchs „die höchsten Verluste an einem Tag im Verlauf des Krieges“ in ihrem Rundfunk melden.

Auch das Bemühen, die hunderttausende in Westbeirut verbliebenen Libanesen und palästinensischen Flüchtlinge durch brutales Bombardement, die Sperrung von Lebensmitteln, Wasser und Strom zu demoralisieren, ist Israel noch längst nicht gelungen. Bisher haben höchstens Zehntausende die Stadt verlassen, und es kehren bei Öffnung

Sprache, welcherart die Bemühungen der USA sind, Israel bei seinem Plan, „Frieden für Galiläa“ zu schaffen, zu unterstützen. Alle Vorschläge der USA enthalten bislang *keinerlei* Vorstellungen über einen für den Palästinensischen Nationalrat akzeptablen Verbleib der vier Millionen Palästinenser im Nahen Osten. Wenn Israel dem Vorschlag der PLO zustimmen muß, so hätte der Vorposten der Imperialisten im Nahen Osten eine empfindliche Niederlage erlitten. Auch wenn die PLO unter den von ihr geforderten Bedingungen ihre Positionen in Westbeirut räumt, ist die Eroberung Westbeiruts durch Israel nicht gelungen. Eine solche militärische Niederlage hat die israelische Armee in ihrer ganzen Expansions- und Siedlergeschichte nicht einstecken müssen.

Politisch müßte Israel das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkennen. Die Regierung Begin hätte damit genau das Gegenteil von dem



Demonstration für die Beendigung des Krieges in Israel. Zum ersten Mal dauerten die Verhandlungen der israelischen Regierung mit dem zionistischen Gewerkschaftsbund über Sondersteuern, Zwangsanleihen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Lohnstopp für die Kriegskassen mehrere Wochen.

der Übergänge noch immer einige Tausend zurück.

Bislang ist jede Beendigung des Krieges, ja selbst die Einhaltung eines Waffenstillstandes an der Haltung der israelischen Regierung gescheitert, die diesen Krieg mit ungeheurer Erbitterung führt. Dabei hat sie die volle Unterstützung der US-Imperialisten. Noch jeden beschlossenen Waffenstillstand, den die Begin-Regierung eingehalten hat, um laut Begin dem US-Unterhändler Habib „Zeit zu verschaffen“, hat Israel dazu genutzt, einen neuen Angriff auf Westbeirut vorzubereiten. Die stetig weiterfließenden Waffenlieferungen aus den USA an Israel sprechen zudem eine deutliche

erreicht, was ihr Ziel im Überfall auf den Libanon war.

Ohne die Vernichtung der PLO ist die Sicherung selbst der schon 1967 von Israel besetzten Gebiete für den Siedlerstaat nur mit erheblichem militärischem und politischem Aufwand möglich. Auf die Unterstützung und die Organisierung des Widerstandes in diesen Gebieten hat die PLO in den vergangenen Jahren erhebliches Gewicht gelegt. Die Einverleibung des Südlibanon unter ähnlichen Bedingungen stellt die Siedler vor noch größere Schwierigkeiten, denn sie müssen mit dauernden Kämpfen in dem nicht von den Haddad-Milizen besetzten Teil dieses Gebiets rechnen. Trotzdem füh-

ren sich die israelischen Besatzer schon jetzt wie Siedler auf Dauer im Süden auf. Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa weist daraufhin, daß die Einsetzung von Besatzungsgouverneuren und die Errichtung eines Besetzungsstatus im Süden nach dem Muster der 1967 besetzten Gebiete nahezu abgeschlossen ist. Abdalla Frangi hat am 23.7. enthüllt, daß Israel schon begonnen hat, einen lang vorbereiteten Plan in die Tat umzusetzen, „nämlich Wasser des Litani, des Hasbani und anderer Flüsse“ im Süden des Libanon nach Israel umzuleiten, um die Plantagen der Siedler zu bewässern.

Doch selbst wenn Israel mit der vollständigen Zerbombung Beiruts die PLO *ohne* Zusage für Verhandlungen für einen Palästinenserstaat zu einem Abzug ihrer Verbände zwingen kann, wäre die Auslöschung der palästinensischen Befreiungsorganisationen nicht erreicht. Im besetzten Süden haben sich die verbliebenen Kämpfer der PLO soweit reorganisiert, daß auch der israelische Rundfunk Überfälle auf Nachschubtransporte melden mußte. Da nutzt den israelischen Söldnern auch der Folter- und Mordterror, den sie gegen die 7000 gefangenen Palästinenser ausüben nicht zur Abschreckung, sondern erhöht die Wach-



In Beirut greifen immer mehr Bewohner zu den Waffen gegen die israelischen Aggressoren.

samkeit der Guerillaverbände. In den Städten Sidon und Tyrus können sich die Besatzungssoldaten nachts nicht auf die Straße trauen. Die Beseitigung der Widerstandsorganisationen im Westjordanland, im Gaza und auf dem Golan wäre auch nicht erreicht.

Der Kampf der palästinensischen und libanesischen Milizen der Nationalen Front hat die Zersetzung in der Siedlerarmee und im Inneren Israels schon jetzt soweit voran getrieben wie kaum zuvor. Ein Brigadekommandeur

der Belagerungstruppen vor Beirut hat um seine Entlassung gebeten, in Israel sammeln Offiziere Unterschriften für den Rücktritt des Kriegsministers Sharon. Während der ganzen acht Wochen, die der Krieg jetzt dauert, ist keine vergangen, in der nicht tausende Bewohner des Siedlerstaates in Demonstrationen „Frieden“ gefordert haben. In den Demonstrationen der letzten Woche mehrten sich die Forderungen nach Anerkennung der PLO. Eine solche Zersetzung der Siedlergesellschaft können die Palästinenser nutzen, um die Errichtung eines selbständigen palästinensischen Staates durchzusetzen, auch wenn die Imperialisten die Aufspaltung des palästinensischen Nationalrates durchsetzen können.

Festzuhalten bleibt, daß die möglich Stationierung von imperialistischen Truppen im Libanon unter Beteiligung von EG-Imperialisten auch unter UNO-Aufsicht den US- und den EG-Imperialisten Gelegenheit zu neuer Einmischung in den Libanon gibt. Unter anderem die BRD hat in der EG dafür gesorgt, daß keine Sanktionen gegen Israel verhängt werden. Die PLO ist nach wie vor von der Bundesregierung nicht anerkannt.

Quellenhinweis: Palästina-Bulletin Nr. 26/82, 27/82, Hrsg. Informationsstelle Palästina, Kaiserstraße 237, 5300 Bonn; FAZ v. 1.-10.8.; Die Tageszeitung v. 1.-10.8.; El Moudjahid v. 1.-6.8.

„Sie versuchen den Willen und die Einheit unseres Volkes zu schlagen“

Nur offiziell war es seit der Libanon-invasion ruhig im besetzten Westjordanland. Am 17. Juni verließ eine Demonstration von einigen hundert Studenten und Lehrkräften der Universität von Bir Zeit gegen den israelischen Krieg noch ohne Zwischenfälle. Zwei Wochen später kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Besatzungstruppen und Palästinensern, nachdem eine Militärpatrouille eine Gruppe Studenten zwingen wollte, Parolen von den Wänden des Campus zu entfernen. Einige Tage später schlossen die Besetzungsbehörden die Universität für drei Monate und verhafteten über hundert Studenten.

In der ersten Woche des Krieges wurden in den besetzten Gebieten bei Zusammenstößen mit den Besatzern ein Palästinenser getötet und neun verwundet. Als die Streiks und Demonstrationen sich ausweiteten, verstärkten die Israelis ihren militärischen Druck in den Flüchtlingslagern und Dörfern. Trotzdem führte die gesamte Bevölkerung des Westjordanlandes und im Gazastreifen am 5. und 6. Juli einen Generalstreik durch. Zu Beginn des Generalstreiks

kam es zu großen Demonstrationen und schweren Zusammenstößen mit den Besatzern, vor allem in Ramallah und Nablus. Wiederholte schossen die israelischen Truppen in die Menge. Drei Menschen wurden getötet und viele verletzt.

Die Unterstützung für die PLO aus den besetzten Gebieten hat sich seit der Invasion und der Belagerung Beiruts eher verstärkt. Offen erklärten 17 nationale Organisationen ihre Verbundenheit mit der PLO als der einzige legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes. Jeder gewählte Bürgermeister und alle Notabeln haben ihre Unterstützung bekräftigt. In Jenin, Gaza, Dhariyya und Deir Dibwan wurden die Bürgermeister und die Stadträte daraufhin ihrer Ämter enthoben. Doch auch die von Israel eingesetzte Verwaltung von Deir Dibwan streikte am 15. Juli. Unübersehbar ist auch die Unterstützung der PLO durch die Palästinenser, denen 1948 die israelische Staatsbürgerschaft aufgezwungen wurde.

Die wochenlangen Massenaufstände gegen die Annektionsmaßnahmen in den besetzten Gebieten im Frühjahr

hat Israel versucht mit blutigen Massakern niederzuschlagen. Zwischen Mitte März und Ende Mai wurden dabei 25 palästinensische Jugendliche, die meisten um 17 Jahre alt, erschossen, über 300 wurden verletzt. Bassan Shakaa, der abgesetzte Bürgermeister von Nablus, schätzt den Krieg im Libanon als die Ausweitung des Krieges in Palästina ein. „Sie versuchen den Willen und die Einheit unseres Volkes zu schlagen.“ Tatsächlich hatte sich Israel ausgerechnet, mit seinem schnellen Kriegszug im Libanon die PLO militärisch und politisch so zu schlagen, daß es sich die seit 1967 besetzten Gebiete danach ohne weiteren Widerstand endgültig einverleiben könnte – nicht die einzige Rechnung der zionistischen Führung, die nicht aufging. Auch als die israelischen Truppen schon vor Beirut standen, waren die israelischen Siedlungen im Norden nicht sicher vor palästinensischen Kathuschas. Und mitten im Krieg flog in Tiberias ein israelisches Munitionsdepot in die Luft. Im letzten Jahr hat die PLO 65 Militärkommunikationen veröffentlicht über Aktionen in den seit 1967 besetzten Gebieten, die von dort operierenden Einheiten durchgeführt wurden.

Quellenhinweis: The Middle East, Juli 82; Palestine, PLO-Information Bulletin Januar 82



„Der Söldner“ (2. von links) und seine Jungs

US-Actionfilm „Der Söldner“

Reagan selbst spielt nicht mit, er liefert nur die Motive

Sternenbanner, Hammer und Sichel, Schriftzüge *Democracy* und *Communism*, bekannte Pressefotos flimmern als Vorspann vorüber. Dann wird gleich ordentlich losgeballert: eine US-Anti-Terror-Spezialtruppe (nur fünf Mann, aber „einer so gut wie zwanzig normale Agenten“, dem CIA-Chef persönlich unterstellt) mähen eine vom russischen Geheimdienst gesteuerte Terrorangang in Philadelphia nieder. Der SU-Geheimdienst, gewarnt vor allem vor dem US-Staragenten „Der Söldner“, überfällt nach umsichtiger Planung einen US-Plutonium-Transport, legt alle Begleitpersonen und den Sheriff genüßlich um und verschwindet. Auf den saudiarabischen Ölfeldern installieren sie die Plutonium-Bombe mit Zeitzünder und stellen den Israelis das Ultimatum, innerhalb von 96 Stunden die Westbanks zu räumen, andernfalls würde die Bombe 50% des saudischen Ölsvorrats mit unabsehbaren Folgen für die USA, Israel und Westeuropa vernichten. „Die Russen würden die Gelegenheit nutzen und sich unter den Nagel reißen, was sie kriegen können“, sinniert man im israelischen Krisenstab. Der in Washington hält nach den kläglichen Übungseinsätzen(!) der US-Eingreiftruppe in der Golf-Region diese für unfähig – also muß „Der Söldner“ her.

Weder US- noch israelischer Geheimdienst kennen bisher die Hintermänner der Erschöpfung („sind es Terroristen

oder die Russen?“), der US-Präsident plant in seiner Not, die Israelis von den Westbanks zu vertreiben, um die US-Ölversorgung zu retten. Dann, drohen die Israelis, bombardieren sie ihrerseits die saudischen Ölfelder. Nur der knallharte „Söldner“ will knallhart gegen die „Russen“ reagieren und sie mit einem Atomraketenangriff auf Moskau (40 Megatonnen) zum Nachgeben zwingen. Zugang zu den US-Raketensilos und ihrem Geheimcode hatte sich der CIA-Chef gesichert, seit Präsident Nixon einmal grundlos Raketenalarm ausgelöst hatte und der CIA seine Unzurechnungsfähigkeit befürchtete. Den Code hatte – Welch wunderbarer Zufall – damals „Der Söldner“ geschrieben.

Mit Geheimcode und Schlüssel dringen die „Söldner“-Mannen in die Raketenbasis ein und richten die Atombombe gegen Moskau. Zeitsynchron rast in der „Frontstadt“ Westberlin, gejagt von ahnungslosen US-Militärpolizisten, „Der Söldner“ mit seinem neuen Liebchen „Susan“, der israelischen „Mossad“-Geheimdienstchefin – großäugig und lockenmähnig, im Porsche auf einer vom israelischen Geheimdienst flugs angelegten Rampe über die Berliner Mauer (Sie: „Mit 150 im Dritten, da schaffst du's“) – in die Arme des fiesen Moskauer Top-Agenten. Und dem schwant: „Der Söldner“ spaßt nicht mit seiner unglaublichen Geschichte! Die Bombe in der

Wüste wird also entschärft, der Vergeltungsschlag abgeblasen. Letzte Filmeinstellung: die New Yorker Freiheitsstatue in der Abendsonne ...

Skrupellose „russische“ Untermenschentypen, harte, aber gerechte US-Gegenspieler, Berliner Mauer usw., man kennt das noch aus den Kalten-Kriegs-Filmen der 50er und 60er. Dieses Milieu wird mit den aktuellen politischen „Erfordernissen“ verbunden: freien Zugang zum Öl, Eingreiftruppe, Position der Stärke gegen die heimtückischen „Russen“, Sicherheit durch atomare Abschreckung. Ein Drehbuch wie von Ronald Reagan! Der farblose US-Präsident im Film allerdings beugt sich der atomaren Erpressung, die Position des heutigen US-Präsidenten vertritt „Der Söldner“, der Supermann, er kalkuliert den Gegenschlag – und gewinnt. Um Zuschauer anzulocken, wird diese dämliche Geschichte mit ihrer reaktionären Ideologie als Actionfilm(-Verschnitt) abgedreht: Super-Killer, sadistisches Morde (natürlich in Zeitlupe), Explosionen, rasante Verfolgungsjagden mit Schußwechseln gewürzt, „Damen-catch“ im Schlamm usw. Kinski – groß angekündigt – taucht nur mal kurz als Doppelagent am Skilift in St. Anton auf. Sein Name soll ziehen, das ist seine Rolle. Der Hauptdarsteller ist auf Alain Delons Killermasche getrimmt. In jeder Hinsicht: ein richtiger Drecksfilm!

DDR Krimi: politisch flau

Der Verlag „Das Neue Berlin“ (Berlin-Ost) gibt eine Krimireihe heraus. „Die Operation“ von Werner Toelcke spielt in der BRD. Ein amerikanischer Konzern hat eine neuen Verfahren zur Herstellung von Aluminium entwickelt, bei dem er die giftigen Abfallstoffe in die Elbe leitet. Hinderlich dabei ist ein leitender Angestellter der Forschungsabteilung, Dr. Weller. Er, Mitglied bei den Grünen und Kandidat bei den nächsten Wahlen, hat festgestellt, daß die Abfallstoffe krebsfördernd sind. Die Geschäftsleitung will verhindern, daß er mit seinen Informationen an die Öffentlichkeit geht und will Weller, der sich demnächst einer Operation unterziehen muß, vom operierenden Arzt töten lassen. Der Arzt, Dr. Carlsson, dem schon einmal ein Patient auf dem Operationstisch gestorben ist, wird unter Druck gesetzt. Das ganze Verschwörungsknäuel, in das der Konzern, der CIA und der BRD-Verfassungsschutz verwickelt ist, platzt, weil der Arzt sich doch nicht erpressen läßt und sich an die Polizei wendet. Der Krimi malt liebevoll die persönlichen Verhältnisse des Arztes aus. Die Szenen, in denen Konzern, CIA und Verfassungsschutz zusammenarbeiten, werden durch die Form spannend gemacht. Sie bleiben aber plakativ und klischehaft und bauen darauf, daß man gegen solche dunkle Machenschaften einfach sein muß, die aber nicht aufgedeckt werden. Übrig bleibt der „böse Amerikaner“ und der unsouveräne Verfassungsschutz.

Werner Toelcke, *Die Operation*, Reihe DIE (Delikte, Indizien, Ermittlungen), 3,00 DM

Irmgard Keun: Süßlich, aber defaitistisch

Eines der Bücher, die Irmgard Keun nach der Emigration aus dem faschistischen Deutschland schrieb, ist die Sammlung von Erzählungen „Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften“. Die Autorin läßt ein etwa neunjähriges Mädchen seine Erlebnisse während des ersten Weltkrieges in Köln berichten. In verschiedenen Geschichten erzählt das Mädchen, wie es immer wieder in groteske Konflikte gerät, weil es die Reden der Erwachsenen wörtlich nimmt. Mit diesem Erzählstil gelingt der Autorin eine witzige Karikatur der Kleinstadt, unter denen das Mädchen auf-

wächst. Nachdem das Mädchen und einige Freunde beim Spielen einen Neubau unter Wasser gesetzt haben, werden sie von den Erwachsenen bestraft: „Es war Sonntag, wir mußten in die Kirche und wurden verhauen. Und Professor Lachs hat uns aus der Zeitung vorgelesen von einem artigen, pflichtgetreuen Jungen, der seinen Eltern nur Freude machte ... Der Junge hat an den Kaiser geschrieben über die Pflichttreue und den Eifer. Da hat sich die Majestät gefreut und dem Jungen ein Pony geschickt.“ Die Kinder wollen sich ebenfalls an den Kaiser wenden: „Und ich schreibe dem Kaiser, daß ich mit sehr vielen klugen erwachsenen Leuten gesprochen habe, und die meinten nun, Frieden wäre viel schöner als Krieg und überhaupt dauerte der Krieg jetzt lange genug und wäre eine Schweinerei ... Und das beste wäre, er würde abdanken ... Und wir schreiben von unserer Qual mit verschiedenen Lehrerinnen ... denn ein Kaiser ist ja so gerecht und der Schutz der Schwachen auf Erden ... Alles ist wieder besonders schlimm geworden ... hohe Männer in Berlin haben unsere Briefe abgefangen und dem Kaiser nicht gegeben, wir sind uns vollkommen klar darüber ... Jeden Tag müssen Professor Lachs und mein Vater zum Polizeipräsidenten wegen der Briefe.“ Obwohl die Geschichten leicht süßlich-naiv bleiben, sind sie weder nationalistisch noch pazifistisch, sondern insgesamt defaitistisch. Irmgard Keun wendet sich in diesen Erzählungen gegen die kleinbürgerlich-verlogene „deutsche“ Moral.

Irmgard Keun, Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften. Bastei-Lübbe, 5,80 DM

Hendrik Witboi gegen deutsche Kolonialisten

„Mein lieber kaiserlich deutscher Herr Franz! ... Falls Sie vorhaben, mich weiter zu bekämpfen, dann muß ich Sie, lieber Freund, bitten, mir zwei Kisten Henry-Martini-Patronen abzugeben, damit ich Ihnen den Angriff zurückgeben kann, denn ich habe mit Ihnen noch nicht richtig gekämpft. Sie haben mir den Schießbedarf gesperrt und mich angegriffen ... Wenn ich auch über genügend Schießbedarf verfüge, dann können Sie mich besiegen. Das erst soll einen großen, ehrlichen Sieg für Ihre große Nation bedeuten ...“

Das schrieb Hendrik Witboi, Häuptling eines Stammes

des Nama-Volkes, 1893 an den Kommandeur der deutschen Kolonialtruppe in Namibia. Die Truppe hatte gerade eine Stammesiedlung überfallen und dabei 85 Nama, davon 75 Frauen und Kinder, ermordet. Zweck des Feldzuges war die endgültige Unterwerfung der Völker und Stämme Namibias unter die deutsche Kolonialherrschaft. Seit 1884 hatte das Deutsche Reich durch Waffengewalt und unter Ausnutzung von Stammesauseinandersetzungen den einzelnen Stämmen systematisch Schutzverträge aufgeherrscht, die sie unter die Oberhoheit des Kaisers stellten und für die koloniale Besiedlung freie Bahn schufen. Lediglich Witboi mit seinem Stamm hatte bislang jeden Schutzvertrag abgelehnt. Witboi dazu: „Die Deutschen erklärten den Kapitänen, daß sie vor anderen, mächtigen Nationen, die mit Gewalt in dieses Land kommen und den Kapitänen ihr Gebiet und ihre Plätze mit Gewalt wegnehmen wollen, geschützt werden sollen ... Die Sache scheint mir aber ganz anders zu liegen. Nach dem, was ich seit der Ankunft der Deutschen gehört und beobachtet habe, scheint es mir so, als ob der Deutsche selbst der mächtige Mann sei, der ins Land kommen will, wie er es von anderen behauptet.“

Erst 1894, nach Auswechslung des Kommandeurs und Verstärkung der Schutztruppe, konnte die Kolonialmacht Witboi mit ihrer militärischen Übermacht zur Annahme des Schutzvertrages zwingen. 1904, nach zeitweiliger Kooperation mit der Kolonialmacht, führte Witboi einen Aufstand des Nama-Volkes an; Witboi fiel in dem Kampf, die Namas wurden zur Hälfte ermordet.

Der Freiburger Professor Reinhard hat jetzt in einem SPD-Verlag die Übersetzung der Aufzeichnungen und Briefe Witbois aus den Jahren 1884–1894 vorgelegt. Dieses Dokument des antikolonialen Widerstandskampfes vermittelt zugleich einen Eindruck von der Raubgier und Brutalität des deutschen Kolonialismus, der gleich nach der völligen Eroberung des Landes die Rassentrennung einföhrte. Die professorale Einleitung allerdings vertritt die neokoloniale Namibia-Politik der Bundesregierung. Sie beklagt die „Feindbilder“ vom Weißen als „brutalem Landdieb und Ausbeuter“.

Hendrik Witboi, Afrika den Afrikanern! Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin 1982, 29,80 DM

Private Krankenversicherung

Kosten gesenkt, Einnahmen erhöht, Wende erwünscht

Die privaten Krankenversicherungen gehören zu der Sorte Kapitalisten, die aus Krankheit, Verstümmelung und körperlichem Ruin baren Profit machen. 10,85 Milliarden DM haben sie im vergangenen Jahr eingenommen. Das sind 10,2%, nämlich eine runde Milliarde DM mehr als im Jahr 1980. Über 20 Millionen Menschen in der BRD und Westberlin sind in irgendeiner Form in einer privaten Krankenversicherung, fünf Millionen davon sind vollversichert.

Je höher die Einnahmen und je geringer die Versicherungsleistungen, desto höher der Profit. Entsprechend haben die Spitzen der Krankenversicherungsunternehmen auf ihrem diesjährigen Verbandstag beratschlagt und Instruktionen an Bundesregierung, Parteien und Ärzteverbände erteilt. Erstmals seit Jahren ist es ihnen gelungen, die Steigerung ihrer Ausgaben (Leistungszuwachs 1981 gegenüber 1980 = 8,7% auf 8,34 Milliarden DM) unter die Steigerung ihrer Einnahmen zu drücken. Dankbar registrieren sie den „Abbau des Bettenberges“, die geplante Halbierung der 29000 Krankenhausbetten in Westberlin, die Schließung von 68 Krankenhäusern und Abschaffung von 7000 Betten in NRW in den letzten fünf Jahren, von 2000 in Baden-Württemberg, 1856 in Niedersachsen, in Bayern seit 1974 5500. Durch die Neufassung des Krankenhausrechtes ist die Vertretung der privaten Krankenversicherungen neuerdings neben der gesetzlichen Krankenversicherung am Pflegesatzverfahren beteiligt.

Aber auch das reicht dem Vorsitzenden des Verbandes der privaten Krankenversicherung Dr. H. Bach längst nicht. Er fordert eine „Wende in der Sozialpolitik“. In Stichworten ließe sich diese Wende etwa so beschreiben: „Weniger gesetzliche und mehr private Krankenversicherung“, „das Subsidiaritätsprinzip sollte richtungsweisend sein“, „nur wirklich Schutzbedürftige“ gehören in die gesetzliche Krankenversicherung.

Daß die krasse Senkung der Versorgungsleistungen der Pflichtversicherung gemeint ist, um noch mehr Leute zum Abschluß einer privaten Krankenversicherung zu zwingen, daran wird kein Zweifel gelassen. „Sicherlich ist in der Krankenversicherung eine Art Grundsicherung viel schwerer abzugrenzen als bei Altersversorgung. Trotzdem halte ich es für notwendig, darüber nachzudenken, was man aus heutiger Sicht in der GKV unter einem ausreichenden Versicherungsschutz zu verstehen hat.“ So Bach in einem Grundsatzreferat.

Aus einem solchen Nachdenken ergibt sich dann z.B.: „Ob Kosten für medizinisch nicht indizierte Abtreibung oder Geschlechtsumwandlung, ob Mutterschaftsgeld oder ähnliches, mit Krankenversicherungsschutz hat das alles nichts zu tun.“ Gemeint ist konkret der Sachverständigenentwurf zum Teil „Krankenversicherung“ im IV. Buch des Sozialgesetzbuches, gegen den die PKV-Kapitalisten seit seinem Bekanntwerden Sturm laufen. In ihrem Verbandsblatt PKV-Information werden sie deutlicher und sprechen schlicht von einem Skandal, wenn von der vorschlagenden Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze (§2 des Entwurfs) die Rede ist. Im Gegenteil möchte der PKV-Verband nicht nur die Leistungen der GKV verringern, sondern auch den Kreis der versicherten Personen weiter begrenzen. Gefordert ist eine Grenze für die Versicherungsberechtigung.

Die rigorose Senkung der Behandlungskosten als dritten Schwerpunkt einer sozialpolitischen „Wende“ haben die privaten Krankenversicherer in den vergangenen Jahren bei ihren eigenen Versicherten über die Beitragsrückerstattung und über die Selbstbeteiligung bewirkt. Machte 1976 die Beitragsrückerstattung mit 369,4 Millionen DM noch 6,77% aller als Versicherungsleistungen ausgewiesenen Zahlungen der privaten Krankenversicherungen aus, so sind es mittlerweile im Jahre 1981 645,1 Mio. DM und 8,41%. „Viele Versicherte bezahlen kleinere Arzt- und Arzneirechnungen selbst, um in den Genuss der Beitragsrückerstattung zu kommen.“ (PKV-Information 1/82) Ähnliches möchten sie auch in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt wissen. Das gleiche gilt für die Selbstbeteiligung der Versicherten.

Beide Vorstellungen tauchen ausdrücklich in der Denkschrift der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Soziale Sicherung in der Zukunft – Leitlinien für die soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Bedingungen“ auf. Über die unmittelbare Beteiligung

der Versicherten an ihren Behandlungskosten könne dann fortgeschritten werden zum Kostenerstattungssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung, meint der BDA und meinen die PKV-Kapitalisten. Jeder, der in einer privaten Krankenversicherung ist, weiß, wie schwierig und häufig auch entwürdigend es ist, die vorgeschossenen Behandlungskosten erstattet zu bekommen. Diesen segensreichen Zustand auf die gesetzliche Krankenversicherung zu übertragen, wäre eine glatte Katastrophe für die dort versicherten 70% der Bevölkerung. Es stünde prinzipiell die Alternative zwischen wirtschaftlichem Ruin und Nichtbehandlung der Krankheit.

Daß solche Vorstellungen nicht einfach durchzusetzen sind, ist klar, weil sie nur gegen die organisierte Arbeiterbewegung durchzusetzen sind. Dr. Heinz Bach hat deutlich gesagt, wer die Wende in der Sozialpolitik denn nun tatsächlich herbeiführen sollte: „Die Überlegungen des Arbeitskreises Sozialpolitik der CSU ... tendieren ebenfalls zur stärkeren Begrenzung der Versicherungsmöglichkeiten in der GKV. Auch die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU hat sich ... in dieser Richtung geäußert.“ Einzige Sorge: „Man muß damit allerdings die Frage verbinden, ob die Opposition eigentlich für den Tag X hinreichend gerüstet ist.“

Quellenhinweis: PKV-Rechenschaftsbericht 1981 in: Versicherungswirtschaft 13, 14/82; PKV-Information 1, 2/82 und Sonderheft zur Mitgliederversammlung

Deutsch-türkische Beziehungen III Zielstrebiges Festhalten an den „traditionellen Verbindungen“

Ein Musterbeispiel für die Hartnäckigkeit, mit der die deutschen Imperialisten an ihren Expansionszielen festhalten, hatten wir das deutsch-türkische Verhältnis genannt. Warum die BRD-Imperialisten solche Hartnäckigkeit in ihren Zielen gegenüber der Türkei zeigen, darüber hat sich der stellvertretende Regierungssprecher Lothar Ruehl – frei von regierungsoffizieller Zurückhaltung – kürzlich in der „Europäischen Wehrkunde“ ausgelassen:

„Die Mitgliedschaft der Türkei im nordatlantischen Bündnis läßt ... den geographischen Geltungsbereich des Bündnisvertrags seit 1952 zum Orient hin mit den türkischen Grenzen zu Syrien, Irak und Iran zusammenfallen (so wie im Osten am Kaukasus mit der türkisch-sowjetischen Grenze). Der Schauplatz des irakischi-iranischen Golfkrieges um Abadan-Ahwas liegt ziemlich genau in 1 100 km Luftliniendistanz zum ostanatolischen Dyarbakir, von wo aus taktische Kampfflugzeuge operative Reichweiten aus diesem Entfernungsbereich haben. Der Golf von Suez liegt in einer Luftliniendistanz von 800 km vom Luftstützpunkt Incirlik bei Adana in der Südwestprovinz der Türkei. Die Aufnahmekapazität des Stützpunktes Incirlik (der als Stützpunkt für die „Schnelle Eingreiftruppe“ der USA geplant ist, d. Red.) für taktische Kampfflugzeuge kann auf etwa einhundert für technisch-logistische Einsatzunterstützung veranschlagt werden. Von Incirlik abgesessen sind vier ostanatolische Flugplätze so situiert, daß von ihnen aus zumindest während der längsten Zeit des Jahres taktische Einsätze in den Mittleren Osten geflogen werden können: Luftlinie Dyarbakir-Erdölgebiet Dharan-Bahrein am Persischen Golf etwa 1500 km.“

Auch über die räuberischen Absichten der BRD ließ der stellvertretende Regierungssprecher keinen Zweifel offen:

„Die strategische Herausforderung ist unabewislich: Am Golf liegen die größten bekannten Erdölreserven der Welt ... Niemals in der Geschichte ist es bis heute einer kleinen Minderheit (damit sind die arabischen Völker gemeint, d. Red.) gelungen, einen für die Welt (damit meint Ruehl seine imperialistischen Kumpane, d. Red.) zu ihrer Zeit unwiderstehlich die Rivalitäten auf sich ziehenden Schatz zu bewahren, jedenfalls allein und gegen alle übrigen Kräfte, die von der Aussicht auf Gewinn bewegt wurden. Niemals war ein für die Welt so wesentlicher Rohstoff zwischen den Nationen so einseitig verteilt ... nicht einmal das Gold vom 15. bis zum 17. Jahrhundert hatte zwischen Europa und Amerika eine vergleichbare Wirkung auf die europäischen Länder ...“

Kein Zweifel: die BRD-Imperialisten streben nach dem Besitz der Ölquellen des Nahen Ostens. Gleichgültig, ob sie dieses Ziel allein oder mit ihren EG- und NATO-Verbündeten erreichen wollen: In jedem Fall ist die Türkei dafür ein unersetbares Faustpfand. Wobei die BRD-Imperialisten natürlich nie vergessen, dieses Faustpfand selbst zu plündern. Ein Wolfgang Höpker schilderte das Ende 1981 auf einem „Türkei-Symposium“ in Bad Goisberg so:

„Es geht um ein an Umfang riesiges Land – ein Subkontinent fast, dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, mit einer Bevölkerung, die ... in zwei Jahrzehnten auf 70 bis 80 Millionen angewachsen sein wird.“

Diese 70 bis 80 Millionen für den Reichtum der westdeutschen

Monopole schufen zu lassen, ist das Ziel der BRD-Imperialisten. Zumal auf dem Gebiet der Türkei 72% der Borax- und 11% der Chromreserven der Welt sowie gewaltige Braunkohle-, Öl-, Erdgas-, und Uranvorkommen lagern. Schon 1953 meldete sich deshalb der faschistische „Volk ohne Raum“-Ökonom Hermann Gross (s. Pol. Ber. 16/82, S. 37) wieder zu Wort und gab zu den deutsch-türkischen Beziehungen Vertrautes kund:

„Auf eine einfache Formel gebracht, könnte man sagen: Deutschland mit seiner hochentwickelten Wissenschaft und Technik und seinem Millionenheer von qualifizierten Fachkräften exportiert hochwertiges Sachkapital und Können, d.h. „Arbeit“ und importiert ... Produkte der Urproduktion, also sozusagen „Boden“ – Fortsetzung siehe seine wortgleichen Ausführungen aus dem Jahre 1938, zitiert im letzten Heft.“

Unter den Faschisten hatten die deutschen Monopolbourgeois an diesem „Südosteuropa-Experten“ solchen Gefallen gefunden, daß der IG Farben-Konzern ihn zum Leiter seiner „volkswirtschaftlichen Abteilung“ in Wien machte, mit besonderer Verantwortung für die Plünderung Südosteupas. In der BRD avancierte dieser tüchtige Nationalökonom prompt erneut zum Präsidentenmitglied der „Südosteuropa-Gesellschaft“ und ist bis heute darin tätig. Weitere Mitglieder dieser Gesellschaft, die sich die „Abrundung“ der von den BRD-Imperialisten angestrebten „europäischen Großraumwirtschaft“ unter deutscher Hegemonie zum Balkan und bis hin zur Türkei zur Aufgabe gemacht hat, sind der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Althammer, der frühere Botschafter und Staatssekretär Rudolf Vogel sowie Vertreter praktisch aller großen Monopole: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Siemens, Bayer, BASF, Hoechst, Commerzbank, Daimler-Benz, E. Merck AG, Otto Wolff, Klöckner-Humboldt-Deutz, Preussag usw.

Entsprechend gingen die BRD-Imperialisten gegenüber der Türkei von Anfang an zielstrebig vor. Nachdem die US-Imperialisten die türkische Regierung zur Öffnung des Landes für imperialistische Waren- und Kapitalexporte gezwungen hatten, gaben sie zuerst einmal fleißig Kredit. Schon 1959 waren sie dann bei der ersten planmäßig herbeigeführten Umschuldungsverhandlung mit der Türkei wieder dabei und machten der türkischen Regierung unmissverständlich klar, daß sie die EG-Assoziation beantragen solle, andernfalls werde sie ihre Kreditwürdigkeit verlieren. 1961, inzwischen wieder zweitgrößter Gläubiger, schlossen die BRD-Imperialisten ihr berüchtigtes Anwerbeabkommen für die Rekrutierung türkischer Lohnabhängiger – die grausamen Wanderzüge türkischer Arbeiter und Bauern zu den westdeutschen Rekrutierungsbüros, von dort in Züge und Schiffe und dann in westdeutsche Fabriken und Bergwerke begannen. 1962 bildeten die Imperialisten ein ständiges „Türkei-Konsortium“ im Rahmen der OECD, das die pünktliche und mit Zins und Zinseszins vergolde Rückzahlung der imperialistischen Kredite künftig überwachte – eine „Dette Publique Ottomane“ in moderner Form. Vorsitzender dieses seitdem im Verborgenen fleißigen Konsortiums wurde – die BRD! Dazu Walter Althammer von der Südosteuropa-Gesellschaft 1981:

„Seither stehen deutsche Politiker, Beamte und Wirtschaftsfachleute an vorderster Front, wenn es um wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen für die Türkei geht.“

Doch zurück zu 1962. Im Dezember konnten die BRD-Imperialisten einen weiteren Erfolg verbuchen: der NATO-Rat entschied, daß hinfört die BRD „besondere Verantwortung“ für die militärische Hilfe an und Ausbildung der türkischen Streitkräfte übernehmen dürfe. Ein Jahr später trafen die ersten türkischen Offiziere zwecks Ausbildung in der BRD ein, 1964 begannen die Waffenlieferungen – gegen Kredit, versteht sich.

1963 trat das Assoziierungsabkommen der Türkei mit der EWG in Kraft. Die Türkei mußte sich u.a. verpflichten, „die Regelungen für Privatkapital aus der Gemeinschaft zu verbessern“ (Art. 20) und binnen 12 Jahren nach Inkrafttreten der Assoziation für 55% ihrer Importe die Zölle abschaffen.

Im gleichen Jahr erstellte die türkische Regierung den neuen 5-Jahres-Haushaltsplan. Beteiligt daran war u.a. der Deutsche-Bank-Direktor und Mitglied der Südosteuropa-Gesellschaft Ernst Lederer, während sein „Kollege“ aus der gleichen Gesellschaft Rudolf Vogel als deutscher Vertreter im Türkei-Konsortium der OECD saß und das ganze so von Paris aus beaufsichtigte.

1967 sind die BRD-Imperialisten wieder größter Handels„partner“ der Türkei. Anfang der 70er Jahre hat der Bayer-Konzern ein Werk in der Türkei errichtet, die AEG ein Montagewerk für Waschmaschinen, die Daimler-Benz ein Montagewerk für Busse, mit dem sie den türkischen Markt zu 80% kontrolliert. Die MAN ist seit 1966 am LKW-Montagewerk „Manas“ beteiligt und kon-

trolliert heute 50% des türkischen Marktes für schwere LKWs; vor wenigen Tagen kündigte sie die Errichtung einer Motorenfabrik in Ankara an. Siemens, Mannesmann, die BASF sind heute mit Niederlassungen oder Beteiligungen in der Türkei vertreten, alle BRD-Monopole beuteten schon 1975 7900 Lohnabhängige in der Türkei aus.

Vor allem aber die Militärhilfe hat es den BRD-Imperialisten erneut angetan. Hunderte von türkischen Offizieren und Unteroffizieren sind inzwischen von BRD-Ausbildern bearbeitet worden. Der bereits erwähnte Althammer schreibt 1981, ein Jahr nach dem Militäraufstand in der Türkei:

„Seit dem amerikanisch-türkischen Konflikt 1974 mußte die Bundesrepublik auch bei der Militärhilfe in die Bresche springen. Im Rahmen der NATO hat die Bundesrepublik Deutschland Verteidigungsgerüstungen im Gesamtwert von bisher 930 Mio. DM ... zur Verfügung gestellt, diese Lieferungen werden fortgeführt. Dazu kommt eine einmalige Lieferung im Wert von 600 Mio. DM und zwei Materiallieferungsabkommen, die sich auf 560 Mio. DM beziffern, schließlich unentgeltliche Rüstungslieferungen für 300 Mio. DM ... Daß den Gegnern des atlantischen Verteidigungsbündnisses diese deutsch-türkische Zusammenarbeit ein besonderes Angriffsziel ist, versteht sich von selbst.“

Eben! Und daß diese türkische Armee, insbesondere ihr Offizierskader, als eine imperialistisch gesteuerte und beaufsichtigte Verfolgungs-, Folter- und Mordmaschinerie gegen die türkischen Arbeiter und Bauern tätig ist, dürfte nach so langen Jahren sorgfältiger Vorbereitung durch westdeutsche Ausbilder sich auch „von selbst“ verstehen, oder, Herr Althammer?

Über die „deutsch-türkische Zusammenarbeit“ im Bergbau hatte Hermann Gross 1978 festgestellt:

„Im türkischen Bergbau geht es um ... die Verbesserung des Steinkohleabbaus (in Zonguldak), vor allem aber um die Nutzung der im Rahmen deutsch-türkischer Untersuchungen entdeckten großen Braunkohlevorkommen durch ein Wärmekraftwerk in Elbistan (Mittel Anatolien) zur künftigen Versorgung der ... Industrie mit Elektroenergie. Der Energieerzeugung wie auch der Bewässerung dient der unter Beteiligung deutscher Kapitalhilfe am Oberlauf des Euphrat errichtete Keban-Damm. Von einem deutschen Wissenschaftler-Team wurden Ende 1977 auf dem Grund des Schwarzen Meeres vor der Nordküste der Türkei die bisher größten Uran-Reserven (etwa 6,7 Mio. t Uranoxid) entdeckt.“

Und wer entdeckt, der muß bekanntlich auch plündern dürfen! Über Erfahrung in der Türkei verfügen die BRD-Imperialisten jedenfalls genug. So viel, daß z.B. der 1979 von der Bundesregierung als „Türkei-Beauftragter“ bestellte Walter Leisler Kiep auch auf ganz familiäre zurückgreifen konnte: Walter Leisler Kiep weilt schon in seinen Kinderjahren in der Türkei. Damals war sein Vater deutscher Berater in der Türkei!

Inzwischen, zwei Jahre nach dem von ihnen und ihren Verbündeten betriebenen Militäraufstand in der Türkei, sind auch die Forderungen der BRD-Imperialisten wieder unüberhörbar:

„Die Industrialisierung des Landes ist den Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung anzupassen“, schreibt MdB Althammer Ende 1981. „Autarkiestrebungen und devisenverschlingende Prestigeobjekte der Schwerindustrie hindern Industrialisierungserfolge. Auf die Erschließung einheimischer Energie- und Rohstoffquellen ist besonderer Wert zu legen ... Von zentraler Bedeutung ist aber der Vertrauensschutz für privates Auslandskapital. Mein dringender Rat geht dahin, ... für die Zukunft die Sicherung ausländischen Investitionskapitals unbedingt zu gewährleisten. Der politische Neubeginn in der Türkei (durch die Militärjunta, d. Red.) sollte mit einem wirtschaftlichen Neubeginn ... verbunden werden. Ein internationaler Vergleich – von Japan und Taiwan angefangen, über Singapur, Elfenbeinküste bis Brasilien ... beweist, daß die freie Marktwirtschaft weit mehr Erfolge bringt als jede Form gelenkter Wirtschaft.“

Freilich! Nur daß diese imperialistische Arbeitsteilung den Profit schnurgerade zu den Imperialisten „bringt“, dieweil sie den türkischen Bauern Vereidlung und Vertreibung von ihrem Land „bringt“ und den türkischen Lohnabhängigen den Marsch in die erquickenden, von Militärpolizei geschützten und Leib und Seele beglückenden imperialistischen Montagefabriken und Bergwerke.

Auch die westdeutschen Lohnabhängigen würden die segensreichen Folgen dieser Arbeitsteilung mit einem so viel näher als Taiwan, Südafrika oder Brasilien gelegenen Land bald zu spüren bekommen: in Form von Betriebsschließungen in der BRD, die die Errichtung türkischer Montagewerke zwangsläufig begleiten werden und in einer neuen „Japan-Propaganda“ gegen ihren Lohnstandard. Nur daß dann die türkischen Lohnabhängigen – zu militärisch garantierten Elendslöhnen ausgebeutet – ihnen als „Vorbild“ und Maßstab gegen den eigenen Lohnstandard vorgehalten werden.

Quellenhinweis: Gesellschaft für Wehrkunde e.V., Europäische Wehrkunde 2/1981; Südosteuropa-Gesellschaft e.V., Südosteuropa-Mitteilungen, div. Ausgaben 1978 bis 1982, München; dieselbe, Südosteuropa Jahrbuch 1966, München 1966; Prof. Dr. H. Gross, Nah- und Mitteleast als Handelspartner Deutschlands, Hamburg 1953; K.-D. Grothusen, Die Türkei in Europa, Göttingen 1979

Evolutionstheorie

Zoologe Portmann fordert eine „Geisteskraft“

Am 28. Juni ist der Basler Zoologe Adolf Portmann gestorben. Die Süddeutsche Zeitung würdigte ihn als einen „Grenzgänger unter den Biologen“ dessen Ziel es gewesen sei, „Sagbares zur Sprache zu bringen, Unsagbares gegenwärtig zu wissen“. Sein Ziel sei nicht „Forscherimperialismus“ gewesen, womit sie versucht, ihn als fortschrittlich zu kennzeichnen. Was war also sein Ziel?

In seinem 1974 erschienenen Lebensrückblick „an den Grenzen des Wissens“ bezieht Portmann Position dagegen, daß im schulischen Biologieunterricht immer „privilegierte Tiergestalten“ gezeigt würden mit ihrer so auffälligen Übereinstimmung von Struktur und Funktion. Womit er z.B. den stromlinienförmigen Bau der Fische und Delphine meint. Mit diesen klassischen Beispielen werde versucht, die Rationalität der Evolutionslehre zu beweisen, nach der nur existieren kann, was zweckmäßig ist. Portmann: „Bei meinen jahrelangen Bemühungen, die lebendigen Gestalten zu verstehen, ging freilich die Rechnung über Form und Funktion gar zu oft nicht auf. Oftmals hatte ich große Lust, den vorhin aufgezählten privilegierten Tiergestalten ein Album des völlig Unverstandenen entgegenzustellen“. Er wollte Argumente gegen die Evolutionslehre finden.

Entsprechend wimmelt es in seinen Büchern von solchen angeblich ungeklärten Phänomenen. Zwar behauptet Portmann nicht, daß die Mechanismen der Evolution, Mutation und Selektion (s. hierzu auch PB Nr. 1/82), nicht wirksam seien, doch er billigt diesen Mechanismen nur eine „mitgestaltende Rolle“ zu und erklärt, daß man „das Ausmaß des Erklärungswertes“ solcher Mechanismen nicht überschätzen dürfe. Es sei dies an einem konkreten Beispiel verdeutlicht. In dem Buch „Entläßt die Natur den Menschen?“ schreibt er, daß die Evolutionstheorie „mit Recht in großem Ausmaß Selektion durch Sinneswahrnehmung“ annimme, daß also z.B. Blüten bestäubende Insekten aufgrund ihrer Fähigkeit, Duft wahrzunehmen, solche Pflanzen ausselektiert hätten, die solchen Duft produzieren. Damit sei aber die Entstehung solcher Organe bei den Insekten, mit denen diese den Duft wahrnehmen würden, noch lange nicht erklärt. Portmann: „Es ist keine Lösung, wenn man das Faktum der Innerlichkeit und des Erlebens als jenseits der Naturforschung stehend ausklammert, denn durch diese Einschränkung wird ja gerade betont, daß der naturwissenschaftliche Erklärungsversuch von vornherein nur einen von uns bestimmten Ausschnitt des Naturgeschehens erfassen kann“. Portmann behauptet, daß die Duftwahrnehmung der Insekten Ausdruck solcher „Innerlichkeit“ sei, von der er an anderer Stelle wiederum behauptet, daß sie schwer faßbar sei, soll heißen unerklärlich. Portmann behandelt die Evolution als ein starres System von Ursache und Wirkung, mit dem Zweck, eine „Geisteskraft“ zu fordern. Er weigert sich anzuerkennen, daß Evolution ein wechselseitiger Prozeß ist, wo beispielsweise die Entstehung von Duft produzierenden Blütenpflanzen gerade die Entstehung von Insekten, die solchen Duft wahrnehmen können, begünstigt und damit hier die Pflanzen selektierend auf die Insekten wirken, wie dies umgekehrt die Insekten in Bezug auf die Duft produzierenden Blütenpflanzen tun.

Portmann sucht das tierische Verhalten nicht als Reaktion auf äußere Reize zu verstehen, sondern er erklärt: „Das Leben ist die Erscheinung eines ‚Innern‘ im ‚Äußeren‘.“ Damit fordert er die Existenz einer Tierseele. Diese Tierseele ist jene „Innerlichkeit“, von der oben die Rede war und die damit zum Argument gegen die Evolutionstheorie werden soll.

Die Würdigung Portmanns durch die Süddeutsche Zeitung hat ihren Grund nicht darin, daß Portmann Bedeutungsvolles in der Biologie geleistet hätte, sondern darin, daß Portmann eine zentrale Figur zur Belebung des Mystizismus in der Biologie darstellte. Denn Portmann hat die verschiedenen Fragen über den Ablauf der Biologie nicht deshalb aufgeworfen, um eine rationale Erklärung zu finden, sondern um die von ihm beobachteten Phänomene ins Mystische zu heben.

Quellenhinweis: Adolf Portmann, An den Grenzen des Wissens, 1974; Adolf Portmann, Entläßt die Natur den Menschen?, Süddeutsche Zeitung vom 30.6.82.

Investitionsgüterindustrie: Kapitalverwertung nach Branchen

Wer mehr leistet, bekommt mehr, verheißt die Kapitalistenpropaganda. Aber nicht die Schwerarbeit, die besonders intensive Verausgabung von Arbeitskraft, wird besser bezahlt, sondern die relativ höhere Wertübertragung – von Maschinen und Material – durch die menschliche Arbeitskraft. Anders lassen sich die deutlichen Unterschiede in den Pro-Kopf-Lohnkosten der verschiedenen Zweige der Investitionsgüterindustrie nicht erklären. Denn wer möchte behaupten, daß Frauenarbeit am Band in der Elektro- oder der optischen Industrie weniger die Arbeitskraft verschleißt als die vorwiegend von Männern ausgeübten Tätigkeiten in der Automobilindustrie? Dennoch liegen die Pro-Kopf-Lohnkosten in den Großbetrieben dieses Zweigs weit höher als z.B. in der Elektroindustrie. Entsprechend verhalten sich die Daten für die Sachanlagen pro Beschäftigten in den Großunternehmen dieser Industriezweige, und eine Untersuchung des Pro-Kopf-Materialverbrauchs würde vermutlich ähnliches ergeben. Die unterschiedliche organische Zusammensetzung der Kapitale, sowohl zwischen den Industrien als auch innerhalb eines Industriezweigs, ist also ein Bestimmungsfaktor für die durchschnittlichen Lohnkosten: Je mehr menschliche Arbeitskraft durch Maschinerie ersetzt ist und das ist mit wachsender Unternehmensgröße der Fall, desto verhältnismäßig höher die Pro-Kopf-Lohnkosten.

Die in den nebenstehenden Schaubildern vorgenommene Aufschlüsselung der Investitionsgüterindustrie nach wichtigen *Industriezweigen* (zur Investitionsgüterindustrie gehören ferner: Stahlbau, Schiffbau, Luftfahrtindustrie, Büromaschinen- und EDV-Industrie) bestätigt aber nicht nur diesen bekannten Sachverhalt (s. Pol. Ber. 5–9/81), sondern modifiziert auch die Ergebnisse unserer bisherigen Untersuchungen über die unterschiedliche Kapitalverwertung von kleineren, mittleren und großen Unternehmen:

1) In der ganzen Investitionsgüterindustrie (Daten der einzelnen Industriezweige zusammengefaßt) fällt der Kapitalertrag pro Beschäftigten von kleinen zu mittleren Unternehmen, um bei den Großunternehmen wieder zu steigen. Dagegen ergibt sich für die einzelnen Industriezweige ein äußerst verschiedenes Bild: In der Automobilindustrie steigt der Pro-Kopf-Kapitalertrag mit zunehmender Unternehmensgröße, während er bei der Elektro- oder der feinmechanischen Industrie z.B. deutlich fällt. Außerdem ist die Höhe des Pro-Kopf-Kapitalertrags nach Industriezweigen sehr verschieden.

2) Für die gesamte Investitionsgüterindustrie weist das Verhältnis von Kapitalertrag zu den Kosten für die Arbeitskräfte mit zunehmender Unternehmensgröße eine zunächst fallende und dann wieder steigende Tendenz auf. In den einzelnen Industriezweigen, besonders deutlich in der Elektroindustrie, fällt dieses Verhältnis mit zunehmender Unternehmensgröße. Auch hier zwischen den Industriezweigen erhebliche Unterschiede in der Höhe des Verhältnisses.

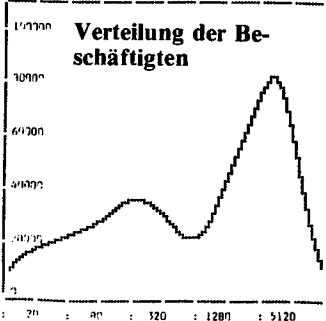
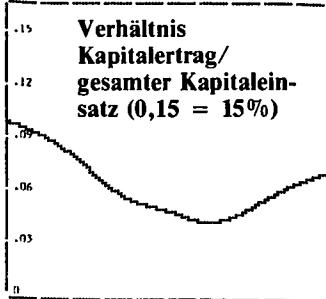
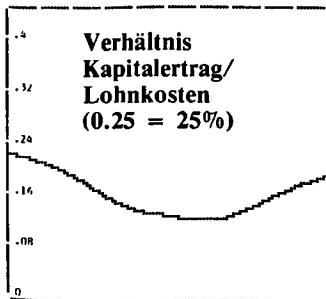
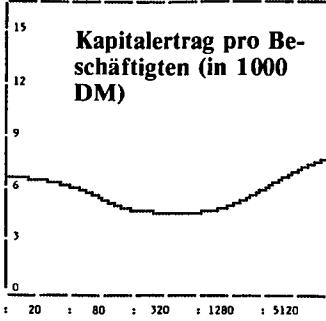
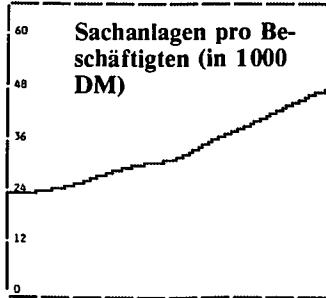
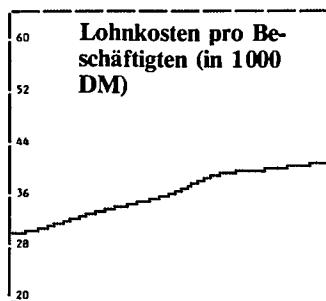
3) Ähnliche Unterschiede zwischen der Investitionsgüterindustrie und ihren einzelnen Zweigen sowie zwischen den Industriezweigen ergibt die Untersuchung des Verhältnisses von Kapitalertrag zum gesamten eingesetzten Kapital (Nettoanlagevermögen + Lagervorräte + Kosten für Arbeitskraft).

Die dargestellten Abweichungen in den Ergebnissen für die gesamte Branche und die einzelnen Industriezweige kommen – trotz gemeinsamer Datenbasis – zustande a) durch das unterschiedliche Gewicht, mit dem die Daten einzelner Zweige in die verschiedenen Größenklassen der Investitionsgüterindustrie eingehen, b) durch die nach Industriezweigen sehr verschiedene Höhe der Verhältniszahlen. So fällt zwar auch für die Automobilindustrie zunächst das Verhältnis von Kapitalertrag zu Lohnkosten mit zunehmender Unternehmensgröße, aber im Ergebnis der gesamten Investitionsgüterindustrie führen die Daten der Automobilindustrie zu einem Aufwärtstrend bei den Großunternehmen, weil sie der am höchsten konzentrierte Industriezweig ist und weit höhere Kapitalertragsrelationen aufweist als z.B. der Maschinenbau.

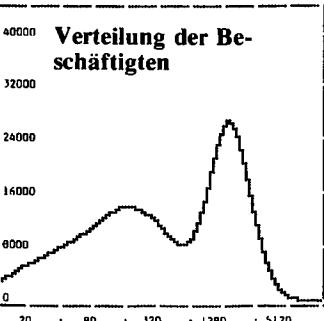
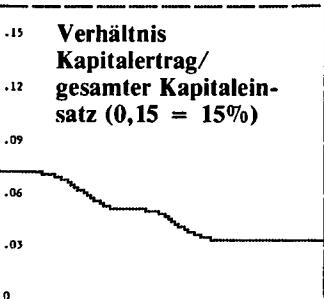
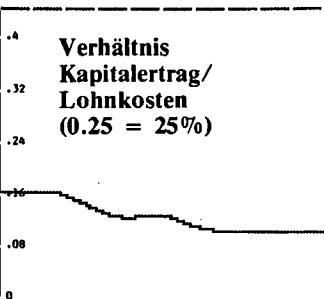
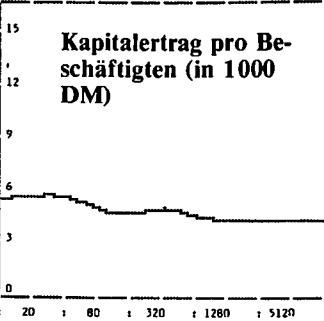
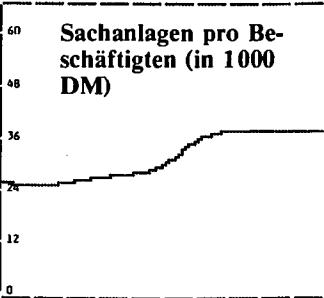
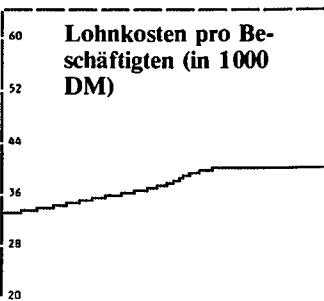
Ergibt sich aus den Ergebnissen, daß die These von der höheren Ausbeutungs- und Profitrate bei den großen Unternehmen nicht haltbar ist? Die Untersuchung der einzelnen Industriezweige spricht nicht für die These. Doch es können Faktoren wirksam sein, die die in der These aufgestellte Beziehung verschleieren. Zum einen dürfte sich die Geschäftslage nicht unerheblich nicht nur auf die Masse, sondern auch auf die Rate des Profits auswirken, und womöglich nach Größenklassen unterschiedlich. Im Jahr 1978, aus dem unsere Daten stammen, verdienten die Automobilkonzerne ausgezeichnet, während für andere Kapitalisten das Geschäft stagnierte. Das kommt auch in den unterschiedlichen Ergebnissen zum Ausdruck. Solche konjunkturellen Besonderheiten verschwinden nur im Zeitvergleich. Außerdem können für die verschiedenen Unterabteilungen der Industriezweige, z.B. den Kraftwerksbau oder den Hausgerätebau innerhalb der Elektroindustrie, die Verwertungsbedingungen sehr verschieden sein.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.1; zu den verwandten Merkmalen siehe Pol. Ber. 15–16/82

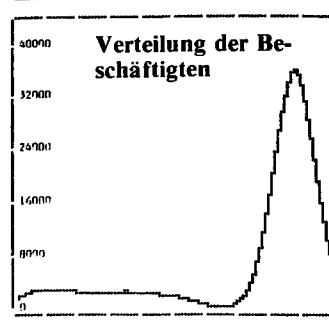
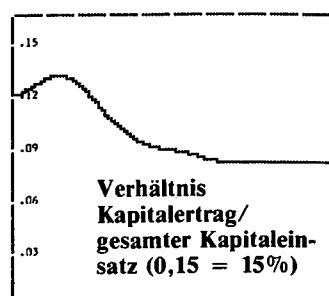
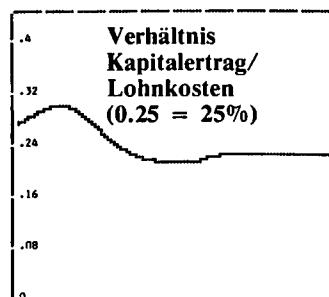
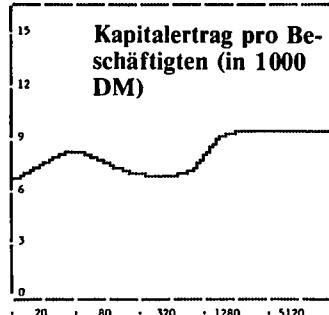
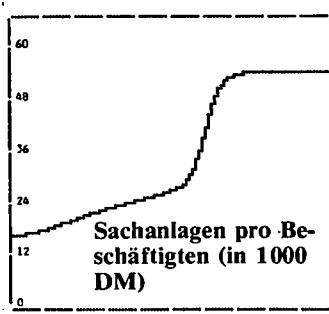
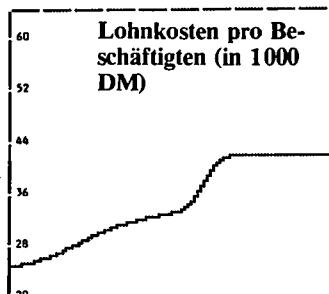
Unternehmen Investitionsgüterindustrie 1978



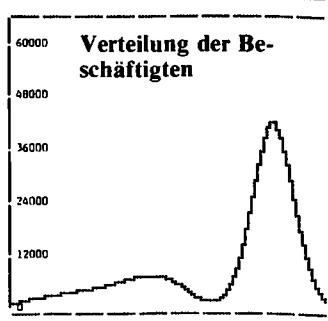
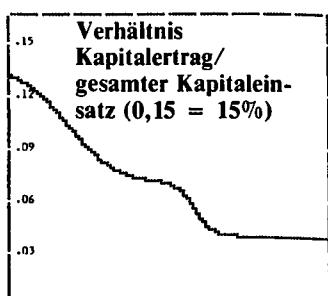
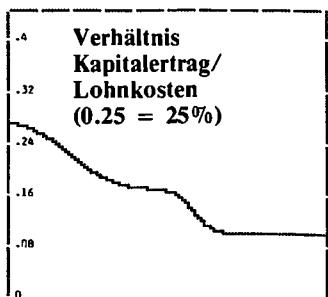
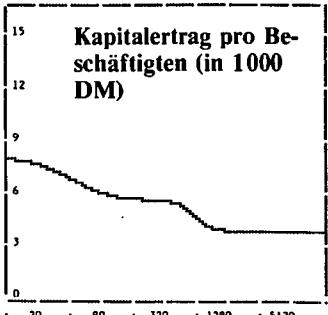
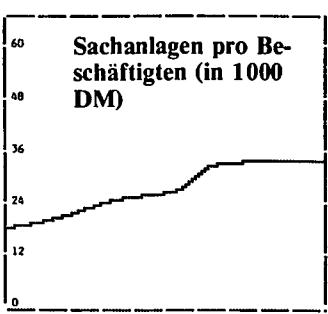
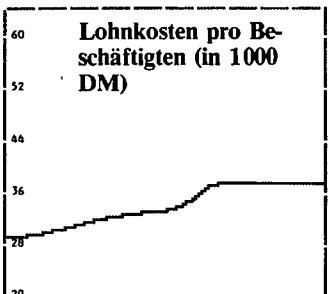
Unternehmen Maschinenbau 1978



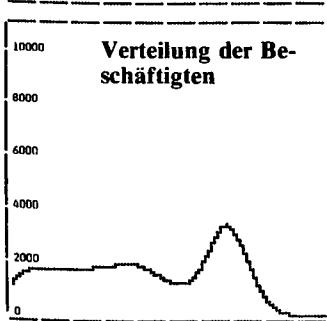
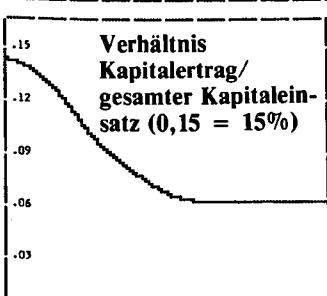
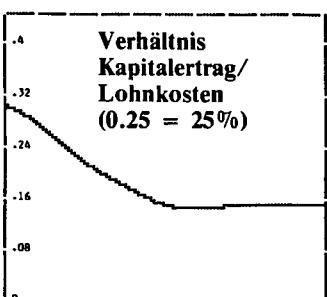
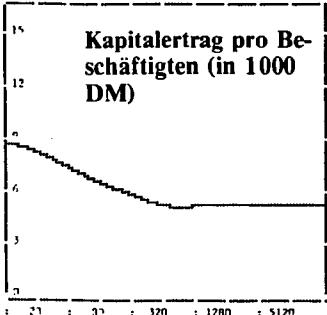
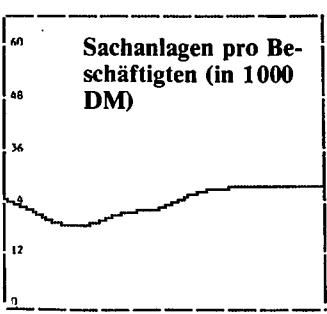
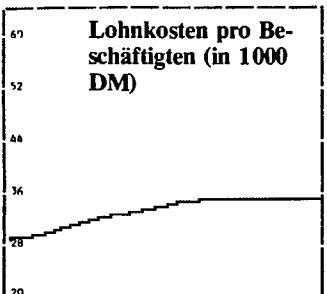
Unternehmen Fahrzeugbau 1978



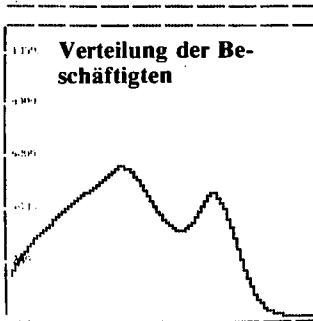
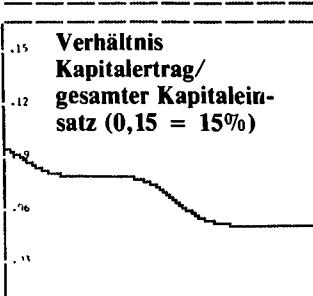
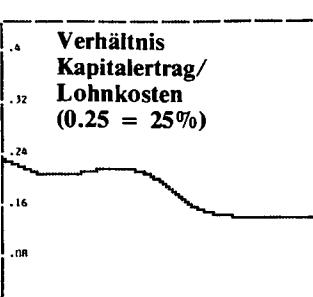
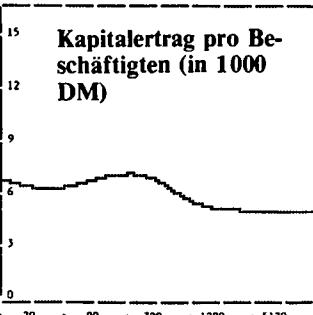
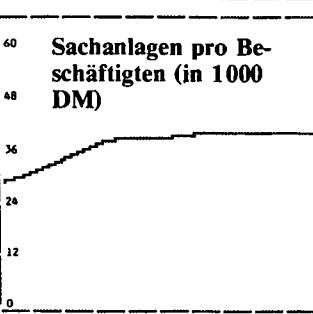
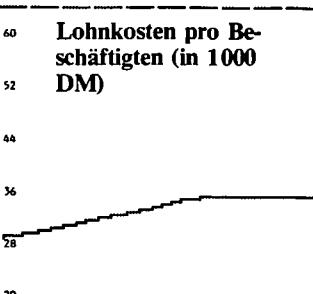
Unternehmen Elektroindustrie 1978



Unternehmen Feinmechanik/Optik 1978

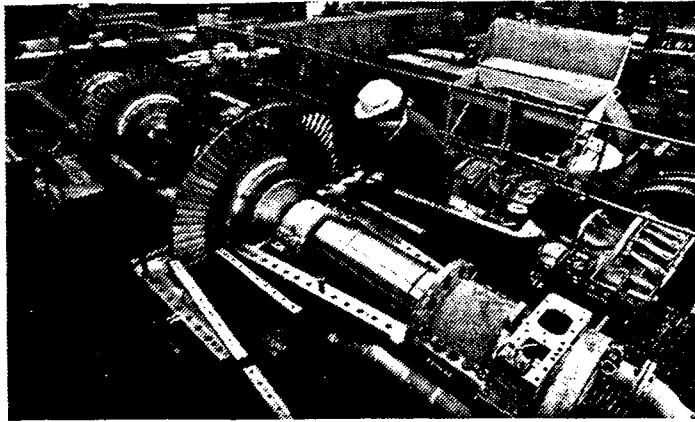


Unternehmen EBM-Waren-Industrie 1978



Antikriegstag

Keine Gemeinsamkeiten mit den BRD-Imperialisten!



USA

Schwierige Kämpfe der Arbeiterbewegung Gelingt es, den Lohnstandard zu halten?

Sicherlich ist die hohe Arbeitslosigkeit – im August 1982 10,8 Millionen Beschäftigte, die höchste Zahl seit 1941 – bei gleichzeitiger massiver Kürzung staatlicher Leistungen einer der Gründe, warum die US-Kapitalisten in den letzten Monaten den Gewerkschaften Lohnsenkungsabkommen wie z.B. in der Automobilindustrie diktieren konnten. Die Rea-

gan-Administration greift sämtliche Versicherungsleistungen, die z.T. sowieso sehr schwach entwickelt waren, an. Sie will die Mindestlohnregelung weiter durchlöchern. Bei alledem kommt von den US-Kapitalisten, das reicht nicht. Was sind die Gründe, warum die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dem wenig entgegen zu setzen hatten?

Stahlindustrie

P&S-Strukturbereinigung: Vorbereitung für ein BRD-Monopol?



Seit 1970 wird der bundeseigene Stahlkonzern (ehemals „Reichswerke Hermann Göring“) strukturbereinigt. Der durch nach wie vor reiche Eisenerzvorkommen im Raum Peine-Salzgitter begründete Standort droht zu veröden, die Verhüttung wurde auf billigere Importerze umgestellt, die letzte Erzförderung im Juli '82 eingestellt. Hütten und Walzstra-

ßen werden in Salzgitter zentralisiert, in Peine sind 4100 Arbeitsplätze bedroht. Warten Hoesch und Krupp auf die Einverleibung der sanierten P&S? Die IGM fordert Investitionen: „Peine muß Stahlstadt bleiben“. Die P&S-Vorstandsetage fordert Zusammenhalten im Kampf gegen die staatlich subventionierte Stahlindustrie des europäischen Auslands.

Türkei

Die Vereindung der kleinen und landlosen Bauern wächst

Die elende Lage der armen Landbevölkerung hat viele der türkischen und kurdischen Bauern gezwungen, ihre Arbeitskraft z.B. in der BRD zu verkaufen. 61% der Bevölkerung der Türkei arbeiten in der Landwirtschaft. Über Jahrzehnte haben die Armen unter ihnen den Kampf für eine Landreform geführt. Die Kooperativen, die sie in den letzten Jahren gebildet haben, sind von der Junta verboten und zerschlagen worden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 7457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 7457